neue kritik

AUS DEM INHALT :

Zur Situation des SDS

Zur gegenwärtigen Krise der Arbeiterbewegung

Zur Theorie der Gewerkschaften

Sozialdemokratische Parteiorganisation

Bundeswehr im Ghetto ?

Gegen Atomwaffen in Ost und West

Zur Situation der PSU

Kuba - ein umgekehrtes Ungarn

Buchbesprechung

Hinweise zum Sommersemester

Anhang: "Student und Politik"

neue kritik
informationen
Mai 1961

Herausgegeben vom Bundesvorstand des SDS

Verantwortlich: Manfred Liebel
Offenbach am Main
v. Behringstraße 114

Redaktionsschluß
für die Juni-Ausgabe: 25. Mai

Postscheckkonto: 31 607 PschA Ffm.

informationen 5

RUTH FISCHER

Reinhard Hoffmann

Als Ruth Fischer in der Nacht vom 12. zum 13. März dieses Jahres Paris starb, verlor die deutsche Arbeiterbewegung eine ihrer "gra old women". Vor allem für uns, die wir erst nach dem Kriege Sozialisten heranwuchsen, bedeutete sie eine wichtige Verbindung der ununterbrochenen, heute jedoch oft verleugneten Kontinuität sozialistischen Bewegung. Sie, die einstige Repräsentantin des link KPD-Flügels in Weimar, mußte sich in ihrer politischen Praxis mitten turbulenter Ereignisse oft neu orientieren - ein Ausdruck Tragik der Linken aus den 20er Jahren -, bewährte sich aber imm und bis zuletzt ihre unabhängige sozialistische Haltung. Sie Kommunistin im ursprünglichen Sinne des Manifestes von 1848 verkörperte als unermüdliche, wenn auch nicht immer von Irrtüm freie Kämpferin für dessen Ziele die besten Traditionen der deutsc Arbeiterbewegung.

Und als solche erlebten sie viele von uns, sei es bei ihren zahlr chen strapazierenden Vortragsreisen von Paris, ihrer letzten fluchtsstätte nach den Wirren der Emigration, in die Bundesrepub sei es in persönlichen Gesprächen in Deutschland oder in Paris denen sie uns für so manche Dinge die Augen öffnete und ständig spornte. In ihrer unablässigen Sorge um die deutsche Linke, wel sie sich untrennbar verbunden hatte, war sie bemüht, gerade uns gen die Erfahrungen der Arbeiterbewegung zu vermitteln und zugl uns das Selbstvertrauen zu geben, das aus der Einordnung in diese zialistische Front entsteht. Dabei wollte sie keinesfalls vom Aus her konkret in das aktuelle Geschehen eingreifen und auch keine Sekte gründen, die belastet gewesen wäre mit den Streitereien Vergangenheit. Im Gegenteil, stets betonte sie, daß die alte L von Weimar und der Emigration erschöpft ist, und forderte von den jungen Studenten und Arbeitern, die Fortführung der Linken.

Während im Zuge der gegenwärtigen Entwicklung zur entpolitisie autoritären Gesellschaft in Westeuropa die sozialistischen Ziel Forderungen auch von Teilen der Arbeiterbewegung verleugnet den, wollte sie sich dieser übermächtig scheinenden Tendenz e genstemmen und mit uns die Ansatzpunkte finden für eine sozia sche Konzeption, die bewußt an den Zielen des kommunisti

Fortsetzung Se

U N S E R E S I T U A T I O N

Michael Schumann

In der Haushaltsdebatte am 9. März 1961 meinte Bundesinnenminister Schröder über das Karlsruher Urteil im Fernsehstreit: "Es ist zutiefst betrüblich, daß mit diesem Urteil Weimar sozusagen noch nachträglich demontiert wird." Die Weimarer Verfassung sei das nationale und politische Minimum, von dem man heute angesichts der Ereignisse nach 1933 ausgehen müsse. Das Urteil erkläre, daß auch schon damals in der Weimarer Zeit vieles nicht richtig gewesen sei. "Wenn man unter dieser Perspektive die deutsche Zukunft und Vergangenheit sehen will, kann einem Angst und Bange werden."

Hans Werner Richter stellte die Frage: "Lebe ich vielleicht schon wieder im Vorhof einer kommenden neuen Diktatur? Einer schleichenden, unheimlichen Diktatur, die im Namen der Freiheit die Freiheit unterminiert, im Namen des Rechts das Recht untergräbt, im Namen der Demokratie die Demokratie liquidiert? ("Kultur", Nummer 153, 1960)

Wir wurden oft als Schwarzmaler bezeichnet, wenn wir in unseren Analysen der Bundesrepublik die autoritären Tendenzen aufwiesen und ihre Gefahren für die Demokratie klarzumachen suchten. Heute spricht bereits die "Neue Zürcher Zeitung" von "fascistoiden Charakterzügen" im Wahlkampf der Bundesrepublik im Zusammenhang mit der Emigrantenhetze durch die CDU. Wie wenig sich diese "fascistoiden Charakterzüge" nur auf den Wahlkampf beschränken, wurde erneut in den zwei Monaten der Semesterferien klar. Fast beliebig viele Zitate von führenden Politikern der Bundesregierung könnte man anführen, um die unmittelbaren Gefahren für die freiheitliche Rechtsordnung aufzuzeigen und damit unsere Strukturanalyse zu veranschaulichen, welche die Zusammenhänge eines sich restaurierenden kapitalistischen Wirtschaftssystems mit der wirtschaftlichen und daraus erwachsenden politischen Machtkonzentration darzustellen suchte.

Einige Beispiele seien hier aufgezählt.

Die Flugzeuggeschwader der Luftwaffe erhalten wieder "Traditionsnamen", etwa "Geschwader Richthofen". Damit soll die neue deutsche Luftwaffe wieder an die Tradition der "besten und vornehmsten Namen" der ersten deutschen Luftwaffe anknüpfen. "Die Luftwaffe braucht solche Vorbilder, denen nachzueifern für jeden Soldaten eine sittliche Pflicht sein sollte." (Generalleutnant Kammhuber) In der Denkschrift des Bundesinnenministeriums über das Notstandsrecht wird festgestellt; Auch ein innerer Notstand kann ein solches Ausmaß annehmen, daß die Polizeikräfte zur wirksamen Bekämpfung nicht ausreichen. Der Einsatz der Bundeswehr zum Schutz des Bestandes oder der Verfassungsordnung des Staates sei daher "in bestimmten Situationen" unerläßlich. Normale Arbeitskämpfe erfüllten nicht die Voraussetzungen für die Erklärung des Ausnahmezustandes. Wenn sie jedoch im Einzelfall zur Gefährdung des Bestandes oder der freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Bundes oder eines Landes führen, dann müsse auch die Möglichkeit zu staatlichemEinschreiten gegeben sein.

"Christ und Welt" vom 14. 4. 1961 präzisiert: "..... Das alles kann aber nur dazu führen, die Verabschiedung eines Notstandgesetzes noch dringlicher erscheinen zu lassen. Man könnte sagen, die Demokratie müsse auch vor einer möglichen Nebenregierung der I.G. Metall geschützt werden."

Den Widersachern eines Ein- und Ausreise-Gesetzes hält Schröder entgegen, daß in einem liberalen Rechtsstaat jede Bestimmung, die Freiheit und Freizügigkeit einenge, zunächst auf instinktive Abwehr stoße. Doch man müsse sich darüber im klaren sein, daß die SED-Machthaber für Toleranz und Liberalität lediglich Verachtung, Hohn und Zynismus zeigen.

Der CDU-Vizepräsident des Deutschen Bundestages erklärte am 16.4.1961 auf einer Versammlung der Jungen Union in Kempten. "Die Bundesregierung kann nach den Wahlen gezwungen sein, außerhalb der Verfassung oder sogar gegen sie tätig zu werden, um eine Notstandsgesetzgebung zustande zu bringen."

Wenn wir unsere Aufgaben neu zu fassen suchen, dann müssen wir die in diesen Äußerungen zu Tage tretenden gesellschaftlichen Tendenzen klar erkennen. Aus der Diskussion auf unserem Bundesseminar Ende Februar und aus vielen Briefen gerade jüngerer Genossen sprach die Sorge um die Entwicklung in der Bundesrepublik. Der massive Druck, dem unser Verband in den letzten Jahren ausgesetzt war, hat uns alle politisch bewußter werden lassen. Immer wieder fragen wir, Stehen wir in einer bloßen Verteidigungsposition oder gibt es Ansatzpunkte, eine Wende in der Entwicklung herbeizuführen?

Die Verfassungswirklichkeit hat heute nur noch wenig mit den im Grundgesetz niedergelegten Verfassungsnormen gemein. Die Forderung, das Grundgesetz zu realisieren, macht heute bereits verdächtig. Wer aber gar im Hinblick auf eine Verwirklichung der Einheit Deutschlands äußert, den ausdrücklich "provisorischen Charakter" des Grundgesetzes nicht zu verwischen, ist für die Machthaber des Staates bereits potentiell ein Landesverräter. Gefordert wird deshalb auch nicht mehr die "Anerkennung des Grundgesetzes", sondern ein "Bekenntnis zum Staat", d.h. zur Staatswirklichkeit jetzt und heute.

Für uns gibt es gegenüber dieser Entwicklung vor allem die eine Aufgabe: Gegen alle Formen der Einschränkung der Freiheit, der Knebelung und Verleumd ng jeder Kritik, der Entpolitisierung und der damit verbundenen politischen Emotionalisierung, der Verschleierung und der Täuschung unerbittlich zu kämpfen. Wir können uns nicht mit der bestehenden Gesellschaft und ihrer Machthierarchie identifizieren und müssen uns gegen das Einbezogenwerden in dieses System unablässig zur Wehr setzen. Wir müssen als Verband, als Gruppe und als einzelne diesen Kampf immer wieder neu aufnehmen, um die wahren Fronten dieser Gesellschaft deutlich werden zu lassen. Dazu gehört auch, die Verschleierungsfunktion des militanten, emotionalen und sich radikalisierenden Antikommunismus bewußt zu machen und ihm eine theoretische und an der konkreten Analyse der Wirklichkeit im Ostblock ausgerichteten Auseinandersetzung entgegenzustellen.

Wir müssen jedoch wissen, daß diese Kritik nicht genügt, sondern daß der Kampf gegen die autoritären Tendenzen in der Bundesrepublik nur erfolgreich bestanden werden kann, wenn der Immobilismus in der Politik überwunden und die Möglichkeit einer demokratischen Veränderung erkannt wird. Deshalb müssen wir uns immer wieder auf den Kampf vorbereiten und immer neue Formen der Aktion und der politischen Bewußtseinsbildung entwickeln. Dazu gehört vor allem das Studium der großen Arbeiten der sozialistischen Theorie. Nicht, weil es uns um die Errichtung eines dogmatischen Lehrgebäudes ginge, sondern weil wir erfahren haben, daß mit der Erarbeitung der sozialistischen Theorie eine kritische Selbstverständigung verbunden ist sowie die Analyse dessen, was zu tun ist und getan werden kann, am besten zu leisten ist. So kann in der Auseinandersetzung die sozialistische Theorie fortentwickelt und die veränderte gesellschaftliche Wirklichkeit erfaßt werden. Nur über diese Auseinandersetzung können theoretische Arbeit und politischer Kampf zu einer Sache verschmolzen werden.

Der gesellschaftliche Ort, an dem wir zunächst zu arbeiten haben, ist die Hochschule. Von unserer Arbeit an den Hochschulen hängt es ab, inwieweit unserem Verband auch in der gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzung Einfluß zuerkannt wird. Hochschulpolitik ist für uns eine politische Aufgabe. Die Auseinandersetzung um unser hochschulpolitisches Programm ist zugleich eine Auseinandersetzung mit Tendenzen, die nicht nur in Marburg und bei Schlamm in Erscheinung traten. Nach einjähriger Vorbereitungszeit wurde jetzt Anfang des Semesters auf einem SDS-Bundesseminar ein neues SDS-Hochschulprogramm erarbeitet, das etwa Mitte des Semesters allen SDS-Mitgliedern vorliegen wird. Wie aus den Berichten der Gruppen über das Wintersemester hervorging, ist es an vielen Universitäten gelungen, aktiv in der studentischen Selbstverwaltung mitzuarbeiten. Wir sollten uns im Sommersemester sowohl darum bemühen, unsere sozialistische hochschulpolitische Konzeption in den Gruppen anhand des Programms zu erarbeiten und in die allgemeine Diskussion um eine den veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen gerechte Hochschulverfassung hineinzutragen, als auch überall dort auf eine zumindest

partielle Verwirklichung unserer Vorstellungen zu drängen, wo wir in der studentischen Selbstverwaltung dazu die Möglichkeit haben. Unsere Praxis muß mit besonderer Entschiedenheit den Kampf an den Hochschulen gegen die restaurativen Kräfte aufnehmen, die sonst zur weiteren Versteinerung der gegebenen gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse beitragen. Daß wir in unseren Bemühungen an den Hochschulen nicht ganz allein stehen, zeigt die Delegiertenversammlung des LSD, welcher wie wir mit großer Sorge die politischen Entwicklungen zu beobachten scheint.

Auch die Aktion im Sommersemester zur Unterstützung der Entwicklungsländer, die Analyse der heutigen Formen des Imperialismus sowie die Präzisierung der Vorstellungen einer sozialistischen Entwicklungshilfe sind im oben erwähnten Zusammenhang zu verstehen. Wir werden der speziellen Situation in der Bundesrepublik und den Gefahren der innerdeutschen Entwicklung nur gerecht, wenn wir die Bundesrepublik in die internationalen Kräfteverhältnisse , Abhängigkeiten und Entwicklungstendenzen mit einbeziehen.

Bei einer derartigen, von der Hochschule ausgehenden Politik werden wir stark genug sein, auch in den gesamtgesellschaftlichen Bereich hinein zu wirken. Wir müssen uns dabei über die konkreten Aufgaben und Möglichkeiten klar werden. So wichtig die Ostermärsche gegen die atomare Aufrüstung in Ost und West ohne Zweifel waren und so erfreulich die große Teilnahme von SDS-Mitgliedern an diesen Märschen ist (die zeigt, daß es uns um mehr geht, als um bloße Deklamationen), so dürfen wir uns über die konkreten Auswirkungen dieser Aktion nicht täuschen. Deshalb kommt es darauf an zu erkennen, welche gesellschaftlichen Kräfte am ehesten in der Lage sind, die gefährlichen Entwicklungen in der Bundesrepublik aufzuhalten und zu wenden. Diese Fragen wurden auf unserem Bundesseminar im Februar, auf dem nahezu alle Gruppen vertreten waren, ausführlich diskutiert.

Fast ohne Ausnahme unterstützten die Vorsitzenden und die Mitglieder der vertretenen Gruppen den Bundesvorstand in seiner Forderung nach einer deutlichen Abgrenzung von der DFU und der VUS. In Nummer 3 der "neue kritikinformationen" haben wir ausführlich unsere Auffassung zu diesen Gruppierungen dargelegt. Bei allen sonstigen Vorbehalten, vor allem personeller Art, könnte eine DFU, selbst wenn sie wider Erwarten in den nächsten Bundestag einziehen sollte, nur eine bedeutungslose Rolle spielen. Die Ansicht, daß DFU und VUS als Alternative zur derzeitigen Politik des Parteivorstandes des SPD das Vertrauen der Sozialisten verdienen können, wurde von keinem Seminarteilnehmer vertreten. Daß über das Seminar in so eklatant falscher und bewußt fälschender Absicht in der "Sozialistischen Jugendkorrespondenz" berichtet wurde, zeigt, daß es dem aus unserem Verband ausgeschiedenen Flügel der ehemaligen Hüller-Freunde nicht um eine Diskussion über unterschiedliche politische Auffassungen geht, sondern um Verleumdung und Diffamierung. Ein politischer Verband, der sich gegen derartige Methoden nicht zur Wehr setzt, würde sich selbst preisgeben. Nach dem Seminar mußten die Bemühungen, den SDS in die Zusammenarbeit mit der DFU und der VUS zu pressen, was Arndt Böttcher im Namen und Auftrag der ausgeschiedenen SDS-Mitglieder durch sein Rundschreiben versuchte, von vorneherein zum Scheitern verurteilt sein. Es kann uns nicht wundern, daß eine aus dem Verband zum größten Teil ausgeschlossene und ausgetretene Gruppierung noch einmal ihren Einfluß zurückzugewinnen sucht. Wie aussichtslos diese Anstrengungen sind, zeigte nicht zuletzt die einhellige Haltung der SDS-Mitglieder zu diesen Fragen auf unserem Seminar.

Auch die Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei wurde auf dem Bundesseminar diskutiert. Wenn wir auch selbst eine Organisation der Arbeiterbewegung in den vergangenen Jahren von der Politik der derzeitigen SPD-Führung besonders getroffen wurden und den Verlust an innerparteilicher Demokratie unmittelbar erfuhren, so dürfen wir doch - unabhängig von der derzeitigen Politik der SPD-Führung - nicht übersehen, daß die SPD unter allen parlamentarischen Vertretungen das größte demokratische Potential darstellt. Dennoch erscheint zweifelhaft, ob die SPD mit der derzeitigen Oppositionspolitik und der fast uneingeschränkten Identifizierung mit den politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen sich entschieden genug gegen die autoritären Tendenzen wenden und den Kampf mit der notwendigen Entschlossenheit aufnehmen wird.

Wir werden uns aber davor hüten müssen, über diesen Zweifel den eigentlichen Gegner zu vergessen, der den gesellschaftlichen und politischen Restaurationsprozeß verteidigt und vorantreibt. Eine CDU/CSU-Regierung mit verfassungsgebender Mehrheit könnte leicht das Ende jeder freiheitlichen Arbeiterbewegung bedeuten. Die Existenz unseres Verbandes ist bereits ein Stück Kritik an der derzeitigen Politik der Parteiführung, ebenso seine entschiedene sozialistische Praxis. Darüber hinaus werden wir unsere Kritik an der derzeitigen SPD-Politik in der innerparteilichen Diskussion mit aller Eindringlichkeit vorbringen. Die Kritik wird von der Frage auszugehen haben, ob eine sozialdemokratische Partei auf die Dauer einen politischen Kurs zu steuern vermag, der nicht mehr voll inhaltlich von den gewerkschaftlichen Organisationen getragen werden kann. Eine auf Mittelstandsinteressen berechnete politische Konzeption der Sozialdemokratie ist der Gefahr ausgesetzt, in Widerspruch zu den unmittelbaren, von den Gewerkschaften direkt vertretenen Interessen der Arbeiterschaft zu geraten. Daß im Wahlprogramm der SPD die Forderung nach Erweiterung der Mitbestimmung nicht mehr enthalten ist, kann dafür als Beleg gelten.

Die Diskrepanz zwischen den wirtschaftlichen und politischen Vorstellungen der sozialdemokratischen Parteiführung und den Aufgaben einer bewußt geführten Gewerkschaftsbewegung kann auf die Dauer nicht undiskutiert bleiben. Der Slogan "Wir sind alle eine Familie" ist bekannt aus der Industrie-Managementsprache, wo er kennzeichnend für alle Human-Relation-Methoden innerhalb des Betriebes die widersprüchlichen Interessen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern verschleiern soll mit dem Ziel, die Arbeiterschaft unkritisch an die Unternehmensleitung zu binden und im Sinne von "wir ziehen alle an einem Strange" noch intensiver für Unternehmerinteressen einzuspannen. Diese Methoden sollen die Arbeiterschaft ihrer Interessenvertretung entfremden und den Gewerkschaften den Boden für ihre Aktivitäten entziehen. Durch Aktionspolitik und Schulungsarbeit muß es Aufgabe der Gewerkschaften sein, diese "Gemeinschaftsideologie" zu enthüllen und den Interessenwiderspruch sichtbar zu machen. Neuere industriesoziologische Untersuchungen zeigen zudem, daß politisches Bewußtsein der Arbeiterschaft korreliert mit der Bereitschaft, der Gewerkschaft beizutreten und Beiträge zu bezahlen, während eine entpolitisierte Arbeiterschaft mit vagem trade-unionistischem Bewußtsein zum persönlichen Opfer der Beitragszahlung häufig nicht mehr freiwillig bereit ist. Deswegen kann die Führung der großen Industrie-Gewerkschaften nicht ohne weiteres ihre traditionelle Kampfposition aufgeben.

Die Auseinandersetzungen über diese Problematik, die gleichzeitig darüber Aufschluß geben werden, ob in der Bundesrepublik die restaurative Entwicklung aufzuhalten sein wird, werden in den bestehenden Organisationen der Arbeiterbewegung zu führen sein. Denn allein die organisierte Arbeiterschaft ist die gesellschaftliche Kraft, die wirkungsvoll Widerstand gegen die Errichtung eines autoritären Regimes leisten kann. Auch wenn ein Teil der Arbeiterschaft heute den Willen zum politischen Widerstand verloren hat, so stehen die objektiven und langfristigen Interessen der Arbeiterschaft von allen gesellschaftlichen Gruppen am stärksten im Widerspruch zu einem autoritären System. Daneben sind einer totalen Integration der Arbeiterschaft in die gegenwärtige Staatswirklichkeit aufgrund der Arbeitssituation im Betrieb Schranken gesetzt. Im kapitalistischen Industriebetrieb läßt sich der strukturelle Interessenwiderspruch der Gesellschaft auch mit den verfeinertsten Human-Relation-Methoden nicht völlig verschleiern. Verbunden mit bewußter Gewerkschaftspolitik hält dieser Widerspruch das Spannungsverhältnis und damit die Auseinandersetzung zwischen den Arbeitgebern und der Arbeitnehmerschaft aufrecht. So ist der Antagonismus von Kapital und Arbeit auch heute noch die entscheidende Ansatzstelle für sozialistische Politik.

Für den sozialistischen Studenten bieten sich hier Aufgaben und Möglichkeiten, einen Beitrag dazu zu leisten, daß das zunächst betriebsgebundene Spannungsverhältnis zwischen der Arbeitnehmerschaft und dem Kapital ins Politische gewandt wird. Wir müssen uns an dieser Arbeit und der kritischen Analyse der bestehenden Produktionsverhältnisse beteiligen. Damit werden wir auch die Bereitschaft der Arbeiterschaft zur politischen Auseinandersetzung und die Folgen der Entpolitisierung richtig einschätzen lernen.

Wenn heute behauptet wird, wir suchten die gewerkschaftlichen Arbeitsgemeinschaften an den Universitäten zu unterwandern, so können wir darauf nur antworten: Wir waren es, die entscheidend dazu beitrugen, daß

an den Hochschulen überhaupt gewerkschaftliche Arbeit betrieben wird. Denn wir bekennen uns bewußt an den Universitäten und in aller Öffentlichkeit zu unserer Aufgabe, mit der Arbeiterschaft für eine freie sozialistische Gesellschaft und eine geeinte friedliche Welt zu kämpfen.

Für unseren Verband brauchen wir für die kommende Zeit vor allem Ausdauer und "revolutionäre Geduld". Gerade in der Kleinarbeit wird sich zeigen, ob wir stark genug sein weren, die große politische Aufgabe zu erfüllen. Wir verstehen uns als Teil der Arbeiterbewegung. Wir sind kritisch sowohl gegenüber isolierter "Kaderarbeit", als auch gegenüber der lauttönenden Resolutions-Politik. Wir lassen uns durch die Diffamierung sowohl der Stalinisten, wie all derjenigen, die an der Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung interessiert sind, nicht davon abbringen, als Sozialisten allen die Parole zuzurufen:

MIT DER ARBEITERSCHAFT GEGEN EIN DEUTSCHES SALAZAR-REGIME !

ZUR GEGENWÄRTIGEN KRISE DER ARBEITERBEWEGUNG

Jürgen Schaltenbrand

Der SDS versteht sich als Teil der Arbeiterbewegung. Seine spezifischen Aufgaben an den Universitäten und Hochschulen bestimmen sich aus der kritischen Gesellschaftsanalyse, die untrennbar mit dem historischen Auftreten der Industriearbeiterschaft und ihrer Organisationen verbunden ist. Seit den ersten Nachkriegstagen bemüht sich der SDS, Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung in einer Studentenschaft zu diskutieren, von der bis zum heutigen Tage nur 5% aus der Arbeiterschaft stammen. Die Analyse der Rolle, die Professoren und Studenten in der Weimarer Republik spielten, die fast kampflose Übergabe der Hochschulen an den Nationalsozialismus, führten dazu, daß die Arbeiterbewegung nach dem Kriege entscheidende Strukturveränderungen des Bildungswesens forderte . Diese Forderungen waren gerade deshalb besonders prägnant, weil sie im Zusammenhang standen mit denen nach strukturellen Änderungen der Gesellschaft. Dies war nicht zufällig, sondern folgte der Erkenntnis, daß die Hochschulen keine isolierten Inseln innerhalb der Gesellschaft darstellen, sondern in einem ursächlichen Zusammenhang mit den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen stehen. Das Ausbleiben einer umfassenden Reform des Bildungswesens in der Bundesrepublik entspricht der Tatsache, daß auch die übrigen grundsätzlichen Forderungen der Arbeiterbewegung keine Verwirklichung fanden. In einem Augenblick, wo darüberhinaus die Angriffe gegen Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung sich ständig verschärfen sollen die folgenden Überlegungen dazu beitragen, den Standort des SDS zu bestimmen.

Gesellschaftstheorie heißt seit der Aufklärung Auseinandersetzung mit der besonderen historischen Gesellschaftsform des Kapitalismus. Die Erkenntnis, daß die menschliche Geschichte sich nicht kontinuierlich, sondern in Sprüngen vollzieht, daß sich der Stellenwert bestimmter Gruppierungen (z.B. des Bürgertums) mit dem Wechsel ihrer gesellschaftlichen Funktionen verändert, bedeutet gleichzeitig besondre gesellschaftliche Interessen an denen der ganzen Gesellschaft messen. Die Theorie der bürgerlichen Gesellschaft, des Kapitalismus will nicht gesellschaftliche Überlegung "an sich" sein, die zu nichts führt, als zur Konstatierung der "Wiederkehr des Immergleichen". Sie will die realen gesellschaftlichen Verhältnisse in ihrer Widersprüchlichkeit ausdrücken, Ansatz sein zu deren Veränderung.

Nicht zuletzt wegen ihrer objektiven Funktion in der bürgerlichen Gesellschaft erkämpfte sich die Arbeiterbewegung eine Bedeutung, die eine ständische Organisation nie hätte erreichen können. Die Klasse der Lohnarbeiter entwickelte sich unter Bedingungen, die man als Widerspruchvon privater Aneignung und gesellschaftlicher Produktion bezeichnete. Rechtlosigkeit, Armut und Ausbeutung als dessen unmittelbare Folge erzwangen den organisatorischen Zusammenschluß der Lohnarbeiter unter mannigfachen Formen. Nur durch bewußtes gemeinsames Handeln waren Veränderungen und Verbesserungen ihrer Lage zu erkämpfen. Alle Erfolge der Arbeiterbewegung, die mit der Arbeiterschaft der Gesellschaft zugute kamen, wurden gegen den erbitterten Widerstand der Herrschenden errungen. Die Geschichte der Arbeiterbewegung bewies, daß die Forderungen der bürgerlichen Revolution nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit sich in der Gesellschaft erst erfüllen können, wenn sie die Klasse der Lohnarbeiter einschliessen. Die durch die Produktionsverhältnisse gesetzten Widersprüche an der Basis der Gesellschaft beschränkten die Forderungen der bürgerlichen Revolution auf die Bereiche des Überbaus, auf Politik, Justiz, Privatsphäre. Was unleugbar ein Fortschritt war, zeigte aber auch die Grenze der bürgerlichen Gesellschaft, in der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit letzten Endes formal bleiben mußten, da sie von der Sphäre unmittelbarer materieller Produktion abgetrennt waren. Ihre Ausdehnung auf alle Bereiche der Gesellschaft konnte sich erst einstellen, wenn diese qualitativ verändert sei. Das Prinzip des Privateigentums an Produktionsmitteln mußte aufgehoben werden, die Produktion für den Menschen mußte die für den Markt ablösen. Die objektiven Interessen der Arbeiterschaft nach einer gerechten und vernünftigen Gesellschaft wurden also identisch mit denen der Gesellschaft insgesamt.

Solidarität und gemeinsame Aktion, die einzigen Waffen der Arbeiterschaft, konstituierten eine neue Form gesellschaftlicher Auseinandersetzung, der ein Gesellschaftssystem, das auf der Konkurrenz aller gegen alle beruhte bei Strafe des Untergangs nichts entgegensetzen konnte als verschärften Druck oder Konzessionen. Die Isolierung der Arbeiterschaft von ihren Organisationen war die einzige und konsequent betriebene Möglichkeit, die bedrohten Privilegien zu sichern. Die zunächst unüberbrückbar scheinenden Gegensätze zwischen

Bismarck und Wilhelm I., die sich in der Sozialistengesetzgebung des einen, der Sozialgesetzgebung des anderen ausdrücken, erweisen sich als zwei Seiten der selben Medaille. Auf der einen Seite sollte Gewalt die wachsenden Organisationen der Arbeiterbewegung zerstören und die Bedrohung des Bestehenden abwenden. Als sich der Zwang der in der Illegalität erstarkenden SPD gegenüber als wirkungslos erwies und der Kampf um eine gerechtere Gesellschaftsordnung sich eher noch verschärfte, waren Konzessionen unumgänglich geworden. Koalitionsrecht, Streikrecht, Sozialgesetzgebung, Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzungen, und vieles andere wurden gegen den erbitterten Widerstand der Herrschenden von der Arbeiterbewegung erkämpft. Die realen Verbesserungen der Lage der Arbeiter hatten jedoch zugleich die Funktion, das revolutionäre, durch die Arbeiterbewegung artikulierte Bewußtsein der Arbeiter zu neutralisieren. Mit jeder sozialen und materiellen Verbesserung wurde durch die öffentliche Meinung die Tendenz verstärkt, die Arbeiterbewegung als überflüssig und überholt anzusehen. Die erreichten Erfolge der Arbeiterbewegung waren andererseits objektiv notwendig geworden. Was man ausschließlich für Konzessionen halten konnte, stellte Produktionsveränderungen in Rechnung, die erhöhte Anforderungen an den einzelnen Produzenten stellten, er mußte ihnen gewachsen sein. Der ebenfalls in der Folge wirtschaftlicher Ausdehnung erzwungene Imperialismus hielt durch verschärfte Ausbeutung der eroberten Gebiete die Mittel zur Verfügung, erhöhte Bedürfnisse der Gesellschaft zu befriedigen. Er vergrößerte aber auch in der Folge verschärfter wirtschaftlicher Auseinandersetzung der Kolonialmächte die Krisengefahr.

Jeder Erfolg der Arbeiterbewegung bedeutete auf der einen Seite Modifizierung des bürgerlichen Staates, indem die Erfolge legalisiert wurden, andererseits aber eine zunehmende Integrierung der Arbeiterorganisationen in die bestehende Ordnung. Legal gewordene Forderungen oder Aktionen erzwangen eine Anpassung an die Spielregeln der Legalität. Die Integration der Arbeiterbewegung bedeutete jedoch nur, daß sie ihren Platz ganz unten in der Hierarchie tatsächlicher Herrschaftspositionen erhielt. Der Wille, mit dieser Tatsache die ganze Gesellschaft zu verändern, wurde zwar theoretisch nach wie vor verkündet, schlug sich aber schon in den reformistisch werdenden Aktionsprogrammen kaum noch nieder, geschweige denn in der Aktion selbst. Indem die Arbeiterbewegung in ihrer Praxis die Arbeiterschaft greifbar und zur festen, eingeplanten Gruppe in der Gesellschaftshierarchie machte, wurde Mäßigung fast notwendige Folge. Die Integration bedeutete fast schon die Verwandlung der Arbeiterbewegung in eine Ordnungskraft. Offenkundig wurde das wachsende Mißverhältnis zwischen Theorie und Praxis bei den Gewerkschaften in der Ablehnung des Massenstreiks 1905, bei der SPD in der Bewilligung der Kriegskredite 1914. Der Imperialismus und später auch der Faschismus wurden zwar bald genug als besondere historische Erscheinungsformen des Kapitalismus erkannt, die Reflexion des 1. Weltkrieges und des im Gefolge des Faschismus entfesselten 2. Weltkrieges zwang geradezu die Erkenntnis auf, daß diese Entwicklungen den objektiven Interessen der Arbeiterschaft zuwiderliefen.

Das theoretische Bewußtsein über gesellschaftliche Zusammenhänge verfiel zusehends, da jedes Mehr an integrierter Organisation ein mehr an Bürokratie, an Apparatdenken erzeugte . Die Entfremdung weiter Teile der Arbeiterschaft von der Arbeiterbewegung entwickelte sich jedoch aus zwei Richtungen. Die herrschende Ideologie in den Köpfen der Arbeiter verursachte ebenfalls, daß die Vermittlung zwischen Theorie und Praxis, zwischen Arbeiterbewegung und Arbeiterschaft lückenhaft stattfand. Der Riß im Gebäude der ehemals festgefügten Arbeiterbewegung vergrößerte sich unaufhaltsam. Die Differenzen zwischen den verschiedenen Interpretationen der gesellschaftlichen Wirklichkeit und der Praxis der Arbeiterbewegung ließen auf die Dauer eine Spaltung unvermeidlich scheinen. Mit der Einheit der Arbeiterbewegung zerbrach mehr als ein Tabu. Es sollte sich in der weiteren Entwicklung erweisen, daß die Arbeiterschaft durch die verlorene Einheit unfähig wurde, dem aufziehenden Faschismus Einhalt zu gebieten.

Die Entstehung der USPD, der KPD, der kommunistischen Gewerkschaften, der SAP etc. ergaben sich freilich nicht allein, weil Integration über Gesellschaftstheorie, weil Lassalle über Marx triumphiert hatte. Die Tatsache, daß imperialistische Mächte Deutschland in einem imperialistischen Krieg besiegt hatten und gegen sozialistische Umgestaltungen mehr als Druck setzten, spielen dabei ebenso eine Rolle wie die russische Revolution von 1917, die zur Hoffnung der einen, zum Schreckgespenst der anderen geworden war. Die SPD war, vergleichsweise wenig durch den Weltkrieg kompromittiert, kreditwürdig geworden, den Nachlaß des Kaiserreiches in eine Republik zu überführen. Sie glaubte, dank ihrer Stärke, ihr sozialistisches Programm auf demokratischem Wege verwirklichen zu können. Während sie noch von oben Versuche einer revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft unterdrückte, begannen sich bereits jene Kräfte wieder zu rühren, die allein eine Veränderung der Produktionsverhältnisse ausgeschaltet hätte. Der Reichstag erwies sich in den Wirren der Nachkriegszeit als unfähig, eine rasch sich verselbständigende Wirtschaft zu kontrollieren. Inflation und Weltwirtschaftskrise bewiesen, daß allein im Überbau verankerte Erfolge der Arbeiterbewegung durch jede Krise gefährdet und annulliert werden. Ohnmacht des Reichstags, der entfesselten Kräfte der spätbürgerlichen Gesellschaft Herr zu werden, manifestierte sich in den rasch einander folgenden Regierungen, in den die Kräfte der Reaktion zunehmenden Einfluß gewannen. Während die resignierende Arbeiter-

schaft noch, je nach augenblicklicher materieller Lage, zwischen SPD und KPD hin- und hergerissen wurde, zog die Nationalsozialistische Bewegung unaufhaltsam das bürgerliche Lager zu sich herüber, um aus dem Chaos ungelöster gesellschaftlicher Probleme als Siegerin hervorzugehen. Allein eine in grundsätzlichen theoretischen und praktischen Fragen einige Arbeiterbewegung hätte die Kraft besessen, jene Veränderungen durchzusetzen, die den Faschismus als Inbegriff einer widerspruchsvollen bürgerlichen Ordnung unmöglich gemacht hätte. Der Verzicht auf außerparlamentarische Aktionen durch die SPD der späten Weimarer Jahre hieß Preisgabe des Feldes der entscheidenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen an die rechtsradikalen Kräfte. Die Quittung dafür bekam neben dem Judentum die Arbeiterbewegung aufs Grausamste präsentiert.

Zweimal in diesem Jahrhundert haben Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung Deutschlands vor der Alternative Sozialismus oder Barbarei gestanden, zweimal sind sie mitschuldig geworden an der Barbarei. Der erste Weltkrieg, deutlicher noch aber Faschismus und 2. Weltkrieg haben bewiesen, daß die objektiven Interessen der Gesellschaft längst mit denen der Arbeiterschaft identisch geworden waren, aber durch die Arbeiterbewegung nicht eingelöst wurden.

Als 1946 K. Schumacher sagte: "Die Tatsache, daß wir (die SPD) in einem Fabrikraum unseren ersten Parteitag abhalten, ist ein Programm.", als 1947 die CDU ihr Aahlener Programm verabschiedete, war das Bewußtsein weitverbreitet, daß Strukturveränderungen nötig seien, um ein für allemal die entscheidenden Wurzeln des Faschismus auszureißen. Ehe noch ihre Organisationen wieder neugeschaffen waren, zeichnete sich in der Arbeiterbewegung Deutschlands das Bewußtsein ab, daß einzig das Vermeiden alter Fehler die Arbeiterschaft noch einmal aus ihrer Resignation reißen könne. Kaum einer zweifelte daran, daß es nunmehr an der Arbeiterbewegung sei, den Grundstein für ein neues, besseres Deutschland zu legen. Ehe noch die ersten Aufbauversuche begonnen wurden, zeichnete sich aber bereits eine Entwicklung ab, die in den kommenden Jahren entscheidend werden sollte für die Praxis der Arbeiterbewegung in Deutschland: der erneut und verschärft ausbrechende Gegensatz zwischen Ost und West. Die Praxis der KPD in der späteren DDR, die Zwangsfusion mit der SPD, zwangen die Arbeiterbewegung Westdeutschlands erneut zu entschiedener Abgrenzung und damit zum Verzicht auf einen Teil der Arbeiterschaft. Zugleich ließ die Furcht vor der Bolschwisierung einen militanten Antikommunismus entstehen, der alsbald alle Forderungen nach Gesellschaftsveränderung suspekt erscheinen ließ. Die westlichen Siegermächte verfolgten seit 1948 das Ziel, Westdeutschland so rasch wie möglich zu einem Bollwerk gegen den Kommunismus auszubauen. Die privatwirtschaftliche Struktur der späteren Bundesrepublik blieb dabei gegen den Willen der Arbeiterbewegung unangetastet, allein verstärkte Vollmachten der Exekutive im Rahmen des Parlaments sollten eine Wiederholung der Weimarer Zeit unmöglich machen. Eine rasche wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung sollte dabei die solide Basis der jungen Demokratie bilden. Massive Dollarhilfen im Rahmen des European Reconstruction Program, die Errichtung moderner Produktionsstätten, ein künstlich für deutsche Waren geöffneter Weltmarkt, der unermüdliche Fleiß der Arbeiterschaft, daneben das Fehlen von Rüstungskosten, der weitgehende Verzicht der Siegermächte auf sofortige Reparationsleistungen und der rasche Stop der Demontage charakterisieren die Ausgangslage der Bundesrepublik.

Das Bewußtsein, furderhin mitbestimmen zu können über die Produktion hatte unmittelbar nach dem Kriege die Arbeiterschaft beflügelt, als sie die Fabriken wieder ingangsetzte und gegen Demontage erbittert verteidigte. Wenige Jahre genügten jedoch, um jeden entscheidenden Widerstand gegen die erneute Übernahme der Produktionsstätten durch die alten Eigentümer zu brechen. Geschützt durch die Bundesregierung konnten sie innerhalb eines Jahrzehnts die verlorenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schlüsselstellungen zurückgewinnen.

Während noch in den dreißiger Jahren die nationalen Arbeiterbewegungen in den Augen des Bürgertums die entscheidende Bedrohung der bestehenden gesellschaftlichen Privilegien darstellten, trug bald nach dem 2. Weltkrieg der gefährlich wachsende Ostblock weitgehend zur Nivellierung der bislang entscheidenden nationalen Interessengrenzen bei. Die westliche kapitalistische Welt war zu einer, den früheren Formen ihren unmittelbaren Interessen widersprechenden internationalen Kooperation gezwungen. Nur als mehr oder weniger geschlossener Block konnte der Kapitalismus dem nunmehr international gewordenen Kommunismus gegenüber bestehen und hoffen, ihn aus der Welt zu schaffen. Die direkten und indirekten Methoden, den Gegner zu neutralisieren, änderten sich folglich qualitativ, sie gewannen universalen Maßstab. In derselben Weise, wie sich nationale Interessen tendenziell denen der bürgerlichen Industriegesellschaften in ihrer Gesamtheit unterordneten, geriet alle Kritik an den bestehenden Zuständen und Tendenzen in den Verdacht, den Kommunismus nicht nur zu unterstützen, sondern mit ihm identisch zu sein.

Mit verschiedenen Mitteln spielen sich auf verschiedenen Ebenen die Prozesse ab, die alle ein Ziel haben: jeden substantiellen Gegner zu vernichten. Das Verbot der KPD in der Bundesrepublik und das "Gesetz gegen unamerikanische Aktivitäten" in den USA seien Beispiele für die direkte, staatliche Aktion. Weit bedeutender ist jedoch die überall drohend wachsende Spielart der bürgerlichen Ideologie: der militante, emotionale Antikommunismus. Bedeutender ist diese Tendenz deshalb, weil sie erfolgreicher als je zuvor geeignet ist, bestehende Widersprüche zu verschleiern. In ihrem Gefolge gerät notwendig jede Organisation der Arbeiterbewegung in den Mahlstrom der direkten und unterschwelligen Gleichschaltungsversuche. Allein die Tatsache, daß jene Organisationen die Interessen derjenigen Klasse wahrnehmen wollen, in deren Namen die Entwicklungen im Ostblock sich vollziehen, erzwingt - von deren jeweiligen Intentionen völlig abgesehen - die kategorische Gleichsetzung.

Die herrschende Ideologie erhielt ihre Wirksamkeit im Zuge der wachsenden Zufriedenheit mit den materiellen Verhältnissen. Was sich auf der einen Seite in der Form des militanten Antikommunismus als höchst politisch erweist, stellt sich auf der anderen als systematische Entpolitisierung dar. Verschärft durch eine politische Praxis fortgesetzter Diffamierung jeder kritischen, von der offiziellen sich entfernenden Auffassung gedeiht ein gesellschaftliches Klima, in dem die partiellen Interessen der herrschenden Gruppen sich erneut verselbständigen können.

Als die Arbeiterbewegung sich nach dem Kriege neuformierte, geschah dies nicht zuletzt, um durch die Erkämpfung realer Mitbestimmung der Arbeiterschaft eine erneute Verselbständigung der wirtschaftlichen Prozesse zu verhindern. Gleichzeitg sollte die Sozialisierung der Schlüsselindustrien die Zusammenballung wirtschaftlicher Macht verhindern, die unmittelbar in politische Macht umschlägt. Die Beibehaltung der unerfüllten Forderungen nach Gesellschaftsveränderungen führte im Zuge der geschilderten Restauration in der Bundesrepublik notwendig zu der erneuten gesellschaftlichen Isolierung der Arbeiterbewegung. Weil darüber hinaus die entscheidende Gegnerschaft zu den Manipulierungs- und Verschleierungspraktiken von der Arbeiterschaft zu befürchten war, galt es diese im Sog des entpolitisierenden Antikommunismus zu neutralisieren, zu diffamieren und notfalls an die Kette des juristischen Überbaus zu schmieden.

Wo Wahlerfolge zum einzigen Beweis für die Richtigkeit des politischen Denkens geworden sind, wo der Zusammenhang zwischen diesen und den angedeuteten gesellschaftlichen Verhältnissen nicht mehr erkannt wurde, mußte sich mit dem Verfall theoretischen Bewußtseins notwendig Resignation einstellen. Die Erfolge der systematischen Manipulierung weiter Teile der Arbeiterschaft in Richtung auf Kapitulation vor den bestehenden Herrschaftsstrukturen fand ihre Entsprechung in der zunehmend sich verstärkenden Entfremdung der Arbeiterschaft von ihrer Partei, der SPD. Das Eindringen der herrschenden Ideologie in die Arbeiterbewegung bewies auf der anderen Seite den Erfolg des gesellschaftlichen Druckes in Richtung auf eine antikommunistische Einheitsfront des Westens, die sich allgemein in der Form zunehmend autoritärer Staatsgebilde niederschlägt. Der Grad der Gefährdung der Arbeiterbewegung steigert sich addurch, daß neuerdings in den eigenen Reihen Stimmenlaut werden, die unverblümt die Identifikation der Arbeiterbewegung mit dem "Staat an sich" fordern, wobei sie die rückhaltlose Bejahung der gesellschaftlichen Verhältnisse der Bundesrepublick hier und jetzt meinen.

Die Zerschlagung der politischen und ökonomischen Machtpositionen in Deutschland ließ in der Nachkriegszeit eine "offene Gesellschaft" entstehen, in der eine Konkurrenz divergierender, organisierter Gruppierungen um gesellschaftlichen Einfluß stattfand. Dies führte dazu, daß man mit der sogenannten Pluralismustheorie die gesellschaftliche Realität glaubte erfassen zu können. Die Entwicklung in der Bundesrepublik drängte im Zuge der Wiederherstellung der Sozialstruktur der Vorkriegsgesellschaft jedoch über das Fassungsvermögen dieser Theorie hinaus. Sie führte mit der Konzentration privater Wirtschaftsmacht in wenigen Händen zu einer hermetischen Abriegelung der bestehenden antagonistischen Gesellschaftsgruppierungen voneinander. Auf der einen Seite zeigt sich dieses im faktischen Scheitern der Mitbestimmung in den entscheidenden Fragen der Produktion und deren Reduktion auf die Mitregelung sozialer Fragen in den Betrieben. Auf der anderen Seite kommt diese Tendenz unter anderem in der von der Bundesregierung betriebenen Rüstungspolitik und in der geplanten Notstands- und Notdienstgesetzgebung zum Ausdruck. Die Bundesrepublik ist dabei, sich in einen autoritären, extrem gewerkschaftsfeindlichen und atomar gerüsteten Ständestaat zu verwandeln.

Dieser Entwicklung setzte die SPD in ihrem Godesberger Programm die "Alternative" einer pluralistischen

Gesellschaft entgegen. Die bedrohte Freiheit soll durch einen institutionell gesicherten Pluralismus und eine damit gegebene Konkurrenz und Kontrolle verschiedner Machtträger gesichert werden. Während sich hier noch die Frontstellung der Konzeption einer pluralistischen Gesellschaft zu den aufgewiesenen Entwicklungen zeigt, nimmt die Pluralismustheorieselbst zunehmend ideologischen Charakter an. Sie erfüllt schon heute teilweise die Funktion, die Entwicklung zum statisch-ständestaatlichen System zu verschleiern.

Die Aufnahme der Pluralismustheorie durch die SPD bedeutet gleichzeitig den theoretischen Abschied von der "geschlossenen Klassenpartei". Das Auftreten verschiedener Gruppen in einer "offenen Partei" führte dazu, die Frage nach der innerparteilichen Demokratie in den Kategorien der Pluralismustheorie neu zu beantworten. So schrieb Ulrich Lohmar: "Kommt es zu nur e i n e r bürokratischen Ausformung der Parteiführungen, dann ist die oligarchische Beherrschung der Parteibürger, der ehrenamtlichen Mitarbeiter und der ehrenamtlichen Experten nahezu sicher" (Neue Gesellschaft, 1958, Heft 2).

Im Gegensatz zu dieser Theorie hat die SPD im Zusammenhang mit ihren Bemühungen unter allen Umständen in die Regierung zu kommen, die innerparteiliche Demokratie zurückgedrängt. Die Parteiführung bestimmte und lenkte die innerparteiliche Diskussion. Darüber hianus versuchte sie, ihre politische Konzeption auch der Arbeiterbewegung insgesamt aufzudrängen. Die Kritik an Industriegewerkschaften, die aus Selbsterhaltungsgründen bestimmte Grundforderungen der Arbeiterbewegung nicht aufgeben können, ist in diesem Zusammenhang ebenso zu nennen, wie der Druck auf die Jugendorganisationen und die Distanzierung des Parteivorstandes vom SDS.

Die Diskrepanz zwischen der pluralistischen Theorie und der innerparteilichen Wirklichkeit und der damit verbundene Verlust, eindeutige Vertretung der Arbeiterschaft zu sein, verstärkt die Entfremdung zwischen SPD und Arbeitnehmerschaft. Die Tatsache, daß die Forderungen der Arbeiterbewegung nicht mehr eindeutig von der SPD vertreten werden, hat aber auch dazu geführt, daß heute bereits die Forderung nach einem Arbeitnehmerflügel in der SPD laut wird. 1957 zeigte sich, daß noch über 6 Millionen Arbeiter, 1 Million Angestellte und Beamte und 1,5 Millionen Rentner in der SPD ihre parlamentarische Vertretung sahen und damit etwa 9o Prozent der SPD-Wähler ausmachten. Wenn die Arbeiterbewegung in Zukunft nicht eindeutig auch im Parlament repräsentiert wird, besteht die Gefahr, daß weitere Teile der Arbeiterschaft resignieren und an kleinbürgerliche Parteien abwandern. Dies kann für die SPD, die unter allen Parteien über die größte demokratische Tradition verfügt, den Verlust der Sperrminorität zur Folge haben.

Der bewußte Teil der Arbeiterbewegung sieht die politische Gefahr. Er weiß, daß die gegenwärtige Entwicklung zu einem autoritären System unaufhaltsam ist, wenn es der Arbeiterbewegung nicht gelingt, die Entpolitisierung der Arbeiterschaft zu durchbrechen. In dieser Frontstellung kann der SDS eine Aufgabe erfüllen.

ZUR HEUTIGEN THEORIE DER GEWERKSCHAFTEN

Jürgen Seifert

I.

Die Erneuerung der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik ist in besonderer Weise abhängig von der politischen Praxis der deutschen Gewerkschaftsbewegung und ihrem theoretischen Selbstverständnis. Für den jungen sozialistischen Intellektuellen, der an der Tätigkeit der Gewerkschaften auf Grund seiner gesellschaftlichen Positionen verhältnismäßig wenig Anteil hat, ist deshalb die Auseinandersetzung mit der Theorie der Gewerkschaften eine Aufgabe, die eine Isolierung und eine Fehleinschätzung der politischen Situation zu verhindern vermag.

Die traditionelle politische Orientierung der Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik ist heute einmal durch eine vielfältige Verkettung der Gewerkschaften mit dem sozialen Herrschaftssystem sowie die zunehmende Entpolitisierung und Neutralisierung und die damit eng verbundene politische Emotinalisierung durch einen blinden Antikommunismus in Frage gestellt. Zum anderen wird das Selbstverständnis der Gewerkschaften durch die Tatsache bestimmt, daß sich einerseits die Arbeitnehmer mit keiner politischen Partei geschlossen identifizieren und andererseits alle politischen Parteien in Anspruch nehmen, alle gesellschaftlichen "Schichten" zu repräsentieren. In dieser Situation stehen auf der einen Seite Kräfte in der Gewerkschaftsbewegung die glauben, das Einbezogensein der Gewerkschaften in Gesellschaft und Staat durch die Forderung eines "Bekenntnisses zum Staat" verstärken und durch einen "Solidaritätsbeitrag" institutionalisieren zu müssen. Auf der anderen Seite spricht Viktor Agartz davon, daß die "Apparate der sozialdemokratischen Parteien und die der Gewerkschaften die Funktion der SS übernommen haben" und daß heute Otto Brenner die Rolle des "linken" SA-Chefs Röhm zukomme. Der bewußte Teil der Gewerkschaftsbewegung hat sich diesen Positionen gegenüber-die einerseits auf einen korporativen Ständestaat und andererseits auf eine Neuauflage der kommunistischen "Roten Gewerkschaftsopposition" (RGO) am Ende der Weimarer Republik und der Sozialfaschismus "Theorie" Stalins hinauslaufen - auf die Tradition der Gewerkschaftsbewegung und auf das Münchner Programm des DGB von 1949 berufen. Doch gibt es nur wenige Ansätze, die in Theorie und Praxis einer derartigen Entwicklung der Gewerkschaften in die politische Isolierung oder zu einem bloßen Interessenverband unter anderen "pressure groups" zu verhindern suchen.

Als ein einführender Beitrag zu der notwendigen Selbstverständigung versteht sich der folgende Bericht über einige Schriften zur Theorie der Gewerkschaften. Die Auswahl erfolgt nicht unter dem Gesichtspunkt der Vollständigkeit, sondern nach ihrer Bedeutung für die gegenwärtige Auseinandersetzung.

II.

(I)	Marx/Engels	Marx und Engels über die Gewerkschaften, Sammelband, Berlin (Ost), 1953
(II)	Lenin, W.I.	Über die Gewerkschaftsbewegung, 1895 - 1923, Sammelband, Berlin (Ost), 1959
(III)	Luxemburg, Rosa	"Massenstreik, Partei und Gewerkschaften" in: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. I, Berlin (Ost), 1955, S. 158 - 257

Die Theorie der Gewerkschaften wird noch immer entscheidend bestimmt (und sei es in der Ablehnung) durch Formeln, die aus der Zeit der "klassischen" Theorie der Gewerkschaftsbewegung stammen. Diese Formeln wirken fort auch wenn sie aus dem Zusammenhang der politischen Theorie gelöst werden, in der sie ursprünglich ihren Platz hatten. Deshalb setzt ein Studium der gegenwärtigen Gewerkschaftstheorie das Studium der "klassichen Theorie" voraus.

Wesentliche Bedeutung kommt der von Marx getroffenen Unterscheidung zwischen "ökonomischer" und "politischer Bewegung" zu. Als rein ökonomische Bewegung bezeichnete Marx den Versuch "sich in einer einzelnen Fabrik oder auch in einem einzelnen Gewerk durch strikes usw. von den einzelnen Kapitalisten eine Beschränkung der Arbeitszeit" oder anderer sozialer Rechte zu erzwingen (I, S. 175). Die politische Bewegung der Ar-

beiterklasse richtete sich nach Marx im "Endzweck auf die Eroberung der politischen Macht" sowie darauf "ein Achtstunden- usw. Gesetz zu erzwingen" (aaO). Ökonomische und politische Bewegung standen für ihn in einem untrennbaren Zusammenhang und zwar in der Weise, daß "aus den vereinzelten ökonomischen Bewegungen der Arbeiter eine politische Bewegung hervor" wächst, "das heißt eine Bewegung der Klasse... in einer Form, die allgemeine gesellschaftlich zwingende Kraft besitzt" (aaO).

Beide Begriffe entstanden in der Auseinandersetzung mit der Praxis der Trade Unions in England und richteten sich gegen die Beschränkung allein auf die unmittelbar wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft. Engels hat diese Trade-Union-Praxis einen "verhängnisvollen Kreislauf, aus dem es kein Entrinnen gibt", genannt, weil Konjunkturschwankungen "alle zehn Jahre das Errungene im Handumdrehen wieder zunichte" machen und der Kampf von neuen durchgefochten werden müsse. Deshalb forderte Engels einmal eine wesentliche Veränderung dieser Trade-Union-Praxis, zum anderen "neben den Verbänden in den einzelnen Industriezweigen oder über ihnen ... eine politische Organisation der Arbeiterklasse als Ganzes" (I, 219 u. 224).

Schärfer und unvermittelter als Marx und Engels hat Lenin in der Schrift "Was tun?" das Verhältnis von ökonomischer und politischer Bewegung und den Unterschied zwischen "trade-unistischer und sozial-demokratischer Politik" gefaßt: "Wir sind keine Kinder, die man mit dem Brei ökonomischer Politik abspeisen kann. ... Der ökonomische Kampf 'stößt' die Arbeiter nur auf Fragen, die das Verhältnis der Regierung zur Arbeiterklasse betreffen" (II, S. 207 u. 210). Lenin war der Auffassung, es sei falsch zu fordern "dem eigentlich ökonomischen Kampf politischen Charakter zu verleihen" (II, S. 206) und gelangte zu der bekannten Forderung, die im Mittelpunkt der Theorie Lenins steht: "das politische Klassenbewußtsein kann dem Arbeiter nur von außen gebracht werden, das heißt aus einem Bereich außerhalb des ökonomischen Kampfes, außerhalb der Sphäre der Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern" (II, S. 210). Dieser Satz, der polemisch gegen die Ökonomisten gerichtet ist, hat sich in der kommunistischen Gewerkschaftspolitik verheerend ausgewirkt, weil es dazu diente, Politik in der Form der Interessenvertretung des Sowjetblocks "von außen" an die Arbeiterschaft heranzutragen.

Um so wichtiger ist deshalb Rosa Luxemburg, die gezeigt hat, wie eine lebendige Bewegung eine Verfestigung der Begriffe wieder aufzuheben vermag:

> "Die Bewegung geht nicht bloß nach der Richtung vom ökonomischen zum politischen Kampf, sondern auch umgekehrt. ... Nach jeder schäumenden Welle der politischen Aktion bleibt ein befruchtender Niederschlag zurück, aus dem sofort tausendfältig Halme des ökonomischen Kampfes emporschießen. Der unaufhörlich ökonomische Kriegszustand der Arbeiter mit dem Kapital hält die Kampfenergie in allen politischen Pausen wach, er bildet sogar das ständige frische Reservoir der proletarischen Klassenkraft ... Der ökonomische Kampf ist das Fortleitende von einem politischen Knotenpunkt zum anderen, der politische Kampf ist die periodische Befruchtung des Bodens für den ökonomischen Kampf" (III, S. 202).

Die Unterscheidung zwischen ökonomischer und politischer Bewegung wurde ins Organisatorische übertragen und so zu einer Bestätigung der Arbeitsteilung zwischen Partei und Gewerkschaften. Die Theorie, daß an die Arbeiterschaft das politische Bewußtsein von außen herangetragen werden müsse, hat Anerkennung des Vorrangs der Partei gegenüber der Gewerkschaftsbewegung geführt. Daß die Gewerkschaften in der Praxis häufig auf eine der Theorie widersprechende Eigenständigkeit als Organisation bedacht waren, steht dem nicht entgegen.

III.

(IV)	Abendroth, Wolfgang	Die deutsche Gewerkschaften, Weg demokratischer Integration, Heidelberg, 1954
(V)	derselbe	Bürokratischer Verwaltungsstaat oder soziale Demokratie, Frankfurt (M), 1955, insbesondere: "Zur Funktion der Gewerkschaften in der westdeutschen Demokratie", S. 59 (Gewerkschaftliche Monatshefte 1952, S. 641)
(VI)	Schumann, Hans-Gerd	Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung, Frankfurt (M) u. Hannover, 1958 (mit einem Vorwort von W. Abendroth)
(VII)	Hirsch-Weber, Wolfg.	Gewerkschaften in der Politik, Von der Massenstreikdebatte zum Kampf um das Mitbestimmungsrecht, Köln-Opladen, 1959

(VIII)	3. Europ. Gespräch	Gewerkschaften im Staat, Düsseldorf o.J. (1955), Referate von Grosse, Stammer, Agartz, Hynd, Rovan, Mozer, Sternberg, Alfred Weber und Kogon
(IX)	Dracker, Heinz-Otto	"Politischer Streik und Demokratie", in: Sozialistische Politik, 1959 Hft 3, S. 6 und 1959 Hft 4, S. 6
(X)	Rüthers, Bernd	Streik und Verfassung, Köln, 1960
(XI)	Kaiser, Joseph, H.	Der politische Streik, Berlin, 1959, 2. Aufl.

Der Streik gegen den Kapp-Putsch spielt mit Recht für das politische Selbstverständnis der Gewerkschaften eine entscheidende Rolle. Man hat diesen Streik als eine späte Frucht der auf den Parteitagen der SPD in Jena (1905) und in Mannheim (1906) geführten Diskussionen bezeichnet, die mit dem Namen Rosa Luxemburg verknüpft sind und als "Massenstreikdebatte" in die Geschichte der Arbeiterbewegung eingegangen sind (vgl. dazu VII, S. 8 ff). Rosa Luxemburg unterschied in ihrer Analyse "Massenstreik, Partei und Gewerkschaften" (III) zwischen Demonstrationsstreik , der in den Anfängen einer Bewegung eine Rolle spiele, dem Kampfstreik, als einem "Mittel zu proletarischen Aktionen", und dem Massenstreik als "dem Sammelbegriff einer ganzen jahrelangen, vielleicht jahrzehnte langen Periode des Klassenkampfes" (vgl. dazu insbesondere IV, S. 65 f); der "Massenstreik (sei) von der Revolution unzertrennlich" (III, S. 202).

Es ist insbesondere das Verdienst von Wolfgang Abendroth den deutschen Gewerkschaften den Kapp-Putsch, die Massenstreidebatte und auch das Versagen der Gewerkschaftsbewegung in den Jahren 1932/1933 (vgl. dazu insbesondere VI mit oft verschiegenen Dokumenten; ferner VII, S. 140) ins Bewußtsein gerufen zu haben. Er hat zugleich gezeigt, wie notwendig es ist, gegen jede Einschränkung des Streikrechts, sei es durch die geplante Notstands- und Notdienstgesetzgebung, sei es durch begriffliche Konstruktionen, mit aller Macht zu kämpfen. Geht den Gewerkschaften das Streikrecht verloren - sagte er schon 1954 - "oder wird es durch Verbot des "politischen" Streiks zur willkürlichen Disposition der Juristenschicht gestellt, verzichten sie grundsätzlich auf irgendeine politisch und sozial notwendige Anwendungsform ihrer einzigen scharfen Waffe, so ist der Staat der Herrschaft der alten privilegierten Schichten der monopolkapitalistischen Wirtschaftsordnung endgültig ausgeliefert und die deutsche Demokratie zum zweitenmal gescheitert" (V, S. 76; zur Frage "Gewerkschaftliche Aktion und Staat" vgl. VIII).

Als Gegenpart zu Abendroth muß man die Schrift des Carl-Schmitt-Schülers Kaiser sehen (XI). Sie ist von einem Juristen, der die gesellschaftlichen Grenzlinien erkannt hat, gegen die Arbeiterbewegung geschrieben. Kaisers Angriff gegen die den "politischen Streik" ("Der politische Streik ist in nuce Revolution" (XI, S. 55) ist zugleich ein Angriff gegen jeden Streik: "Jeder Streik kann sich in den Generalstreik auswachsen. Er ist die soziale Revolution schlechthin" (XI, S. 54). Leider wird die politische Position dieser Schrift, die am deutlichsten in dem Satz "Der Streik ist kein Ordnungsmittel, ... sondern ein Zeichen der Unordnung und des Ungenügens der staatlichen Rechtsordnung" zu Tage tritt, selten erkannt. Gerade deshalb ist die Auseinandersetzung mit der ausgezeichnet dokumentierten Schrift eines Juristen, der seine politische Position als "den letzten Hort eines integren Staatsbewußtsein " bezeichnet (XI, S. 56), für jeden Sozialisten ein politisches Lehrstück.

Rüthers Arbeit (X) bemüht sich um eine Auslegung der durch das Grundgesetz getroffenen Grenzziehung und um eine Aufgliederung des komplexen Begriffes "politischer Streik". Rüthers hält den "politischen Demonstrationsstreik" und den "Verteidigungsstreik zum Schutze der Verfassung" oder zur "Ausübung eines verfassungsimmanenten Widerstandsrechtes" für verfassungsmäßig (X, S. 144). Während Rüthers jedoch das Widerstandsrecht an die "Rechtsfigur des übergesetzlichen Notstandes" zu knüpfen sucht, argumentiert Dracker politisch: "Gerät die Klassengesellschaft in eine Situation, in der die faktischen Lebensinteressen des Volkes, ja das Leben selbst, so erheblich bedroht sind, daß kein anderer Ausweg zur Verhütung des Schlimmsten existiert, dann wird das Widerstandsrecht zur Pflicht" (IX, 4, S. 6). "Der proletarische politische Streik ist stets sowohl auf die Bewahrung jener letzten bürgerlich-demokratischen Freiheiten als auch auf die Etablierung einer Demokratie auf höherer Ebene gerichtet" (IX, 3, S. 7).

So zieht sich von der Diskussion 1905/1906 über den Kapp-Putsch und die Niederlage 1933 eine Linie hin bis zur Forderung der Gewerkschaftsbewegung notfalls auch gegen die geplante Notstandsgesetzgebung in den Streik zu treten. Aber alle Proklamationen der Gewerkschaften, die Demokratie durch einen Generalstreik verteidigen zu wollen, dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß Theorie und Praxis auseinanderfallen können oder daß die Theorie vom "Verfassungsstreik zum Schutze der Demokratie" zur Sonntagspredigt werden

weitgehend der von Hans Böckler begründeten DGB-Tradition: Brenner kämpfte weiter für den Gedanken der Einheitsgewerkschaft und die Münchner Konkretisierung des Begriffs "Wirtschaftsdemokratie". Daß er andererseits die mit der Notstands- und Notdienstgesetzgebung verbundenen Gefahren beim Namen nannte und weiter konkrete Nahziele aufstellte, die "unabhängig von den gegenwärtigen politisch-parlamentarischen Verhältnissen mit gewerkschaftlichen Mittel realisierbar sind", entspricht dem Aktionsprogramm des DGB. Daß beide Referate massiver Kritik auch von jenen ausgesetzt waren, die einst das Münchner Programm und Hans Böckler voll anerkannt haben, ist Ausdruck der zunehmenden Erstarkung der Gegner der Arbeiterbewegung. Die von Brenner repräsentierte aktive, antikapitalistische Gewerkschaftspolitik, hat sich nicht zufällig gegenüber jenen, die auf Anpassung drängten, und jenen, die nur radikale Aktionen proklamierten, durchsetzen können: sie ist der Versuch der Vermittlung der Praxis im Hier und Jetzt der Wirtschafts-, Betriebs- und Sozialpolitik mit dem Ziel der Arbeiterbewegung die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern und neu zu ordnen. Nur diese Vermittlung kann der Arbeiterbewegung ihre Kraft erhalten.

V.

(XVI)	Briefs, Goetz	Zwischen Kapitalismus und Syndikalismus, Die Gewerkschaften am Scheideweg, München, 1952
(XVII)	Deutsch. Industr. Institut	Die Gewerkschaften in der Bundesrepublik, 2. Aufl. Köln, 1959
(XVIII)	Stolz, Otto	Die Gewerkschaften in der Sackgasse, Ein kritisches Porträt, München, 1959
(XIX)	Triesch, Günter	Die Macht der Funktionäre, Macht und Verantwortung der Gewerkschaften, Düsseldorf, 1956

Es liegt auf der Hand, daß sich die Gegner der Arbeiterbewegung bemüht haben, den Versuch der Verbindung zwischen dem Ziel und dem Hier und Heute als unmöglich abzutun. Das gilt besonders für Goetz Briefs, der freilich schon 1952 schrieb: "Die Gewerkschaften müssen wissen, was sie wollen. Entweder sind sie Gewerkschaften, d.h. von den Arbeitern gebildete freie Schutzorgane gegen die Gefährdung und den Druck von Wirtschaft und Gesellschaft; oder sie sind der politische Stoßtrupp einer neuen Gesellschaftsordnung und zwar einer Ordnung, die nach Kollektivismus gravitiert. Das ist die klare Alternative." (XVI) Der Scheideweg, vor den Briefs die Gewerkschaften zu stellen versuchte, scheint in der Tat zunächst unvermeidbar. Doch wenn man wie Briefs davon ausgeht, daß die Gewerkschaften "Schutzorgane gegen die Gefährdung und den Druck der Gesellschaft" sind, dann bleibt die Frage, ob die Abwehr der "Gefährdung und des Druckes" auf die Dauer überhaupt in der bloßen Verteidigungsposition möglich ist und letztlich nicht nur geleistet werden kann durch eine Praxis, die darauf zielt, den "Druck und die Gefährdung" überhaupt aufzuheben. Dann aber ist die Verteidigung der Interessen der Arbeiterschaft im weiten Sinn dieses Wortes und die Forderung nach besseren sozialen Verhältnissen untrennbar verbunden mit dem Kampf um eine neue Gesellschaft. Viele Gewerkschaftler haben das nicht durchschaut und geglaubt, am Scheideweg resigniert den Weg der Anpassung und der Entpolitisierung der Gewerkschaftsbewegung zu e i n e r institutionalisierten Interessenvertretung unter anderen gehen müssen.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß Briefs mit dem Begriff der "befestigten Gewerkschaft" und andere mit dem Begriff "Integration" oder durch die Forderung nach einem abstrakten "Bekenntnis zum Staat" die Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik mehr und mehr gelähmt haben. Eine besondere Rolle kommt dabei dem ehemaligen stellvertretenden Chefredakteur der "Welt der Arbeit" und späteren Aktivisten in "Rettet die Freiheit" Otto Stolz (XVIII) zu. Stolz gibt den Gewerkschaften "gute" Ratschläge: "Die Gesundung der deutschen Gewerkschaftsbewegung setzt ihre Entideologisierung voraus ... den Verzicht auf eine ideologisch begründete Aktivität, die im letzten auf die Eroberung des Staates abzielt ... Die Gewerkschaften benötigen... den Kapitalismus wie der Fisch das Wasser" (XVIII, S. 202). Stolz weiß wie weitgehend die Gewerkschaften "in diesen Staat integriert" sind. Aber er weiß auch, daß solange man ihnen nicht den Charakter einer politischen Bewegung genommen und sie durch Notstands- und Notdienstgesetze blockiert hat, die Gewerkschaften die Forderung nach einer Gesellschaft, in der der Arbeitnehmer an seinem Arbeitsplatz ein freier Mensch wird, aufrecht erhalten muß:

> "Weil man eine bessere Welt will, kann die bestehende nur negativ beurteilt werden. ... Solange die Gewerkschafter nicht erkennen, daß ihr Wirken den Lebenden zu gelten hat und nicht Utopia, solange sie eine erreichte Arbeitszeitverkürzung weniger befriedigt als ein Gesetz etwa, in dem sie

den Ansatzpunkt zu einer Transformation der Gesellschaft erblicken, solange wird ihre Grundhaltung zu diesem Staat negativ sein." (XVIII, S. 8)

Daß die Arbeiterschaft in ihrer Grundhaltung zu der herrschenden sozialen Ordnung "negativ" sein muß, solange zwischen ihr und einem Flick eine abgrundtiefe Kluft besteht, verschweigt Stolz. Stattdessen ließ er kürzlich in "Christ und Welt" die Katze aus dem Sack und sprach offen davon, daß die Notstandsgesetzgebung gegen die IG-Metall gerichtet sei. Rührend klingt es, wenn dann der in Gewerkschaftsfragen redselige Journalist Otto Witt sogar in der "Frankfurter Rundschau" (16.2.61) über die Gewerkschaften schreibt: "Man drängt jetzt auf eine Bereinigung (!) des Verhältnisses zum Staat und zu den Arbeitgebern".

Gegenüber diesen Ratschlägen falscher Freunde klingen die Schriften aus dem Lager des Gegners wirklich sachlich. Die vom Deutschen Industrieinstitut herausgegebene Schrift "Die Gewerkschaften in der Bundesrepublik" (XVII) ist, wenn man über die Gewerkschaften Daten sucht, die am besten informierende Publikation. Günter Trieschs "Macht der Funktionäre" (XIX) ein auch die Geschichte mit einbeziehendes Kompendium der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung. Man wird allerdings auch von Triesch, der beim Deutschen Industrieinstitut arbeitet, nicht erwarten können, dass er einen Beitrag zur Theorie der Gewerkschaftsbewegung liefert.

VI.

(XX)	Rosenberg, Ludwig	"Wirtschaftspolitik als Aufgabe", Referat auf dem 5. ord. Bundeskongress des DGB in Stuttgart vom 7.-12.9.1959, Protokoll
(XXI)	Leber, Georg	Diskussionsbeitrag auf dem 5. ord. Bundeskongreß des DGB in Stuttgart vom 7.-12.9.1959, Protokoll
(XXII)	derselbe	"Der Solidaritätsbeitrag", in: Vorwärts, 27.1.1961, S. 2 (vgl. auch "Die Welt", 4.3.1961)
(XXIII)	Ridder, Helmut	Zur verfassungsrechtlichen Stellung der Gewerkschafen, Stuttgart 196o

Auf dem Stuttgarter Bundeskongreß zeigte sich, daß die Angriffe gegen die Gewerkschaften auf die Dauer nicht ohne Erfolg geblieben waren. Während Otto Brenner erneut mit Nachdruck dafür eintrat, den Zusammenhang zu wahren "zwischen Nah- und Fernzielen, zwischen den gewerkschaftlichen Tagesforderungen und unseren Grundsätzen" (Protokoll XX, S. 286), bemühte sich Ludwig Rosenberg um eine Akzentverschiebung eben dieser Grundsätze. Rosenberg definierte den Begriff "Wirtschaftsdemokratie" nicht mehr durch Sozialisierung der Schlüsselindustrien in Verbindung mit einer demokratischen Planung der Wirtschaft, sondern durch die Losung: "öffentliche Kontrolle". Dabei versucht er seinen Gegnern den "schwarzen Peter" zuzuschieben und bezichtigt sie in der heute üblichen, die Sache selbst ausklammernden Weise einer "Dogmentreue", die"jemand,der an der absoluten Gültigkeit solcher Parolen zu zweifeln wagt, des Verrats an der Sache verdächtigt" (XX, S. 39o).

Die beginnende Auseinandersetzung um das zukünftige Gesicht der deutschen Gewerkschaftsbewegung zeichnete sich in Stuttgart kaum im Streit um die von Rosenberg aufgeworfene Fragestellung ab. Auf diesem DGB-Kongreß stand die von Georg Leber in Gang gesetzte Debatte über die Organisationsstruktur des DGB im Mittelpunkt (XXI, S. 334 ff). So wurde die eigentliche Frontstellung im DGB erst deutlich im Zusammenhang mit dem von Leber gemachten Vorschlag eines "Solidaritätsbeitrages". Daß es bei diesem Vorschlag wenige um eine Erfassung der"Nichtorganisierten" geht, ist schon daraus zu ersehen, daß die Frage gar nicht diskutiert wurde, ob ein derartiger Beitrag der "Nichtorganisierten" für sogenannte "Vorteilsausgleichkassen" den Prozentsatz der Gewerkschaftsmitglieder der IG Bau-Steine-Erden überhaupt steigern würde. Die Forderung nach einem Solidaritätsbeitrag wurde vielmehr mit Recht als neue Konzeption über die Aufgaben der Gewerkschaften verstanden. Das zeigt besonders die Begründung dieses Vorschlages: Die Gewerkschaften werden "Ordnungselement" genannt (vgl. Leber, Die Welt, 4.3.1961) und zu einer verfassungsmäßig "mit öffentlichen Aufgaben 'beliehenen' Institution"; "Sie haben in unserem Staat wichtige, nicht zu ersetzende Ordnungsfunktionen" (XXII). Teilweise liegt bei diesen Erklärungen der IG Bau-Steine-Erden und ihres Vorsitzenden Leber eine Übernahme mißverstandener juristischer Begriffe in die politische Argumentation vor. So hat der Staatsrechtler Helmut Ridder in der verfassungsrechtlich interessanten Schrift zum Kasseler Urteil gegen die IG-Metall in den Tarifrechten der Gewerkschaften eine "Beleihung" mit einer "Normesetzungsgewalt" gesehen (XXIII, S. 31), die die Gewerkschaften zumindest partiell in den Rang "nichtstaatlicher Rechtssetzungseinheiten" heben würde (XXIII, S. 42; vgl. auch das Gutachten für die IG Bau-Steine-Erden zum Sol

daritätsbeitrag, in dem Ridder von einer "Inpflichtnahme"für öffentliche Aufgaben" spricht.).

Diese verfassungsrechtliche zutreffende Auffassung wird bei Leber zum politischen Argument; d.h. die Aufgaben der Gewerkschaften werden nicht mehr von der Arbeiterschaft aus und den Mitgliedern her bestimmt, sondern von "oben", vom Staat und dem bestehenden Herrschaftssystem her. Daß es nicht allein um mißverstandene juristische Begriffe geht, sondern um die Beteiligung an Herrschaftsfun ktionen, zeigt jedoch die Besetzung der "Vorteilsausgleichkassen". Mit Recht nannte daher die IG-Metall diese Auffassung von den Aufgaben der Gewerkschaften "ständestaatlich". Sie birgt im Ansatz Elemente der autoritären Staatsideologie, die Dollfuß in Österreich und Mussolini in Italien (sogar mit ähnlichen Beiträgen) einst zu verwirklichen suchte. Es ist nur folgerichtig, wenn sich Leber dann gegen Repräsentanten der Arbeiterbewegung ausspricht und an Stelle einer verbindlichen Anerkennung des Grundgesetzes die Bejahung des Staates, d.h. heute zugleich die Anerkennung des bestehenden Gesellschaftssystems, fordert.

VII.

(XXIV) Agartz, Viktor — "Expansive Lohnpolitik". in: Mitteilungen des WWI, Heft 12, 1953

(XXV) derselbe — "Zur Situation der Gewerkschaften im liberal-kapitalistischen Staat" in: Gewerkschaften im Staat, Drittes Europäisches Gespräch in Recklinghausen, Düsseldorf, o.J.

(XXVI) derselbe — "Wirtschafts- und Steuerpolitik, Grundsätze und Programm des DGB", Referat auf dem 3. ord. Bundeskongreß des DGB in Frankfurt (M) vom 9.-4-1o.1954, Protokoll

(XXVII) derselbe — Die Nachkriegsentwicklun g im kapitalistischen System Westdeutschlands und die sozialistischen Gegenwartsaufgaben, ed. EGSS, Dortmund, 1958

(XXVIII) derselbe — "Die Integration der Gewerkschaften in das kapitalistische System", in: WISO, 1959, S. 415 ff.

(XXIX) derselbe — "Die ideologischen und soziologischen Wandlungen in der westdeutschen Arbeiterbewegung", in: WISO, 1959, S. 487 ff.

(XXX) derselbe — "Die politische Arbeiterbewegung Westeuropas", in: WISO, 196o, S. 1112

(XXXI) derselbe — "Ein zweiter Fall Röhm? Wird Otto Brenner abgeschossen?" in: WISO, 1961, S. 1o2 ff.

Viktor Agartz hat einst ganz unzweifelhaft einen Beitrag zur Theorie der deutschen Gewerkschaftsbewegung geleistet, den man nicht ohne weiteres ignorieren kann. So wie Agartz 1946 auf dem Hannoverschen Parteitag der SPD neben Kurt Schumacher das Programm dieser Partei vertrat, so beeinflußte er auch in entscheidender Weise die Wirtschaftspolitik des DGB. Noch heute ist die Theorie einer "Expansiven Lohnpolitik" (XXIV) einer der großartigsten Versuche einer auf eine Neuordnung zielenden gewerkschaftlichen Tagespolitik: "Einer expansiven Lohnpolitik bedarf (es) nicht nur, um den Lebensstandard der Werktätigen zu heben, sondern um die Konjunktur abzuschirmen und die Vollbeschäftigung zu sichern... Sie darf sich nicht damit begnügen, den Reallohn an die volkswirtschaftliche Entwicklun g nachträglich heranzubringen. Sie muß versuchen, die wirtschaftliche Expansion von sich aus zu fördern, um durch bewußte Kaufkraftsteigerung eine Ausweitung der Produktion herauszufordern." Auf einen Nenner gebracht lautetdie These von Agartz: durch Lohnforderungen den Expansionserfolg der Wirtschaft von vorneherein wegnehmen.

Den Höhepunkt seines Einflusses erreichte Agartz auf dem Frankfurter Bundeskongreß des DGB 1956 durch sein Referat (XXVI), das noch einmal zu erreichen suchte, daß die Gewerkschaften kein Apparat werden "von Funktionären, sondern eine Bewegung der um ihre Besserstellung ringenden Menschen.... nicht Selbstzweck, sondern Instrument in diesem Ringen" (XXVI, S. 467 f.).

Vielleicht machte die Ausschaltung aus der aktiven DGB-Politik Agartz in besonderer Weise wach für die Ausschaltung der Gewerkschaften" (XXI), die er als "Neutralisierung" und "Integration in das kapitalistische

System" (XXVIII) bezeichnet. "Die westdeutschen Gewerkschaften sind unter dem Druck der (durch die 'Christen') angedrohten Spaltung zurückgewichen, haben auf Erfüllung ihrer eigenen Aufgabe zur Emanzipation der Arbeiterklasse Verzicht geleistet, sich zur Neutralität bekannt, um diese Neutralität zugleich an die kirchliche Soziallehre zu verlieren" (XXVII, S. 2o). "Aus der Gewerkschaft als ein Mittel des Kampfes wurde ein Selbstzweck... Der Idealismus verlor sich an eine geschäftsmäßige, bürokratische Verwaltung... Politische und parteipolitische Neutralität ist dem modernen gewerkschaftlichen Bürokraten der willkommene Zustand, dem eigenen Ruhebedürfnis entgegenzukommen" (XXVIII, S. 421 f.). Schon in diesen Sätzen tritt das zutage, was sich in fast allen politischen Beiträgen immer mehr herausbildet hat. Agartz gibt einzelnen die Schuld, sucht Sündenböcke, statt den "Begriff" der gesellschaftlichen Integration der Gewerkschaften und die sozialen Ursachen der Entpolitisierung wirklich zu untersuchen. Sicher sind die Gewerkschaften zunächst einmal, ob sie es wollen oder nicht, einbezogen in das herrschende gesellschaftliche System und durch dieses bestimmt und bedingt. Eine andere Frage ist es jedoch, inwieweit sie dieser Bedingtheit und den Formen der Verfestigung und Verkettung Herr werden. Sicher gibt es Gewerkschaftsfunktionäre, die ihr Einbezogenwerden in das soziale System bejahen. Was aber bewirkt es, daß sie sich dennoch gegenüber der Mitgliedschaft zu halten vermögen? Agartz versagt hier. An die Stelle der Analyse tritt der Affekt: "Die Apparate der Gewerkschaften haben die Funktionen der SS übernommen" (XXX, S. 1113). Brenner wird zum "linken" SA-Chef (XXXI). Die Folge ist, daß Agartz nicht nur die Gründung einer neuen sozialistischen Partei fordert, sondern zugleich die sozialistische Gewerkschaft:

> "Eine sozialistische Gewerkschaft und eine sozialistische Partei sind zwei Seiten ein und derselben Sache. Mann kann den Klassenkampf nicht zerlegen in einen gewerkschaftlichen und einen politischen Sektor. Wer diese Spaltung vornimmt und eine politische und parteipolitische Neutralität der Gewerkschaften fordert, zerstört die Kampffront der Arbeiter." (XXXI, S. 1o2)

Das Zitat zeigt, wie Agartz unter Ausklammerung einer Analyse der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation in der Bundesrepublik zurückgreift auf die "klassische Theorie" und sie abstrakt als Losung postuliert. Hier zeigt sich Agartz ebenso dogmatisch wie jene "Reformer" à la Kuno Brandel, die heute gleichfalls einer "Volkspartei" das Primat gegenüber einer "unabhängigen" Einheitsgewerkschaft zuerkennen wollen.

VIII.

(XXXII)	Pirker, Theo	"Um die Führung der Nation", in: Gewerkschaftliche Monatshefte (GM), 1951, S. 29o
(XXXIII)	derselbe	"Der Betrieb und die Arbeiterbewegung", in: GM, 1952, S. 481
(XXXIV)	derselbe	"Gewerkschaften als politische Organisation," in: GM, 1952, S. 76
(XXXV)	derselbe	"Staatsautorität und pluralistische Ordnung", in: GM, 1952, S. 577
(XXXVI)	derselbe	"Gewerkschaften am Scheideweg", in: GM, 1952, S. 7o8
(XXXVII)	derselbe	"Der Kampf um die Betriebe", in: Sozialistische Politik, 1956, Nr. 1, S. 3
(XXXVIII)	derselbe	Die blinde Macht - Die Gewerkschaftsbewegung in Westdeutschland, 2 bd, München 196o
(IXL)	Braun, Siegfried	"Arbeiterklasse und Gewerkschaften", In: Sozialistische Politik, 1957, Heft 12, S. 1; 1958, Heft 1 u. 2, S. 3 bzw. 12
(XL)	derselbe	"Der Betrieb in der gewerkschaftlichen Praxis", in: Betriebspolitische Blätter, 1959, Heft 4, S. 54
(XLI)	Oertzen, P. v.	"Der Mitbestimmungsgedanke in der deutschen Arbeiterbewegung", in: Das Mitbestimmungsgespräch, 1959, Heft 11/12, S. 9

Die Erfahrung, daß gerade die Zersplitterung der Arbeiterbewegung vor 1933 die Kräfte lähmte, die der Machtergreifung des Faschismus einen entscheidenden Widerstand hätten entgegensetzen können, führte nach 1945 zur Bildung der Einheitsgewerkschaften. Die Einheitsgewerkschaft stellte zugleich die traditionelle enge Bindung der Gewerkschaften an die politischen Parteien in Frage. Die Satzung des DGB fordert deshalb folgerichtig: "Die Unabhängigkeit gegenüber den politischen Parteien ist jederzeit zu wahren." (§ 8 Abs. 1).

Viele Gewerkschaftsmitglieder und Funktionäre waren sich dennoch über den grundsätzlichen Wandel, der damit vollzogen wurde, nicht im Klaren. Auch theoretisch waren die Konsequenzen aus der proklamierten Unabhängigkeit, die fälschlich häufig mit "parteipolitischer Neutralität" gleichgestzt wird, bei der Gründung des DGB nicht durchdacht. Nachdrücklich sprach sich zwar Wolfgang Abendroth dagegen aus, daß die Gewerkschaften "weder selbst politische Partei werden, noch sich mit einer politischen Partei voll identifizieren" (V, S. 68). Die theoretische Grundlage der Einheitsgewerkschaft wurde jedoch erst 1952 von Theo Pirker durch die Theorie vom "politischen Verband" geschaffen (XXXIV). Die Definition der Gewerkschaften als politische Verbände soll die Gewerkschaften von den reinen Interessenverbänden abheben. Von einem öffentlichen Verband könne man nur dann sprechen, "wenn dieser Verband eine wesentliche soziale Funktion innerhalb des politischen Körpers ausübt und letzten Endes eine Identität des Verbandsinteresses mit dem Allgemeininteresse besteht" (XXXIV S. 77). Von den politischen Parteien unterscheiden sich die politischen Verbände nach Pirker dadurch, daß "das politische Ziel der Parteien die unmittelbare Eroberung des Staatsapparats" sei (XXXIV S. 77). Die Gewerkschaften - meint Pirker - "können ihre Interessen unter keinen Umständen über die parlamentarische Transmission einer Partei durchzusetzen versuchen, obwohl sich die Gewerkschafterstets klar sein müssen, auf welche Partei innerhalb des Parlaments sie sich in den entscheidenden Fragen in der Gesamtpolitik werden voraussichtlich stützen können und auf welche nicht... Zum anderen jedoch darf auch nicht ein Bündnis mit einer einzigen Partei auf der parlamentarischen Ebene geschlossen werden, weil dadurch die Einheit der Gewerkschaften, die sie als öffentlicher Verband konstituiert, gefährdet würde (XXXIV, S. 79).

Pirker hat heute seine damalige Position aufgegeben (XXXVIII, II, S. 323; vgl. dazu meine "Anmerkungen zu Pirkers Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in Westdeutschland" in: "neue kritik - informationen" 3).

Pirkers Auffassung hat sich jedoch in den Theorien von Siegfried Braun niedergeschlagen. Braun sucht nicht wie Agartz einen "äußeren Feind", nach einem Sündenbock für die gegenwärtige Schwäche der Gewerkschaftsbewegung. Die "ihr fehlende politische Theorie und Praxis (sei) die Ursache der politischen Neutralisierung" der Einheitsgewerkschaft (IXL, 1/1958, S. 3). Es käme darauf an zu erkennen, "daß die gewerkschaftliche Aktion autonom ist und keine parteipolitische Gängelung welcher Art auch immer verträgt. Was man Entpolitisierung der Gewerkschaften nennt, ist gerade der Verlust jener Autonomie, der Verlust einer Aktivität, die ausschließlich aus eigener Praxis, der eigenen Erfahrung und der eigenen theoretischen und geistigen Bewältigung der Wirklichkeit hervorgeht. An deren Stelle treten widerstreitende 'fremde' politische Ideen, die keine kraftvolle undschlüssige Aktivität zulassen" (a. a. O.).

Siegfried Braun hat die Theorie von den Gewerkschaften als unabhängige politische Verbände nicht nur übernommen. Er legt sie einer Konzeption politischer Praxis zugrunde. Er fordert eine

> "nur am Interesse (im engeren und weiteren Sinn) der Arbeiterklasse und damit auch am 'normalen' Funktionieren der Wirtschaft orientierte Aktivierung der gewerkschaftlichen Praxis, das Aufgreifen aller Forderungen und Fragen, die für die Erhaltung des sozialen Status der Arbeiter und Angestellten wichtig sind, wobei dann unmittelbar die Gegner der Arbeiterklasse sichtbar werden, was der erste Schritt in die Politik ist." (a. a. O.)

Die Gewerkschaften sollen durch eine derartige Politik politische u n d ökonomische Interessen der Arbeitnehmer vertreten. Die Entwicklung zu reinen ökonomischen Berufsverbänden würde aufgehalten und die Fixierung auf eine rein politische Bewegung hier und eine rein ökonomische Bewegung dort würde aufgehoben. Ein wechselseitiges Verhältnis zwischen dem politischen und ökonomischen Kampf bliebe erhalten. Insofern findet man bei Siegfried Braun den Versuch, Brenners Forderung nach einer Verbindung "zwischen den gewerkschaftlichen Tagesforderungen und unseren Grundsätzen" zu konkretisieren.

Braun ist wie Peter von Oertzen (XLI) der Auffassung, daß für absehbare Zeit "der Betrieb das entscheidende Feld gewerkschaftlicher Praxis" sein wird (XL, S. 55). Es komme nicht so sehr darauf an, "in 'großer Politik' zu machen und auf eine imaginäre 'Machtergreifung' zu warten, sondern die Vorstellungen der Belegschaften und im weiteren Sinn der Arbeiterklasse von betrieblicher Ordnung jetzt und sofort soweit als möglich zu realisieren" (XL, S. 55).

Die Forderung nach einer Gewerkschaftspolitik als unabhängiger politischer Verband ist in der gegenwärtigen Situation Ausdruck der möglichen und erforderlichen Praxis. So zeichnet sich in der Gewerkschaftsbewegung der Bundesrepublik eine Entwicklung ab, die zeigt, daß einzelne Gewerkschaften ihr Verhältnis zu den Vertretungen im parlamentarisch-politischen Raum neu reflektieren. Gewerkschaftsführer werden heute zum ersten Mal als Repräsentanten der Arbeiterbewegung angesehen, von denen erwartet wird, daß sie selbstbewußt an die politischen Parteien die konkreten Forderungen der Arbeiterbewegung stellen.

Die heftigen Angriffe der Gegner der Arbeiterbewegung auf diese Gewerkschaftspolitik zeigen, um wie viel ernster die Konzeption vom unabhängigen politischen Verband genommen wird als die im Solidaritätsbeitrag zum Ausdruck kommende berufsständische Haltung. Eine unabhängige Praxis der Gewerkschaftsbewegung im Sinne der Theorie vom politischen Verband würde die Gewerkschaften unabhängig machen gegen weitere Zersplitterungen im parlamentarisch-politischen Raum und so über alle Gegensätze hinweg diejenigen politischen Kräfte zusammenfassen, die einer Entwicklung zu einem autoritären Regierungssystem nach dem Muster Salazars ein machtvolles "Nein" entgegensetzen können.

Fortsetzung von Seite 1:

Manifestes von 1848 festhält, jedoch für die konkrete politische Praxis die eingetretenen Veränderungen der bürgerlichen Gesellschaft berücksichtigt und keinerlei Kompromisse den großen Blöcken gegenüber macht - die Konzeption der Neuen Linken. Ihr wichtigster Beitrag war der ständige Versuch einer Gesamtschau der w politischen Zusammenhänge und Tendenzen, von denen die deutschen Sozialisten zumeist durch den Vorha der freiwillig gleichgeschalteten Informationsinstrumente abgeschnitten sind. Auch wenn Ruth Fischers Urtei nicht immer übernommen werden können, so zerstörten ihre unschätzbaren, sorgfältigen Analysen doch viel Tabus, die von den Meinungsmachern der Bundesrepublik ängstlich gehütet wurden und werden.

Vor allem aber dürfen wir gerade heute nicht ihre ständige Mahnung vergessen, daß die "Oberen" nicht imr recht haben und wir uns nicht wie das Kaninchen von der Schlange, die es zu verschlingen droht, von "all- mächtigen" höheren Instanzen hypnotisieren und hemmen lassen dürfen! Sie selber hatte zeitlebens, und v allem gegenüber Stalin, diese innere Freiheit und äußere Respektlosigkeit bewiesen. Ich selbst denke in da barer Erinnerung und zugleich Trauer an meine erst kürzlich beendete Studienzeit in Paris zurück, während ich in vielen Gesprächen mit Ruth Fischer, die aus innerer Anteilnahme sich selbst nie schonte, stets neue regungen gewann und Mut und Kraft zu einer sozialistischen Politik in der Bundesrepublik.

ENTWICKLUNG UND AUFBAU DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEIORGANISATION

> "Seine Organisation ist die Waffe, die das Proletariat emanzipieren wird; ist die dem Proletariat eigentümliche Waffe des Klassenkampfes, wie die des Feudalherrn das Schwert und die eiserne Rüstung, die des Kapitals das Geld ist. Sie ist auch das Mittel, ihm den Parlamentarismus dienstbar zu machen."
>
> (Karl Kautsky)

Die Parteitagsprotokolle spiegeln am unmittelbarsten und lebendigsten die Parteigeschichte wieder. Sie vermitteln einen genauen Einblick in die Spannungen und Widersprüche, die bei der Formulierung einzelner, scheinbar unwichtiger Abschnitte der Parteisatzung auftraten und an denen sich zuweilen Auseinandersetzungen entzündeten, die, wie im Falle der russischen Sozialdemokratie, sogar zur Spaltung führten. Auch die Organisation der deutschen Sozialdemokratie hat zahlreiche, in den Satzungen fixierte Änderungen erfahren, in denen sich die objektiven gesellschaftlichen Wandlungen wie die Tendenzen zur Bürokratisierung und Entpolitisierung des Parteilebens wesentlich deutlicher niederschlugen als in Grundsatz- und Aktionsprogrammen, deren Gehalt oft ohne innere, dynamische Beziehung zur politischen Wirklichkeit war. So blieb das Erfurter Programm aus dem Jahre 1891 34 Jahre in Geltung, obwohl die politische Praxis der Partei nur kurze Zeit damit übereinstimmte.

Andererseits bedeutet diese größere Veränderlichkeit der Satzungen gegenüber den Programmen nicht, daß es in der sozialdemokratischen Partei je einflußreiche Bestrebungen gegeben hat, die Parteistruktur grundsätzlich, etwa im Sinne einer bewußten proletarischen Kaderpartei, umzuformen. Gruppierungen, die syndikalistische Kampfmethoden in die Partei einführen wollten, um ihrer wachsenden Anpassung an die bürgerlichen Verwaltungsapparate entgegenzuwirken, gab es schon vor 1910. Sie blieben jedoch, wie alle späteren, die nach dem Modell des Leninistischen Parteiaufbaus von innen heraus die schwerfällige Mitgliederpartei in eine Kampfpartei umzuändern versuchten, ohne spürbaren politischen Einfluß.

Nach der Etablierung der kommunistischen Partei als Staatspartei wurde der Versuch, die historisch gewordene Organisationsform der deutschen Sozialdemokratie nach den Prinzipien der erfolgreichen Leninistischen Kampfpartei zu ändern, als Bestrebung kritisiert, die innerparteiliche Demokratie abzuschaffen. Schon vor dem 1. Weltkrieg wurde Lenins Partei von Menschewisten ein "organisiertes Mißtrauen" genannt und später, angesichts der stalinistischen Säuberungen, sprach man vom "Macchiavellismus der Organisation". Diese beständige Furcht, durch Änderung der Organisationsform totalitäre Verhältnisse in die Partei einführen zu können, hinderte sie daran, eine Versöhnung von Machtstreben und innerparteilicher Demokratie zu finden.

I.

Erste organisatorische Formen des proletarischen Klassenkampfes.

Die europäische Arbeiterschaft griff in die politischen Auseinandersetzungen der bürgerlichen Gesellschaft erst dort aktiv ein, wo ihre Forderungen und Appelle an die herrschende Klasse nicht mehr dem Bedürfnis Vereinzelter oder loser Gruppen entsprangen, sondern als Fundament eine festgefügte, innerlich gegliederte Organisation hatten. Das soll freilich nicht heißen, daß sie nicht schon ein entscheidender politischer Faktor gewesen war, mit dem die ökonomisch und politisch herrschenden Kräfte zu rechnen hatten, bevor noch eigentliche Arbeiterkoalitionen in Erscheinung traten. Das Industrieproletariat hat nicht weniger als alle ihm vorausgehenden unterdrückten Klassen in Zeiten revolutionärer Bewegungen stets Organisationsformen entwickelt, die dem Bedürfnis nach einheitlichen und geplanten Aktionen entsprachen. Ein grundsätzlicher Unterschied aber zwischen organisierten Kämpfen der unterdrückten Klassen vorkapitalistischer Zeiten und denen der industriellen Arbeiterschaft besteht darin, daß die konzentrierte wirtschaftliche und politische Macht der bürgerlichen Gesellschaft vorübergehende, vom spontanen Einsatz Einzelner getragene Zusammenschlüsse leicht kontrollieren und zerschlagen kann. Andererseits entsteht mit der durch die Kapitalistische Entwicklung voranschreitenden Zusammenballung von Produktionsmitteln und Arbeitskräften in einzelnen Gebieten eben die Möglichkeit für das Proletariat, der organisierten Gewalt des Kapitals eigene, beständige Organisationen entgegenzusetzen, die sowohl dem politischen Kampf eine bestimmte Richtung geben wie der Bildung des Klassenbewußtseins dienen.

In welchen organisatorischen Formen sich aber der Klassenkampf vollzieht, hängt vor allem von der Entwicklungsstufe des Kapitalismus und den politischen Erfahrungen des Proletariats ab. In Frankreich waren es im Anschluß an die Revolution von 1789 hauptsächlich proletarische Verschwörerorganisationen, die, nach dem Beispiel der Verschwörung Baboeufs, durch staatsstreichähnliche Aktionen die politische Macht erobern und die Gesellschaft ändern wollten. Besonders nach der Juli-Revolution 1830, in der das Proletariat unter der Führung einiger St. Simonisten bereits eigene politische Ansprüche anmeldete, die vor allem das Wahlrecht und soziale Sicherungen betrafen, kam es in Frankreich zur Gründung zahlreicher solcher Geheimgesellschaften, deren Taktik man später mit dem Wort "Blanquismus" kennzeichnete. Ihre Organisationen, so weit man davon schon sprechen konnte, waren streng hierarchisch gegliedert; Kontakte durften nur zwischen der Führung und den Einzelmitgliedern bestehen. Die Mitglieder unter sich hatten keinerlei Verbindungen zu einander.

Die Aktionen waren von dem Grundsatz Blanqui's bestimmt: "Wer Eisen hat, der hat auch Brot". Kennzeichnend für den Typ einer Blanquistischen Organisation ist die Anschauung, daß das Volk aus seiner sozialen Lage heraus ständig zu revolutionären Aktionen bereit sei, zum politischen Kampf aber durch eine organisierte, geschlossene Minderheit mobilisiert und geführt werden müsse.

Die Ideen Blanquis haben, wenn auch in sehr unterschiedlichen Formen, in fast allen europäischen Arbeiterorganisationen nachgewirkt.

Wesentlich stärkeren Einfluß auf die Herausbildung einer proletarischen Massenorganisation übte die im industriell und politisch fortgeschritteneren England entstandene Chartistenbewegung aus, die man als die erste proletarisch-revolutionäre Bewegung bezeichnen kann. Von den zwei Hauptströmungen, die sie vereinigte, verlor die eine mit Verschärfung des Klassenkampfes ständig an Bedeutung und gewann später im industriell rückständigeren Deutschland in Gestalt der Arbeiterbildungsvereine wieder an Einfluß. Diese Arbeiterbildungsvereine, die meist von einer proletarisierten Oberschicht getragen wurden, verstanden Aufklärungs- und Bildungsarbeit in erster Linie als Weg zur Befreiung des Einzelnen und wandten sich zeitweilig auch entschieden gegen politische Kampfmittel. Der Bedeutendste unter den Befürwortern einer friedlichen Lösung der Klassengegensätze war der junge englische Unternehmer Robert Owen, dessen soziale Experimente auch bei den Kapitalisten große Beachtung fanden, solange er sie nicht mit einem allgemeinen sozialen und politischen Programm verband.

Die andere Richtung, die von den Chartisten gebildet wurde, enthielt ausdrücklich politische Zielsetzung, wenn auch ihr Kampf keine revolutionäre Veränderung der Gesellschaft erstrebte. Als 1840 die verschiedenen Organisationen der Chartisten zu einer einheitlichen Organisation zusammengefaßt wurden, nahmen die Ziele der Bewegung die Form klarer politischer Forderungen an. Der Weg über Reformen war im Organisationsentwurf festgelegt:

"Die Chartisten von Großbritannien vereinigen sich zu einer "National Charter Association". Ihr Zweck ist eine radikale Reform des Unterhauses; mit anderen Worten: eine vollständige und treue Vertretung des Volkes von Großbritannien und Irland zu erhalten. ... Zur Durchführung dieser Reform sollen nur friedliche und konstitutionelle Methoden angewandt werden, wie öffentliche Versammlungen, usw., um die aus dem bestehenden System entstehenden Ungerechtigkeiten zu besprechen, die Heilmittel aufzuweisen und Petitionen an das Parlament zu richte

Der Gedanke einer politischen, zentralgeleiteten Massenorganisation als Instrument zur Erringung des Wahlrechts hatte zwar über die Erziehungsorganisation gesiegt, aber die Organisation selber zerfiel schon 1850, da sich eine von der politischen Bewegung getrennte Gewerkschaftsbewegung gebildet hatte, die auf die Durchsetzung politischer Forderungen zunächst verzichtete.

II.

Bund der Kommunisten: Institutionalisierte Rechte der Mitglieder.

In London wurde 1847 ein Statut des Bundes der Kommunisten angenommen, das in den wesentlichen politischen und organisatorischen Bestimmungen von Marx und Engels verfaßt war. Obwohl im Hinblick auf die Funktion einer Massenorganisation chartistische Vorstellungen im Marxschen Organisationsstatut vorwiegen, die Veränderung der bürgerlichen Gesellschaft also nicht einer entschlossenen und bewußten Minorität vorbehalten ist, zeigen sich doch sehr starke Blanquistische Einflüsse, die vor allem in den Forderungen an die Lebensweise und Tätigkeit der

Mitglieder zum Ausdruck kommen. Das Statut des Bundes gibt klare Auskunft über Kompetenzen und Aufgaben der Teilorganisationen wie über die Möglichkeiten der Mitglieder, die Besetzung der Funktionen und die politischen Entscheidungen des Bundes mitzubestimmen. Soweit auf dieser Stufe der Entwicklung der Arbeiterorganisationen, die in ihrer formalen Struktur zudem durch einschränkende Vereinsgesetzgebung und Koalitionsverbote mit geprägt wurden, überhaupt von innerparteilicher Demokratie die Rede ist, kann der Aufbau dieses Bundes sicherlich als Modell späterer sozialistischer Parteien gelten. Freilich wird schon hier deutlich der Unterschied zwischen einer Mitglieder- und einer Kampfpartei sichtbar. Die strengen Aufnahmebedingungen des Bundes der Kommunisten lassen keinen Zweifel darüber, daß die Partei nicht identisch ist mit der proletarischen Klasse. Ihre Funktion besteht darin, als der bewußteste und aktivste Teil der Klasse deren Führung zu übernehmen. Jedoch entspricht der Organisationsaufbau mehr dem Typ der Mitgliederpartei, der sich später im Unterschied zu den kommunistischen Kaderparteien in der Arbeiterbewegung herausbildete.

III.

LASSALLE: "Versöhnung von Autorität und Freiheit".

Das "Statut des Lassalleschen Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins" (1863) unterscheidet sich in fast allen wesentlichen Absätzen vom Statut des Bundes der Kommunisten; es ist insgesamt nicht nur von Lassalle verfaßt, sondern auf seine Person hin, auf autoritäre Führung zugeschnitten. Die politische Zielsetzung geht von der Überzeugung aus, "daß nur durch das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht eine genügende Vertretung der sozialen Interessen des deutschen Arbeiterstandes und eine wahrhafte Beseitigung der Klassengegensätze in der Gesellschaft herbeigeführt werden kann, und daß der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein den Zweck verfolgt, auf friedlichem und legalen Wege, insbesondere durch das Gewinnen der öffentlichen Überzeugung, für die Herstellung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts zu wirken."

Die Einschränkung der Kampfmethoden auf legale Mittel entspringt nicht so sehr der Einsicht in die objektiven, nur für den legalen Kampf günstigen Bedingungen, als der besonderen Funktion, die im Lassalleschen Denken dem preußischen Kulturstaat zukommt. Es gilt, nach Lassallescher Vorstellung, durch den bestimmenden Einfluß des "Arbeiterstandes" aus dem Staat einen Arbeiterstaat zu machen, der als solcher erst das wäre, was Hegel mit der "Wirklichkeit der sittlichen Idee" meinte. Die im Marxschen Sinne spezifische Funktion des Staates als Ausschuß, der die gemeinsamen Interessen der herrschenden Klassen verwaltet, ist sowohl der Entstehung wie der Bedeutung nach dem Lassalleschen Staatsbegriff völlig fremd. Die Erringung des geheimen, direkten und allgemeinen Wahlrechts ist der Hebel zur Macht, wobei es für Lassalle freilich eine ungeprüfte Voraussetzung ist, daß sich die Arbeiterschaft in ihrer überwältigenden Mehrheit für seine Partei entscheiden werde, sobald ihr nur die formalen Möglichkeiten dafür gegeben sind. Dieser feste Glaube an den Sieg, die Eroberung des Staates mit Hilfe legaler Mittel, stellten an den Einzelnen mehr die Forderung, für die Ziele des Vereins unentwegt Propaganda zu treiben, die Ideen des Arbeitervereins zu verbreiten, als sich auf harte, gewaltmäßige Auseinandersetzung vorzubereiten. Die Lassallesche Partei ist, wie es heißt, ein Bund Gleichgesinnter, die sich zur gemeinsamen Sache "bekennen". Dieses einfache Bekenntnis reicht aus, vollberechtigtes Mitglied zu sein.

> § 2 des Organisationsstatuts legt fest:
>
> "Jeder deutsche Arbeiter wird durch einfache Beitrittserklärung Mitglied des Vereins mit vollem, gleichem Stimmrecht und kann jederzeit austreten. Über die Frage, ob jemand ein Arbeiter im Sinne des Vereins sei, entscheidet der Vorstand. Ebenso ist der Vorstand berechtigt, auch Nicht-Arbeiter, welche dem Verein beitreten wollen, und mit den Grundsätzen und Zwecken desselben einverstanden sind, als Mitglieder aufzunehmen."

In einer Instruktion für die Generalbevollmächtigten des Vereins, die von Lassalle ernannten Leiter der Lokalorganisationen, wurde lediglich die kurios anmutende Einschränkung gemacht: "In die Klasse von Personen, in bezug auf die stets beim Vorstande (d.h. bei Lassalle) anzufragen ist, gehören der Regel nach Literaten."

In allen Statuten läßt sich feststellen, daß es neben der formalen Gliederung des Organisationsaufbaus vor allem die Aufnahme- und Ausschlußbedingungen sind, die den Charakter der Organisation bestimmen. Freilich täuschen bei Lassalles politischem Programm, daß auf die Realisierung einer perfekten Demokratie zugeschnitten ist, und liberale Haltung in der Bestimmung der Pflichten der Mitglieder über die innere, stark autoritäre Struk-

tur der Partei. Dazu sagt Lassalle selbst:

"Wohin ich gekommen bin, überall habe ich von den Arbeitern Worte gehört, die sich in den Satz zusammenfassen lassen: Wir müssen unserer aller Willen, in einen einzigen Hammer zusammenschmieden und diesen Hammer in die Hände eines legen, zu dessen Intelligenz, Charakter und guten Willen wir das nötige Zutrauen haben, damit er aufschlagen kann mit diesem Hammer! Die beiden Gegensätze, die unsere Staatsmänner bisher für unvereinbar betrachteten, deren Vereinigung sie für den Stein der Weisen hielten, Freiheit und Autorität, die höchsten Gegensätze, sie sind auf das innigste vereinigt in unserem Verein, welcher so nur das Vorbild im kleinen unserer nächsten Gesellschaftsform im großen darstellt! Nicht eine Spur ist in uns von jenem nörgelnden Geiste des Liberalismus, von jener Krankheit des individuellen Meinens und Besserwissenwollens, von welcher der Körper unserer Bourgeoisie durchfressen ist!"

Die kollektive, große Aufgabe gebietet das Schweigen aller innerparteilichen Oppositionellen:

"Diese Disziplin beruht auf keinem anderen Grunde, als auf dem Geiste unseres Vereins, auf der hellen Erkenntnis, daß nur durch die Diktatur der Einsicht, nicht durch die Krankheit des individuellen Meinens und Nörgelns, die großen, gewaltigen Übergangsarbeiten der Gesellschaft zu bewerkstelligen sind!"

In der Tat geriet der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein nach dem Tode Lassalles unter ein fast diktatorisches Regime seiner Nachfolger, so daß seine Zugkraft immer mehr abnahm.

IV.

Die Partei auf dem Wege zu einer festen Organisation

Der Aufbau einer festen, legalen Parteiorganisation wurde durch die außerordentlich zersplittere Vereinsgesetzgebung in Deutschland stark behindert. Im Jahre 1877, zwei Jahre nach dem Gothaer Parteitag, auf dem sich die Lassalleaner und die unter Marxschem Einfluß stehenden Eisenacher zu einer einheitlichen Partei mit einem Kompromißprogramm zusammengeschlossen hatten, wurde erneut nach Gotha ein Allgemeiner Sozialistenkongreß einberufen, der Probleme einer organisatorischen Konstituierung der Partei erörterte. Es wurde eine Resolution gefaßt, die den ungünstigen Verhältnissen, unter denen sozialistische und gewerkschaftliche Organisationen in Deutschland zu arbeiten hatten, Rechnung trug:

"Aus Rücksicht auf die von preußischen Behörden förmlich proklamierte völlige Rechtlosigkeit sozialistischer Vereine in Preußen, nimmt der Kongreß von der Herstellung irgendeiner Organisation der Partei Abstand, auf welche die in Deutschland, besonders in Preußen, bestehenden Vereinsgesetze angewendet werden können. Der Kongreß überläßt es den Parteigenossen an den einzelnen Orten, sich je nach den örtlichen Verhältnissen und Bedürfnissen zu organisieren."

In Preußen, wo sich die Parteiorganisation schon 1876 aufgelöst hatte, wurde bis zur Aufhebung der Bismarckschen Sozialistengesetze im Jahre 1890 keine Parteileitung gewählt. Zusammengehalten wurde die Organisation durch informelle Gruppen, die sich in den Reichstagswahlkreisen bildeten und Vertrauensmänner wählten, die überregionale Kontakte aufrecht erhielten. Das Paradoxe an der Situation während der Sozialistengesetze bestand darin, daß die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten zwar das Reichstagsmandat weiterhin ausüben, aber keine Versammlungen abhalten durften. Die Aktivierung der parlamentarischen Arbeit der Partei, die nach der erfolgreich überstandenen Zeit der Sozialistengesetze die Zahl ihrer Reichstagsmandate beträchtlich erhöhen konnte, hatte zwar die Kombination von parlamentarischem und außerparlamentarischem Kampf als zeitweilig notwendig erwiesen, nicht aber den Legalitätsglauben ernsthaft erschüttert. Die Konsequenz davon war, daß die Partei endgültig den Lasselleschen Gedanken einer "Gemeinschaft von Gleichgesinnten" übernahm und zukünftig Bekenntnis und Gesinnung als ausreichende Legitimation der Parteizugehörigkeit ansah.

Die im Kampf entwickelte, unter halblegalen Verhältnissen herausgebildete Organisationsform einer proletarisc Massenpartei, die sich erst nach der Aufhebung aller Koalitionsbeschränkungen (1900) zur vollen Stärke und in halb der zweiten Internationale zur führenden Partei entwickeln konnte, erhielt um die Jahrhundertwende einen klar gegliederten, formalen Aufbau, der zum Modell aller sozialistischen Massenparteien wurde. Das betraf au die rechtliche Stellung der Mitglieder. Auf dem Parteitag von 1900 wurde zur Rechtssicherung der Mitglieder gegen ungerechtfertigte Ausschlüsse ein Schiedsgericht und zur Kontrolle der Tätigkeit des Parteivorstan

eine Kontrollkommission gebildet. Die institutionelle Regelung der Ausschluß- und Beschwerdeverfahren war zweifellos ein wichtiger Schritt zur Demokratisierung des innerparteilichen Lebens, wenn auch der direkte Weg zur letzten Beschwerdeinstanz, dem Parteitag, der vor 1900 dem Mitglied alleine offenstand, zuweilen bedeutende Vorteile für den Betroffenen hatte. Wie notwendig die Sicherung des Beschwerdewegs gewesen sein muß, erwies die Entwicklung der Partei seit 1905. Sie ist gekennzeichnet durch eine zunehmende Erweiterung und Verfeinerung der Ausschlußbestimmungen, so daß, bei gleichzeitiger Erleichterung der Aufnahmebedingungen, als neuer, in voraufgegangenen Statuten nicht angegebener Ausschlußgrund angesehen wird, wenn ein Mitglied "durch beharrliches Zuwi derhandeln gegen die Beschlüsse seiner Parteiorganisation oder des Parteitages das Parteiinteresse schädigt." (1905, § 23). Diese Ausschlußpraxis, die oft gegen mißliebige Kritiker der Vorstände angewandt wurde, führte 1912, in einer politisch gespannten Situation, zu einer ausdrücklichen Mißbilligung des Parteitages. (1911: 106 Ausschlußanträge; 1912, bei etwa gleichgebliebenen Mitgliederbestand, 233 Ausschlußanträge). Die im Anschluß an die Marokko-Krise aufgetretene heftige Kritik an der Inaktivität der Parteiführung wurde von den Kritisierten häufig mit Ausschlußanträgen beantwortet.

V.

Zwischen Parlamentarismus und Massenstreick

Da die sozialdemokratische Reichstagsfraktion während der Sozialistengesetze sowohl die Einheit der Partei zu repräsentieren als auch die der Partei verbliebenen legalen Funktionen wahrzunehmen hatte, ergab sich für sie eine sachlich berechtigte Sonderstellung innerhalb der Partei, die allerdings auch nach der Aufhebung der Sozialistengesetze beansprucht wurde. Dieser seit 1890 bestehende Konflikt zwischen Reichstagsfranktion und Partei sollte mit einer scharfen Resolution auf dem Dresdener Parteitag von 1903 endgültig beendet werden:

> "... Der Parteitag verurteilt ... jedes Bestreben, die vorhandenen, stets wachsenden Klassengegensätze zu vertuschen, um eine Anlehnung an bürgerliche Parteien zu erleichtern. Der Parteitag erwartet, daß die Fraktion die größere Macht, die sie durch die vermehrte Zahl ihrer Mitglieder, wie durch die gewaltige Zunahme der hinter ihr stehenden Wählermassen erlangt, nach wie vor zur Aufklärung über das Ziel der Sozialdemokratie verwendet und entsprechend den Grundsätzen unseres Programms dazu benutzt, die Interessen der Arbeiterklasse, ... wahrzunehmen."

In der Tat war nach der Jahrhundertwende eine Tendenz festzustellen, die parlamentarische Tätigkeit der Abgeordenten von der Verantwortung und Rechenschaftspflicht gegenüber der Partei zu befreien und auf die unverbindliche, allgemeine Ebene der Beziehung zwischen Abgeordneten und Wähler zu verlagern. Für die Parteimehrheit, die sich nach den großen Debatten um Revisionismus und Marxismus gegen die Festlegung der politischen Taktik der Partei auf bloße Reformierung der kapitalistischen Gesellschaft und damit gegen die Verabsolutierung des legalen, parlamentarischen Kampfes gewandt hatte, sprach Karl Kautsky, wenn er betonte, daß der gewählte Abgeordnete einfacher Parteigenosse und als solcher der Parteidisziplin unterworfen bleibe. Es könne nicht einer unorganisierten Masse von Wählern verantwortlich sein, die während der ganzen Legislaturperiode keinen Einfluß auf seine Entscheidungen habe. Gegen die Sonderinteressen der Reichstagsfraktion gewandt, erklärte Kautsky: "Wenn ein Sozialdemokrat von der Partei an seine Wähler appelliert, so ist das ein ebenso reaktionärer Trick, wie wenn Bülow sich im preußischen Landtag ein Vertrauensvotum sucht, das ihm der Reichstag vorenthält." (Die Neue Zeit, 1904).

Diese Bestrebung zur Verselbständigung der Parlamentsfraktion, die zu Beginn und während des ersten Weltkrieges mit besonderer Deutlichkeit in Erscheinung trat, war nur eine Ausdrucksform der zunehmenden Bürokratisierung des Parteilebens, der Herausbildung eines bürokratischen Parteiapparates mit besoldeten Funktionären, die immer entscheidenderes Gewicht bei Abstimmungen auf Delegiertenversammlungen und Parteitagen gewannen. Im allgemeinen war nämlich ein sehr hoher Prozentsatz der Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre unter den Delegierten anzutreffen. Das galt auch für die Parteitage, bei denen 1/4 der Delegierten alleine den Spitzengremien der Partei, der Reichstagsfraktion, dem Parteivorstand, der Kontrollkommission, oder (seit 1912) dem Parteiausschuß angehörten. Als durchaus repräsentativ für die Gesamtpartei betrachtete deshalb der Soziologe Robert Michels in einem Frankfurter Wahlkreis die Delegiertenwahl zum Parteitag in Nürnberg im Jahre 1908: Unter 11 Delegierten befanden sich 8 Angestellte von Arbeiterorganisationen (2 Redakteure, 1 Parteisekretär, 1 Arbeitersekretär, 1 Gauleiter, 1 Gewerkschaftsangestellter, 1 Krankenkassenangestellter und 1 Lagerhalter), dagegen nur 3 unabhängige Lohnarbeiter. Um die Parteitage nicht zu bloßen Demonstrationsveranstaltungen der Geschlossenheit und Stärke der Partei

werden zu lassen, wurde vorgeschlagen, in den Bezirken eine Listenwahl mit Proportionalverfahren einzuführen, damit Minderheiten auf den Bezirkskonferenzen und Parteitagen vertreten sein konnten. (Die Neue Zeit, 1909: Das Organisationsstatut der Partei).

Als nach dem Marokko-Konflikt die Partei keine entscheidende Aktion in die Wege zu leiten imstande war, richtete sich die Kritik vor allem gegen die zunehmende Verselbständigung der führenden Parteigremien. Um die durch den Parteiapparat entstandene Entfremdung zwischen Mitgliederschaft und Führung zu beheben, sah das Organisationsstatut von 1912 einen Parteiausschuß (aus Mitgliedern der Bezirksvorstände bestehend) vor, der die erhoffte politische Aktivierung des Parteilebens allerdings nicht herbeiführt. Trotz der drohenden Gefahren eines Weltkrieges stand der letzte Parteitag vor dem Kriege nach wie vor unter dem Eindruck der unentwegt wachsenden Stärke der Sozialdemokratie: als einziges entscheidendes Ziel wurde die Erreichung der Millionen-Grenze der Mitgliederschaft gegeben.

Die mit der Entfremdung zwischen Führungsgremien und breiter Masse der Mitglieder einhergehende Entpolitisierung des Parteilebens entsprang jedoch nicht alleine der zunehmenden Bürokratisierung, welche die Partei zu einer weitgehend bürgerlichen, vom unmittelbaren gesellschaftlichen Interessenkampf getragenen Organisation machte, sondern zugleich dem wachsenden Einfluß der Gewerkschaften, die bereits um 1900 680.000 Mitglieder zählten und deren Mitgliederbestand 1914 auf 2,5 Millionen anstieg.

Das zentrale politische Problem dieser Zeit, das die Gewerkschaftsbewegung wie alle übrigen Organisationen der Arbeiterbewegung betraf, war die Stellung zum politischen Massenstreik. Rosa Luxemburgs Feststellung, daß im gegenwärtigen Moment kein Thema in einer Gewerkschaftsversammlung aktueller sein könne als das Thema: Massenstreik und Gewerkschaften, galt 1910 nicht weniger für die sozialdemokratische Partei als für die Gewerkschaften. Unter dem Eindruck der russischen Revolution von 1905 wurde der Generalstreik als ein aktuelles, politisches Mittel diskutiert, die volle politische Gleichberechtigung der Arbeiter und bestimmte soziale Maßnahmen zu erzwingen. Selbst Bernstein, von dem die Idee einer gewaltlosen, durch Reformen langsam voranschreitenden Umwandlung der bürgerlichen in eine sozialistische Gesellschaft ausgegangen war, trat entschieden für einen Generalstreik zur Beseitigung des Drei-Klassen-Wahlrechts in Preußen ein. Die Kritiker des Massenstreiks wiesen auf das unverantwortliche Risiko hin, dem die gesamte gewerkschaftliche Organisation ausgesetzt sei, sobald sie sich auf einen Generalstreik einlasse. Es bestünde nämlich Gefahr, daß die in jahrzehntelanger, mühevoller Arbeit aufgebaute Organisation nach einer einzigen fehlgeschlagenen Aktion zerschlagen werden könnte. Auch bestanden Bedenken gegen den Massenstreik, weil durch bestehende gegnerische Gewerkschaftsorganisationen noch keine geschlossene Front der Arbeiterschaft geschaffen sei.

In der Sozialdemokratischen Partei wie in den Gewerkschaften war keine Mehrheit für die Anwendung des Massenstreiks als eines legitimen Kampfmittels des Proletariats zu gewinnen, da deren Verwaltungsapparate, denen ein nicht unerhebliches Parteivermögen unterstand, bereits so stark in die legalen Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft integriet waren, daß die bloße Selbsterhaltung der Organisationen schon als politisches Verdienst erschien. Gemessen an den tatsächlichen Verhältnissen der Arbeiterorganisation mußte Rosa Luxemburgs Vorstellung von der proletarischen Organisation als einem dialektischen Spannungsfeld in der Tat irreal erscheinen. "Unsere Organisationen aber, erklärte sie, sie bewähren sich im Kampfe, sie können nur existieren im Kampfe, sie wachsen im Kampfe." (Der politische Massenstreik und die Gewerkschaften).

Als 1914 nicht nur die Internationale Solidarität des Proletariats zusammenbrach, sondern auch die deutsche Sozialdemokratie, als das anerkannte Haupt der zweiten Internationalen einen imperialistichen Krieg, den der 1912 tagende Baseler Kongreß der Internationale voraus gesagt und verurteilt hatte, zum vaterländischen Verteidigungskrieg deklarierte, war dies die Konsequenz der organisatorischen und politischen Entwicklung der Partei, nicht das bloße Versagen ihrer damaligen Führer, oder gar deren bewußter Verrat an der Arbeiterschaft. Friedrich Stampfer hat diese Entwicklung sehr treffend charakterisiert: "Am 4. August hat sich der Charakter der deutschen Sozialdemokratie nicht geändert, er ist nur für alle sichtbar geworden. Es zerbrach das Wunschbild einer revolutionären Massenpartei, die in Wahrheit niemals existiert hatte." ("Die vierzehn Jahre der ersten deutschen Republik." 1936).

VI.

Die Organisationsprinzipien bleiben unverändert

Gleich nach dem 4. August 1914 setzte die Kritik an den Organisationsprinzip der Partei ein, die schließlich zur Spaltung führte. Eine innerparteiliche Opposition gegen die Entfremdung von der Arbeiterklasse und gegen die Parteibürokratie hatte es zwar schon seit langem gegeben; ihr war es jedoch nie gelungen, der Partei einen anderen als den historisch gewordenen Organisationsaufbau zu geben. Nur das Magdeburger Statut vom Jahre 1929 zeigte gewisse Änderungen, die das Schwergewicht der Agitationsarbeit, offenbar unter dem unmittelbaren Eindruck der Weltwirtschaftskrise, vom Wahlkreis auf die betriebliche Ebene verlagerten. § 3 des Statuts heißt:

"Zur Durchführung der Organisationsarbeiten und politischen Aktionen kann das Gebiet des Ortsvereins in Agitationsgruppen (Bezirke, Sektionen, Distrikte) gegliedert werden; daneben sind für industrielle Betriebe, private und staatliche Werke und Anstalten Organisationseinrichtungen zu treffen." Im Statut von 1947 ist der Passus noch vorhanden, in dem von 1950 bereits gestrichen.

Eine systematische Kritik der sozialdemokratischen Parteiorganisation, die von der SAP ausging und die, neben Trotzkis Analysen der Stalinistischen Bürokratie, wichtige allgemeine Zusammenhänge zwischen der Erstarrung der Organisation, ihrer Entfremdung von der Arbeiterklasse und ihrer politischen Ohnmacht, aufzeigte, vermochte nach dem 2. Weltkrieg die Parteistruktur nicht zu verändern. Die Erfahrung, daß Gewerkschaften wie sozialdemokratische Partei deren Organisation 1933 die Interessen von Millionen von Arbeitern vertreten hatten, ohne nennenswerten Widerstand zerschlagen wurden, hatte keine organisatorischen Konsequenzen.

Das zweite Mal brachten die 12 Jahre der Illegalität weder eine Erweiterung der Parteiorganisation noch eine Vergrößerung des Mitgliederbestandes, sondern warfen die Organisation auf eine Entwicklungsstufe zurück, welche durch die glänzenden Demonstrationen der "Geschlossenheit und Stärke" der Partei in der Vergangenheit längst überwunden schien.

Der Organisationsaufbau nach 1945 vollzog sich zwar unter veränderten Bedingungen, aber nach denselben Grundsätzen. Erst 1957, nachdem die dritte Bundestagswahl verloren gegangen war, begann auf dem Parteitag in Stuttgart 1958 eine neue Diskussion um Organisationsfragen. Der Parteivorstand setzte bereits vor dem Parteitag eine Kommission zur Überprüfung der allgemeinen Organisationsprobleme ein, die vor allem folgende Frage zu klären hatte:

1. ob die gegenwärtige Organisationsform,
2. ob der gegenwärtige Organisationsaufbau,
3. ob die gegenwärtige geographische Gliederung der Organisation zweckmäßig ist.

Die übrigen Fragen, welche die Kommission zu behandeln hatte, betrafen den rationellen Einsatz von Arbeitskräften und technischen Mitteln für die Organisation und für Propaganda. Das Ergebnis aller Untersuchungen bestand darin, daß an der gegenwärtigen Organisationsform nichts Entscheidendes geändert werden solle. Auch eine "Reform der Parteispitze", die eine andere Kommission zu erörtern hatte, brachte nicht die erwünschte Reorganisation der Führungsgremien, sondern lediglich die Neubildung eines Präsidiums, das der Gesamtvorstand zum geschäftsführenden Vorstand wählt. Der Vorschlag, das Präsidium direkt durch den Parteitag zu wählen, wurde mit der Begründung abgelehnt, daß kein Widerspruch zwischen dem Gesamtvorstand und dem Präsidium entstehen dürfe. Im übrigen erfolgten kaum Änderungen in dem Organisationsaufbau der Partei.

Nach Stuttgart schlief die Diskussion um Organisationsfragen, die sich in Zeiten der Krisen immer als zentrale politische Fragen erwiesen hatten, wieder ein und es wurde weiterhin nach dem in Stuttgart noch einmal ausdrücklich bestätigten Grundsatz der Partei verfahren: "Es ist eine der wichtigsten Aufgaben unserer Partei, ständig die Zahl der Mitglieder und Vertrauenspersonen zu vergrößern." Wenn man freilich den spezifischen Charakter einer sozialistischen Organisation in der Vermittlung von Theorie und Praxis, von Einsicht in die notwendige, fundamentale Umgestaltung der bürgerlichen Gesellschaft und tagespolitischer Praxis sieht, dann müßte die entscheidende Aufgabe der Organisation weniger in der Erhöhung der Mitgliederzahl als darin bestehen, das politische Bewußtsein der Mitglieder im Sinne einer solchen als notwendig erkannten gesellschaftlichen Veränderung heranzubilden. Das Niveau des Durchschnittswählers und Durchschnittsgenossen könnte dann allerdings nicht Richtschnur der politischen Entscheidungen dieser sozialistischen Partei sein. Kurt Schumacher hielt einmal den hysterisch um Wählerstimmen besorgten Genossen entgegen: es komme nicht so sehr darauf an, vor den Wählern recht zu behalten, als vor der Geschichte.

Oskar Negt

DIE BUNDESWEHR IM GHETTO?

Mit anklagendem Ton in der Stimme und in unerschütterlichem Bewußtsein der Richtigkeit ihres Denkens berichten maßgebende Offiziere der Bundeswehr von der "feindlichen" Einstellung verschiedener Bevölkerungskreise und Institutionen in der Bundesrepublik. Es sei die Schuld der Presse, der Gewerkschaften, der SPD und der sog. Intelligenz, daß die Bundeswehr nicht als integrierter Bestandteil einer Demokratie angesehen werde, sondern als mißtrauisch zu beobachtender Fremdkörper. Und in dieser distanzierenden Ablehnung träten besonders die Universitäten hervor.

Dieses Pauschalurteil mit dem typischen Merkmal sektiererischer Borniertheit ist ein Konglomerat von Wahrem und Falschem, ist aber nichtsdestoweniger geeignet, ein irrationales Ressentimentdenken innerhalb der Bundeswehr zu fördern.

Deshalb ist es zu begrüßen, wenn die Bundeswehr sich ihren Kritikern stellt und sich nicht als kriegerische Sekte in den Schmollwinkel zurückzieht.

Die Schule der Bundeswehr für Innere Führung veranstaltet in regelmäßiger Folge Seminare mit geladenen Gästen aller möglicher Couleur, sogar die Internationale der Kriegsdienstgegner ist in Koblenz zu Gast gewesen. Erklärtes Ziel dieser Seminare ist es, die "Wehrfreudigkeit" in allen Teilen der Bevölkerung zu steigern und gegenseitiges Mißtrauen abzubauen.

Vom 27. 2. - 4. 3. 1961 waren 48 Studenten Gäste der Bundeswehrschule. Der Auswahlmodus blieb trotz meines Fragens unklar. Es waren vertreten: 18 RCDS-Vertreter, 7 SHB-Leute, 7 LSD-Mitglieder, der Rest Korporierte und Wehrkundler. Ich selbst habe meine Einladung einmal der Tatsache zu verdanken, daß es in Freiburg keinen SHB gibt und zum anderen dem Freiburger LSD, der sich strikt weigerte, eine Einladung anzunehmen, wenn nicht der SDS eingeladen würde. Der SDS als solcher war offiziell nicht eingeladen worden, wohl auf Betreiben des SHB, der recht gute Kontakte zur Bundeswehr zu haben scheint.

Die Referate dieses Seminars erstreckten sich von der "Verteidigungskonzeption der Nato" über das Problem der "Psychologischen Verteidigung" und die "Leitbilder der westlichen Welt" bis zur "Stellung der Intelligenz in der modernen Gesellschaft".

Der letztere Vortrag von Prof. Möbus, dem wissenschaftlichen Direktor dieser Schule, gehalten, war eindeutig der beste, während die übrigen Referate kaum akademisches Niveau hatten. Bei der überwiegenden Mehrzahl der Teilnehmer wurden allerdings alle Vorträge gleich kritiklos mit Beifall aufgenommen. Überhaupt war das geistige und kritische Niveau der Mehrzahl erschreckend niedrig. Die RCDS- und SHB-Leute unterschieden sich in ihrem strammen Antikommunismus in nichts von den Korporierten. Da sah man en masse die überzeugten Freiheitskämpfer, die mit deutschem Blick - Linse auf unendlich - ihre Sprüche klopften. Da produzierte sich diese Auslese an Borniertheit und Intoleranz, daß es einem heiß und kalt wurde.

Zunächst war ich allein auf weiter Flur mit kritischen Einwürfen und Diskussionsbeiträgen, bis sich dann immer mehr der LSD einschaltete. Ich hatte natürlich die ganze Tagung über mit diesen ressentimentgeladenen Berufs-Deutschen zu tun, die meine Kritik sofort mit kommunistischer Hetze gleichsetzten und meine Ausführungen mit Zischen quittierten, zumal der SDS in solchen Kreisen als kommunistischer Kaderverband angesehen wird. Sachliche Kritik wurde sofort mit persönlichen Angriffen "wettgemacht". Die leitenden Bundeswehroffiziere waren - und das muß lobend erwähnt werden - wesentlich toleranter.

Diese Stimmung änderte sich, als in der Diskussion mit Prof. Möbus dieser meine Vorstellungen von der Funktion und Rolle der Intelligenz in einer demokratischen Gesellschaft weitgehend akzeptierte, und selbst des öfteren unterstrich, daß das einzig fixierbare Statusmerkmal der Intelligenz die Funktion der Kritik im Sinne eines Korrektivs sei.

Diese Unterstützung durch eine anerkannte Autorität und meine strikte Beschränkung auf rationale, sachliche und unpolemische Diskussionsführung brachten es mit sich, daß ich bei sehr vielen das rein emotionale Mißtrauen abbauen konnte. Sehr zum Ärger des SHB wurde die Stellung des SDS entsprechend aufgewertet. Es entspricht nicht böswilliger Gehässigkeit, wenn man dem SHB komplette Geistlosigkeit bescheinigt. Der SHB trat in Koblenz völlig regierungskonform auf: keinerlei Stellungnahmen zu Problemen der Abrüstung, Atomfrage, Wiedervereinigung, kein Wort der Kritik am Notstandsgesetzentwurf und dem Rotbuch. Maruhns fundamentalste Feststellung war, daß das Vorurteil gegen den Begriff Antikommunismus ausgeräumt werden müsse, während sich Adolph zumindest scharf und kritisch äußerte, als in der Diskussion das Problem der unbewältigten Vergangenheit in der Bundeswehr angeschnitten wurde. Ansonsten war einfach nicht zu erkennen, daß der SHB die "rechtmäßige" Studentenorganisation einer Oppositionspartei ist.

Was ist nun zum Ghettocharakter der Bundeswehr zu sagen?
1.) Die Bejahung des Prinzips der Landesverteidigung ist innerhalb der staatstragenden Schichten selbstverständlich. Die Bundeswehr identifiziert die Kritik vergleichsweise sehr kleiner Gruppen enragierter und emotionalisierter Gegner mit der sachlichen und berechtigten Kritik von Menschen, Gruppen und Institutionen, die sie (Buwehr) im Prinzip bejahen.

2.) Das trotz der Schule für Innere Führung vorhandene Ghettodenken innerhalb der Bundeswehr hat seine Ursache zum größten Teil in der ideologischen Fehlentwicklung der Bundeswehr im Verhältnis zur sachlich-kritischen öffentlichen Meinung. Diese Fehlentwicklung läßt sich wie folgt umreißen:

I. Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit wird umgangen mit dem Hinweis, daß der Kommunismus der Weltfeind Nr. 1 sei. Die Propagierung eines blind-emotionalen Antikommunismus schlimmster Observanz rechtfertigt ideologisch das Mißbehagen an einer kritischen Durchleuchtung des Verhältnisses Wehrmacht und Nationalsozialismus.

II. Wenn auf dieses Problem überhaupt eingegangen wird, dann immer in abstrahierender Trennung des Soldatischen vom Politischen. "Raeder war (z.B.) ein phantastischer Kerl als Soldat, als Politiker mag er versagt haben; das ist aber für einen Soldatischen nicht so schwerwiegend."

III. Deutlich wird hier ein in der Bundeswehr weitverbreitetes militärisches Scheuklappendenken, das im Soldatischen schon einen Wert an sich sieht und politische Aspekte nicht berücksichtigt. Dieses beschränkte Ressortdenken verstärkt sich in dem Maße, in dem der Name Baudissin (= weiche Welle) verblaßt und ein scharfer Ton um sich greift.
Diese Abkapselung ist verbunden mit einer weitgehenden Kritiklosigkeit gegenüber politischen Maßnahmen der Regierung.

IV. In Zusammenhang mit obigem steht das technisch-militärische Spielzeugdenken innerhalb der Bundeswehr. Dahinter steht eine spielerische Freude an einer möglichst kompletten Ausrüstung der Bundeswehr mit allen erreichbaren Waffen ohne Rücksicht auf politische Gegebenheiten.

V. Dieses ideologische Scheuklappendenken wird zum Politicum, weil damit die Vorstellung verbunden ist, nur mit hochaufgerüsteter Bundeswehr lasse sich mit den Kommunisten sprechen. Militärische Aufrüstung kaschiert mangelnde politische Initiative und Flexibilität.

VI. Im Verhältnis zum Osten breitet sich in der Bundeswehr ein Rotbuchdenken aus: Einseitige Propagierung des von der Regierung lizensierten Antikommunismus in rein negierender Emotionalität und Totschweigen des rechten Totalitarismus. (In der Staatsbürgerkunde für Soldaten befaßt man sich - aus Zeitmangel - nur mit der "Gefahr aus dem Osten".) Kritik an der Bundeswehr wird als Zersetzung bezeichnet und als Hilfe für kommunistische Infiltration gebrandmarkt.

Diese skizzierte Entwicklung innerhalb der Bundeswehr eröffnet nicht sehr erfreuliche Perspektiven. Den Anfangen rechts-totalitärer Denkungsart kann um so weniger gewehrt werden, als seitens der verantwortlichen Regierung diesen Tendenzen eher Vorschub als Abbruch geleistet wird.

Für den SDS ergibt sich das Fazit, daß es unbedingt notwendig ist, sich in rationaler Diskussion mit der Bundeswehr auseinanderzusetzen.

Eine Teilnahme an ähnlichen Seminaren ist nur zu begrüßen. Zum einen wird verhindert, daß ein solches Seminar zur reinen Propaganda ausartet, zum anderen besteht bei geschicktem Auftreten durchaus die Möglichkeit, einige Studenten aus anderen Verbänden nachdenklich und kritisch zu machen.

Walter Giere

GEGEN ATOMWAFFEN IN OST UND WEST

Die Ostermärsche der Atomwaffengegner während der Ostertage waren ein Novum für die Bundesrepublik. Noch weit entfernt vom Erfolg der Aldermaston-Märsche in England wiesen sie dennoch einen wirksamen Weg, den Rahmen bloß verbaler Proteste zu sprengen.

7500 vorwiegend junge Bundesrepublikaner haben sich gerne den Strapazen der meist dreitägigen Märsche unterzogen, um zu beweisen, daß sie weder vor der Atombombe, noch vor denen zu kapitulieren gedenken, die meinen, daß es ohne sie nicht ginge. Bei den Abschlußkundgebungen fanden sich etwa 20 000 Menschen ein und bewiesen, daß sie den Gleichschaltungsparolen widerstehen.

Man hätte sich gewundert, wenn die übliche bundesrepublikanische Begleitmusik ausgeblieben wäre. Lesehungrige Demonstranten konnten so den fleißig vom Wegesrand her verteilten Flugblättern entnehmen, daß die organisierenden Ausschüsse "natürlich kommunistisch unterwandert seien".

Derlei Methoden sind zu primitiv, als daß man sie ohne weiteres durchbrechen könnte. Es sei jedoch daran erinnert, daß eine vernünftige Sache nicht dadurch unvernünftig wird, daß man Kommunisten hinter ihr vermutet. Die Ausschüsse waren sehr wohl darauf bedacht, einen Mißbrauch der Aktion von vorneherein auszuschalten. Allen Teilnehmern war bekannt, daß nur vorher ausdrücklich von den Ausschüssen gebilligte Transparente und Tafeln mitgeführt werden durften. Alle haben sich daran gehalten.

Ein Teil der Presse schwieg die Ostermärsche in Deutschland tot, der andere beschränkte sich auf kurze Notizen. Allenfalls glaubte man mit Titeln wie "Sie küßten und sie schlugen sich" dem erfolgreichen englischen Marsch gerecht zu werden.

Aber schon das Motto läßt die Protestaktion über jeden Verdacht erhaben sein: WIDERSTAND GEGEN ATOMWAFFEN JEDER ART UND JEDER NATION IN OST UND WEST! Auf den mitgeführten Transparenten stand zu lesen: UNSER NEIN ZUR ATOMBOMBE IST EIN JA ZUR DEMOKRATIE, GEGEN ATOMWAFFEN IN OST UND WEST, KEIN ZWECK HEILIGT ATOMWAFFEN, STATT ATOMWAFFEN - MEHR BROT FÜR DIE WELT, WER BUNKER BAUT, DENKT AN KRIEG, GEWALT LÖST KEINE PROBLEME!

Die Mitglieder des zentralen Kuratoriums und der Ausschüsse noch einmal zu nennen, scheint uns an dieser Stelle überflüssig. Wir wollen indes noch einen Auszug aus der Rede zitieren, die Fritz Lamm während des Ostermarsches Südwest am 1. April in Heilbronn gehalten hat.

"Ihr jungen Freunde vor allem! Seid mißtrauisch, wenn andere von Erfahrungen reden - und vertraut mehr Eurem kritischen Verstande.

Das menschliche Gedächtnis ist ein lügenhafter Verzauberer - und Erfahrungen können schnell umgedeutet werden. Wie wenig wurden die Erfahrungen richtig gewertet, die die politische "Linke" mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten 1914 und zum Panzerkreuzer-Bau 1928 gemacht hat! Und wie schnell sind alle Erinnerungen und Erfahrungen aus dem letzten Krieg beiseite geschoben worden!

Der vorige Krieg aber wird ein Kinderspiel gewesen sein - gegenüber dem nächsten Kriege. Umso schlimmer, daß unsere Politiker so tun, als hätte die "Bombe" nicht Zustände geschaffen, die uns verbieten, in den Begriffen von 1914 und 1939 Politik zu machen.

Gegenüber dem Grauen, das uns erwartet, das in verblendeter Rückständigkeit in Ost und West vorbereitet wird, versagen alle Erfahrungen - und versagt fast unsere Vorstellungskraft. Die Teilnehmer unserer österlichen Friedenskundgebungen wissen es und machen sich ein Bild davon; unsere Redner sagen es, und unsere Schriften verbreiten es. Wer schweigt, wird mitschuldig. Wer Zwietracht sät, gefährdet die gemeinsame Sache. Es geht aber um Sein und Nichtsein allen Lebens auf diesem Planeten.

Weil wir uns für die Zukunft aller Menschen verantwortlich fühlen, weil wir mit Schrecken sehen, daß trotz aller Warnungen der größten und großen Wissenschaftler der Welt die Massen der Menschen offenbar noch nicht begriffen haben, in welcher Gefahr sie schweben - und alles mit, was um sie herum ist - darum scheuen wir Wenige uns nicht, den Marsch anzutreten, der der Aufklärung und dem Frieden dient.

Wer heute nicht mit dem Friedensheere geht, der wird morgen in anderen Armeen marschieren.
Wer erst erwacht, wenn die Bombe knallt, der hat geschlafen, als noch Zeit war, das Unheil abzuwenden.

Kriege haben noch niemals Probleme gelöst.

Wer mitläuft und geschehen läßt, daß die anderen Armeen aufeinanderprallen, daß sie dazu errichtet und vorbereitet werden, der wird helfen, die Niederlage des Menschengeschlechts zu besiegeln. Wer aber mit der Friedensarmee marschiert, - und dazu rufen wir gerade die, die noch glauben, über uns lächeln zu können, - wer aber mit der Friedensarmee marschiert, der wird einer besseren, reicheren Zukunft dienen - und damit die Menschheit zum Siege führen."

SOZIALISTISCHER DEUTSCHER STUDENTENBUND - SCHIEDSGERICHT

PROTOKOLL
der Verhandlung über die Mitgliedschaft von Arndt Böttcher im SDS,
am 18. 4. 1961 in Oberursel

Anwesende: Oskar Negt, Michael Schumann

Das Schiedsgericht tagt in Abwesenheit der Mitglieder Ralf Tonnätt und Klaus Meschkat, deren Stellungnahmen schriftlich vorliegen. Arndt Böttcher ist nicht anwesend; eine Entschuldigung liegt nicht vor.

Das Schiedsgericht stellt nach eingehender Beschäftigung mit dem Rundschreiben Arndt Böttchers vom 19. 3. 1961 fest:

1. Die Landesdelegiertenkonferenz des Landesverbandes Hessen vom 24.1. hatte einstimmig und unterschriftlich beschlossen, daß der 1. Landesvorsitzende nicht berechtigt ist, ohne Übereinstimmung mit dem 2. Landesvorsitzenden politische Erklärungen abzugeben. Arndt Böttcher hat als hessischer Landesvorsitzender das Rundschreiben vom 19.3. ohne Wissen des 2. Landesvorsitzenden verfaßt und verbreitet. Der von Schaltenbrandt (Ffm.), v.d.Vring (Ffm.), Venth (Marburg) und Hyams (Marburg) unterzeichnete Beschluß bestimmt, daß der Landesvorsitzende seine Funktion verliert, wenn er diesen Beschluß verletzt. Diese Verletzung des Beschlusses liegt vor.

2. Das Rundschreiben Arndt Böttchers ging nachweislich der Öffentlichkeit (Marburger Lokalzeitung, dpa) am 20.3., dem Parteivorstand der SPD und dem SHB spätestens am 21.3. mit der Post zu. Der Bundesvorstand erhielt das Schreiben erst am 22.3. aus Marburg zugeschickt. Das Rundschreiben hat demnach keinen internen Charakter, obschon es seinem Titel nach "an alle SDS-Gruppen, Landesverbände und den BV" gerichtet ist.

3. Durch Rundschreiben des Bundesvorstands des SDS war Anfang März allen SDS-Mitgliedern Mitteilung gemacht worden, daß der Parteivorstand der SPD auf die Tagesordnung seiner Sitzung vom 21. 3. die Erwägung eines Unvereinbarkeitsbeschlusses, die gleichzeitige Mitgliedschaft in SDS und SPD betreffend, gesetzt hatte. Dies war Arndt Böttcher bekannt. Der Aufruf Böttchers, statt der SPD die VUS zu unterstützen, ist eine bewußte Provokation des Parteivorstandes, die die Entscheidung der SPD über die Vereinbarkeit von SDS- und SPD-Mitgliedschaft beeinflussen sollte. Das Schreiben des SHB, das den vollen Wortlaut des Rundschreibens von Böttcher zitiert, ist vom 21.3. datiert. Indem Böttcher durch seine Handlungsweise bewußt Gelegenheit bietet, den SDS zu verunglimpfen, wovon der SHB in seinem Rundschreiben "an alle Mitglieder und Gruppen des SDS" auch Gebrauch macht und folgert, die Bemühungen, "den SDS als demokratischen Studentenverband zu erhalten", seien gescheitert, hat er den Tatbestand einer schweren Verbandschädigung erfüllt.

4. Die Behauptung Böttchers, seine Vorschläge "nach Absprache und grundsätzlichem Einverständnis mit den Vorständen fast aller SDS-Gruppen, Landesverbände und Mitgliedern des Bundesvorstandes" gemacht zu haben, ist nachweislich unwahr. Böttcher hat seine Absicht nicht einmal einem Mitglied des BV oder dem Marburger Gruppenvorsitzenden mitgeteilt. Vielmehr hatte auf dem SDS-Bundesseminar 25. - 28. Februar die überwiegende Mehrheit der Vertreter der Gruppen den Bundesvorstand in seiner Forderung nach einer deutlichen Abgrenzung von DFU und VUS unterstützt. Keiner der Anwesenden hatte erklärt, daß als Alternative zur SPD die DFU oder die VUS das Vertrauen von Sozialisten verdiene.

5. Böttcher beruft eine Vorsitzendenkonferenz ein. Dazu ist er satzungsgemäß nicht befugt.

Das Schiedsgericht gibt daher dem am 25.3.1961 erfolgten Einspruch des Arndt Böttcher gegen seine Suspendierung nicht statt und erklärt, daß A. Böttcher seiner Mitgliedsrechte weiterhin verlustig bleibt.

(Oskar Negt)

ZUR ENTSCHEIDUNG DES SCHIEDSGERICHTES GEGEN ARNDT BÖTTCHER

Liebe Freunde, ich erlaube mir der Entscheidung des Schiedsgerichtes vom 18.4.1961 im Verfahren gegen Arndt Böttcher einige persönliche Worte hinzuzufügen:

Ich bedaure es zutiefst, daß eine im Spannungsfeld harter politischer Auseinandersetzungen stehende Organisation wie der SDS gezwungen ist, sich durch Ausschluß gegen jene zu wehren, die das legitime Mittel der verbandsinternen Diskussion und Entscheidung über die Richtlinien der Verbandsarbeit offenbar nicht handhaben können. Ihre Methode ist weniger aus der Erkenntnis gesellschaftlicher Bedingungen und politischer Kräfteverhältnisse in der Bundesrepublik Perspektiven für die Arbeit der Organisation zu entwickeln und die Mehrheit des Verbandes dafür zu gewinnen, als sich durch Einzelaktionen in die Öffentlichkeit zu spielen und den Verband auf eine ausweglose Linie festzulegen. Ich bin mir dessen bewußt, daß der unverkennbare Zug zu einem militärisch-autoritären Regime Widerstandskräfte mobilisieren muß, deren Basis nur die Arbeiterschaft mit ihren Organisationen sein kann. Aber gerade deshalb ist die Zusammenarbeit aller Sozialisten, die der Gleichschaltung widerstehen und sich nicht durch die wirtschaftliche Fassade korrumpieren lassen, unbedingt notwendig. Ich unterstelle allen jenen, die der SDS in der letzten Zeit ausschließen mußte, ein subjektiv ehrliches Bemühen. Allerdings muß zugleich in aller Entschiedenheit betont werden, daß der SDS eine politische Studentenorganisation mit allen Verpflichtungen zur Verbandsdisziplin ist und nicht ein Platz für politische Geh-Versuche Einzelner. Damit meine ich, daß jede mündliche oder schriftliche Äußerung eines Mitgliedes politisch ist und von unseren Feinden als solche interpretiert wird.

Das berührt noch nicht die politischen Differenzen innerhalb des Verbandes. Sie sollen in aller Offenheit und Schärfe diskutiert werden. Leider hat Arndt Böttcher kein einziges Mal ein Forum benutzt, um seine Ansichten vorzutragen und diskutieren zu lassen. Der Ton seiner Rundschreiben zielt vielmehr auf Beleidigung und Herabsetzung der auf einer Delegierten-Konferenz ordnungsgemäß gewählten Mitglieder des Vorstandes, die den Verband und seine Politik nach außen hin vertreten. Ein Sozialist, der dem Vorstand seines eigenen Verbandes vorwirft, er "versuche seine Mitglieder intern mit scharfmacherischen Phrasen, in ein pseudomarxistisches Gewandt eingekleidet, zu beschwichtigen", er "betreibe ein zwielichtiges und verantwortungsloses Spiel", vergreift sich nicht nur im Stil, sondern verliert in meinen Augen die Achtung als loyales Mitglied des SDS. Wäre Arndt Böttcher auch nur in einem einzigen Punkt bemüht gewesen, statt der sprachlich fast unerträglichen Aneinanderreihung bombastischer Phrasen der Situation des Verbandes und seiner eigenen gerecht zu werden, um daraus Vorschläge für eine neue Verbandspolitik zu entwickeln, könnte man daraus die Sorge um den Fortbestand des Verbandes ableiten.

Mit dieser üblen Verleumdung der Genossen, die zur Zeit auftragsgemäß bis zur nächsten DK die Politik des Verbandes bestimmen, stimmt die Geringschätzung überein, die Arndt Böttcher dem Schiedsgericht entgegenbringt. Er hielt es bis heute nicht für nötig, seine Anmeldung für die Schiedsgerichtsverhandlung vom 18. April zurückzunehmen, sich für sein Fernbleiben bei mir zu entschuldigen, oder sonst etwas von sich hören zu lassen. Nachdem er sich bei mir mit zwei Parteigängern angemeldet hatte, mußte ich billigerweise annehmen, daß er erscheint. Daß er sich nicht abgemeldet hat, spricht für ein unkorrektes Verhalten gegenüber der Organisation. Es gibt gewisse Spielregeln in einem Verband, die jeder einhalten sollte und die nichts mit sachlichen Differenzen zu tun haben.

Ich will keinem "weise" Ratschläge erteilen, hielt es aber doch für notwendig, auf den Unterschied zwischen der notwendigen politischen Disziplin und den welterschütternden Eruptionen Einzelner innerhalb eines Verbandes hinzuweisen. Wer, wie Arndt Böttcher, meint, er könne im Namen des SDS wie im Namen eines Kaninchenzüchtervereins sprechen und Erklärungen von sich geben, hat sich einfach in der Richtung geirrt.

Gez. Oskar Negt
Vors. des Schiedsgerichts des SDS

EINE FÄLSCHUNG

Auf der Delegiertenversammlung des SHB vom 16. - 18. April in Bonn wurde die Abschrift folgenden "Dokuments" verteilt:

Abschrift

Bitte vertraulich behandeln!

Gedächtnisprotokoll

Frankfurt-Main, d.9.4.61

über die SDS-Zusammenkunft am 8.4.61 in Frankfurt (Studentenhaus).

Arndt Böttcher (Marburg) begrüßte die Genossen!
19 Genossen aus 7 SDS-Gruppen waren erschienen. Die Vertreter der Fraktion aus Hamburg und München ließen sich entschuldigen.

Das Ergebnis der mehrstündigen Sitzung kann wie folgt zusammengefaßt werden:

1.) Allgemein wurde das Vorpreschen von Arndt Böttcher scharf kritisiert. Daran zeigt sich wieder, daß einzelne Genossen ihren utopischen Radikalismus, der der Gesamtstrategie immer wieder schweren Schaden zufügt, noch nicht überwunden haben. Auf Grund dieser Tatsache wurde von einigen Genossen eine Analyse der Gesamtstrategie des SDS verlangt.

2.) Das Ergebnis der Analyse war:
Der SDS kann nur eine Politik auf lange Sicht betreiben. Die DFU kann die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht verändern. Dies kann nur die Arbeiterklasse, in deren Bewußtsein die SPD auch heute noch als die Partei, die die Interessen der Arbeiterklasse vertritt, erscheint. Aus diesem Grunde wurde die Politik des Bundesvorstandes allgemein als durchaus richtig erkannt: Da die SPD eine schwere Wahlniederlage nicht vermeiden kann, wird es unmittelbar nach der Wahl in der Partei zu schweren Auseinandersetzungen kommen. Dies wird der Zeitpunkt sein, in Zusammenarbeit mit Teilen der Gewerkschaften und anderen Verbänden, bes. der soz. Jugend, die derzeitige Führung der SPD auszutauschen. Bis zur Wahl muß daher jede Verzettelung der Kräfte und offene Provokationen der SPD vermieden werden. Um diese Ziele erreichen zu können, gilt es, vorläufig die Gegner des SDS im PV einzuschläfern. Die Taktik, dazu eine nach außen hin scharfe Trennung zur Hüller-Gruppierung vorzunehmen ist so zu begrüßen und muß im Interesse der Sache von uns vorübergehend unterstützt werden. In diesem Sinne ist auch die "Dokumentation" des BV für das BIM zu verstehen und zu begrüßen. Jede utopisch-radikale Aktion stört diese Taktik und hat bis zu den Wahlen unbedingt zu unterbleiben. Böttcher wurde empfohlen, aus dem SDS auszutreten. Eine Wiederaufnahme aller bisher aus ähnlichen Gründen ausgeschlossenen Genossen und Gruppen ist vor der BTWahl unmöglich.

3.) Die einzige Aktivität bis zu den Wahlen kann nur in der Bekämpfung des SHB bestehen. Nach den Wahlen wird es bei der dann einsetzenden Verwirrung in der SPD möglich sein, zusammen mit gewissen Gewerkschaftsfunktionären usw. und mit Hilfe eines schlagkräftigen Verbandes von mehreren Hundert jungen, geschulten Akademikern den notwendigen Einfluß in der SPD zu erlangen. Ein nicht zu unterschätzendes Hindernis bei diesen Plänen kann der SHB sein. Darum sollte im kommenden SS die ganze Kraft des SDS in der öffentlichen Auseinandersetzung an den Universitäten auf die Zerschlagung des SHB gerichtet werden. Durch laufende öffentliche Skandale an den Unis, Kämpfe SDS-SHB und durch das Ausschlachten dieser Affairen durch die bürgerliche Presse wird außerdem die Wahlniederlage der SPD gefördert.

4.) Die von Böttcher verlangte a.o. DK wurde einmütig abgelehnt, weil die Gesamtstrategie des BV dadurch gestört werden könnte.

5.) Fast alle Genossen sahen die Notwendigkeit ein, die Politik des BV zu unterstützen.

6.) Die vom BV des SDS zusammen mit der IG Metall diskutierten Pläne einer neuen sozialistischen Partei nach den Wahlen wurden verworfen, als noch nicht ausgereift, bezeichnet. Direkt nach den Wahlen muß versucht werden, den gewünscht Einfluß auf die SPD zu gewinnen. Nur wenn dieses sich als unmöglich erweisen sollte, sollen die Pläne des BV hinsichtlich der Unterstützung einer neuen sozialistischen Partei näher geprüft und ev. unterstützt werden.

(Vorstehende Abschrift wurde von einem Schriftstück angefertigt, das dem Bundesvorstand des Sozialdemokratischen Hochschulbundes in Abschrift ohne Absenderangabe aus Frankfurt/Main-Flughafen mit Poststempel vom 9.4.61 in einem Kuvert zuging, das laut Stempel auf der Innenseite in Marburg gekauft war. Dem SHB ist schon das vorangegangene Rundschreiben von Arndt Böttcher vom 19. 3. direkt zugesandt worden. Dies spricht für die Authentizität des vorliegenden Protokolls).

Bei dem "Dokument" handelt es sich um eine Fälschung.
Der Bundesvorsitzende des SDS hat bereits beim Landgericht in Bonn Strafantrag und Strafanzeige gegen Unbekannt und gegen den ehemaligen SHB-Bundesvorsitzenden Jos. Maruhn Strafantrag und Strafanzeige wegen Verleumdung und übler Nachrede gestellt.

Dem Bundesvorstand des SDS ist von einer Konferenz am 8.4.1961 nichts bekannt. Arndt Böttcher, der zu diesem Zeitpunkt bereits keine Mitgliedsrechte mehr besaß, hat vor Zeugen versichert, daß er am 8.4.61 Marburg nicht verlassen und daß er das Protokoll nicht verfaßt habe. Die verantwortliche Buchhalterin im Studentenhaus in Frankfurt hat erklärt, daß eine derartige Konferenz im Studentenhaus schon deshalb nicht stattgefunden haben könne, da das Studentenhaus zu diesem Zeitpunkt wegen Ausräumarbeiten gesperrt gewesen sei. Bemerkenswert erscheint es, daß der neue 2. Vorsitzende des SHB, Jürgen Hagemann (Frankfurt), auf Vorhaltung prompt, aber der Wahrheit zuwider, erklärte, es gäbe in Frankfurt ja mehrere Studentenhäuser. Richtig ist, daß es nur ein Studentenhaus, aber mehrere Studentenheime gibt, in denen allerdings eine Konferenz von 19 Personen nicht stattgefunden haben kann.

Vielleicht ist es nicht zufällig, daß das "Dokument" sowohl von der aus dem SDS ausgeschiedenen Gruppierung um Hüller, als auch aus Kreisen des SHB stammen kann. Wenn man die Frage nach dem Nutzen der Fälschung stellt, läßt der Inhalt folgende Schlüsse zu:

Der ausgeschiedenen SDS-Gruppierung bringt das "Protokoll" folgenden Nutzen:

1. Die SPD könnte wegen des "Protokolls" die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft von SPD und SDS erklären.
2. Vermutete Geldquellen des Bundesvorstandes könnten durch das Protokoll zum Versiegen kommen.
3. Psychologisch könnte es sich um einen "Racheakt" gegen die Ausschlüsse des Bundesvorstandes handeln.

Dem SHB bringt das "Protokoll", das auf der Delegiertenversammlung der Presse übergeben und inzwischen Parteigliederungen übersandt wurde, folgenden Nutzen:

1. wie oben
2. wie oben
3. Die Dokumentation des Bundesvorstandes über die Politik des SDS seit 1958 würde neutralisiert.

4. Zu einem Zeitpunkt, da der durch seine Koalition mit der Hüller-Gruppierung in Göttingen "bela stete" Jochem Grönert zum Bundesvorsitzenden des SHB gewählt werden sollte, würde davon abgelenkt und erneut bewiesen werden, daß der SDS-Bundesvorstand nur aus "Taktik" nach außen hin eine scharfe Trennung zur Hüller-Gruppierung vornimmt.
5. Der SHB wird "ein nicht zu unterschätzendes Hindernis" für den SDS genannt. Die Partei müßte also den SHB noch mehr unterstützen. Gleichzeitig wird ein Alibi für die Mißerfolge des SHB geschaffen: der SHB hat einen harten Kampf gegen den SDS zu führen.

Wenn man den Stil untersucht, so ist folgendes zu bemerken: Der Stil ist ausgesprochen bürokratisch. Er unterscheidet sich in dieser Hinsicht vollständig von allen Rundschreiben aus der Hüller-Gruppierung, besonders dem Rundschreiben von Horst Stuckmann im vergangenen Sommer. Die Hüller-Gruppierung hat sich bislang nie selbst "Hüller-Gruppierung" genannt. Bezeichnungen wie "utopischer Radikalismus" und "utopisch-radikale Aktionen" sind dieser Gruppe fremd. Von einer "BTWahl" spricht nur ein Bürokrat, der selbst viel mit der Bundestagswahl zu tun hat. "BIM" sagt man nur in Bonn, andere sagen Bundesinnenministerium.

E I N E S E L B S T D A R S T E L L U N G

(Aus "hinweise", Nr. 2, April 1961, Herausgegeben vom Bundesvorstand des sozialdemokratischen Hochschulbundes)

Wolfgang Kowarsch, SHB: Zur Struktur eines Studentenverbandes.

... Die Zahl der Mitglieder ist somit noch lange kein Nachweis für die Qualität der geleisteten Arbeit und ein neu gewonnenes Mitglied bedeutet nicht immer eine Bereicherung des Gruppenlebens, sondern diese Bindung kann mit der bewußten Absicht eingegangen werden, die Gruppe zu unterwandern und sie für bestimmte eigene Interessen zu mißbrauchen. Dafür bietet die besagte Organisation* die besten Voraussetzungen. Denn ihre Schwäche ist, daß sie die Entstehung informeller Gruppen begünstigt, die bis zur nächsten Vorstandswahl im Verborgenen bleiben können. Dann ist es auch meistens schon zu spät.

... Die Mitgliederbeiträge sind bei der Finanzierung der Gruppenarbeit so unerheblich, daß das Einziehen und Verwalten dieser Gelder mehr Mühe verursacht, als sie nützen. Vielleicht ließe sich gänzlich davon absehen. Ebenso scheint die formale Mitgliedschaft ein unnützer Ballast für die Gruppenarbeit zu sein...

*(Anm. d. Red.: die Organisationsform der bestehenden politischen Studentenverbände)

Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß Spekulationen auf eine Fusion von SDS und SHB der Grundlage entbehren. Die politische Konzeption sowie die Vorstellungen von Sozialismus, wie sie der alte und neue Bundesvorsitzende des SHB dargelegt haben ("die Verwirklichung des demokratischen Sozialismus ist die Verwirklichung des Liberalismus") und Äußerungen auf der Delegiertenkonferenz des SHB vom 16. - 18.4. in Bonn, wie etwa von Ritter (Berlin): "Wenn ich weiß, daß mich jemand umbringen will, habe ich die Pflicht, ihn zuerst umzubringen" (Politisch nur zu verstehen als Forderungen nach Präventiv-Krieg, juristisch: vorsätzlicher Mord) lassen sich mit den Grundsätzen und Zielen des SDS nicht vereinbaren. (Die Red.)

HANS BÖCKLER KREISE IN NRW

Die Entscheidung des "Ringes politischer Studentenverbände", dem Landesverband NRW der "Hans-Böckler-Kreise" an den Universitäten in Nordrhein-Westfalen keine Mittel aus dem Landesjugendplan zu bewilligen, hat die heftige Empörung des DGB hervorgerufen. In einem Kommentar des DGB-Organs "Welt der Arbeit" wird dem "linksradikalen sozialistischen Studentenbund" vorgeworfen, sich mit den Studentenverbänden der CDU und FDP gegen die gewerkschaftliche Studentenarbeit ausgesprochen zu haben.

Der Landesverband Nordrhein-Westfalen des SDS nahm in einem Rundschreiben an die Mitglieder des "Ringes politischer Studentenverbände" zu der besagten Entscheidung Stellung. Wir veröffentlichen die Stellungnahme des SDS im Wortlaut:

An den Ring politischer Studentenverbände
Nordrhein-Westfalen

z.Hd. des RCDS
des LSD
des ISSF
des SHB

Bonn, den 25.2.1961

Liebe Kommilitionen!

Die Pressemeldung des DGB vom 24.2.1961 zur Frage der Aufnahme der Hans-Böckler-Kreise in den Ring politischer Studentenverbände Nordrhein-Westfalen veranlaßt den Landesverbandsvorstand des SDS zu folgender Stellungnahme:
Der Vertreter des SDS konnte an der Sitzung nicht bis zur Behandlung des Tagesordnungspunktes "Aufnahme des Hans-Böckler-Kreises" teilnehmen. Wir hatten deshalb erklärt, daß wir an die Zustimmung zur Aufnahme folgende zwei Bedingungen knüpfen würden:

1. eine Erhöhung des Gesamtetats, um die erneute Kürzung der Mittel für die einzelnen Studentenverbände zu vermeiden;
2. die freie Aufnahme aller an den Zielsetzungen der Hans-Böckler-Kreise interessierten Studenten in die Gruppen und die Aufgabe der Sperrklausel, die fünf Mitgliedern ein Veto gegen jede Neuaufnahme erlaubt und damit sowohl eine undemokratische Begrenzung der Mitgliederzahlen als auch eine einseitige Kaderbildung ermöglicht.

Wir legen Wert darauf, daß der SDS weder bei der endgültigen Abstimmung noch bei der Formulierung des Beschlusses anwesend war. Außerdem entspricht die Formulierung nicht unsere zum Ausdruck gebrachte Auffassung. Sie belastet unserer Meinung nach weiterhin das Verhältnis zwischen den politischen Studentenverbänden und dem Deutschen Gewerkschaftsbund. Wir schlagen deshalb vor, die Frage der Aufnahme der Hans-Böckler-Kreise unter Umständen in Anwesenheit eines Vertreters des DGB erneut zur Diskussion und zur Abstimmung zu stellen; daneben sollte sich der Ring bemühen, für einen Antrag auf Erhöhung der Mittel aus dem Landesjugendplan die Unterstützung der politischen Parteien zu gewinnen.

ZUR SITUATION DER PSU

Der Putsch der Generale in Algerien und sein schnelles Zusammenbrechen sind kennzeichnend für die Situation des französischen Imperialismus. Der Algerienkrieg ist - wie früher der Indochinakrieg - ein krampfhaftes Festhalten an alten Formen des Kolonialismus, das unter anderem durch eine besonders in Algerien sehr umfangreiche Investition von Kapital und Menschen in der Form von kleinen und mittleren Betrieben verursacht ist. Das Großkapital hingegen war - wie jetzt bekannt wurde - schon 1956 bereit, Algerien formaliter die Unabhängigkeit zu gewähren, um im Einverständnis mit dem algerischen Bürgertum weiterhin die Nutznießung der Erdölquellen etc. zu behalten. Auf diese Karte hat de Gaulle gesetzt. Mit Hilfe der bürgerlichen Kräfte in Tunesien und ihrem Interessenvertreter Habid Bourgiba versucht de Gaulle, in Algerien die Errichtung eines bürgerlichen Nationalstaates voranzutreiben. Dazu hat er zuerst eine Einigung der sich widersprechenden großkapitalistischen Interessen in der Sahara und an der algerischen Mittelmeerküste unternommen und will nun die bürgerlich-nationalistischen Kräfte in der provisorischen algerischen Regierung und in ganz Nordafrika gegen die sozialistischen in der algerischen Revolution ausspielen. Gerade die Widersprüche zwischen den kolonialistischen und neokolonialistischen Interessen können aber das Entstehen eines sozialistischen Algerien begünstigen, während der Zusammenbruch des Putsches der Generale in Algerien das Prestige de Gaulles stärkt, und damit die Verhandlungen für die algerische provisorische Regierung erschwert werden. Die politische Partei Frankreichs, die das Manöver de Gaulle's entlarvt und sich offen für eine sozialistische Perspektive einsetzt, ist die neu gegründete "Vereinigte sozialistische Partei", die PSU.

So, wie in Algerien die Interessen der faschisierten weißen Minderheit denen ihrer großkapitalistischen Landsleute entgegenlaufen, so widerstreiten sich in Frankreich veraltete und moderne Formen des Kapitalismus. Auf der einen Seite steht eine wachsende Konzentrierung der privaten und öffentlichen Großbetriebe, auf der anderen eine sich steigernde Zahl von mittleren Betrieben. Dazu kommen regionale Unterschiede zwischen einzelnen hochentwickelten und sehr stark rückständigen Gebieten. Die vierte Republik mit ihrem ständigen Regierungswechsel war das Spiegelbild wirtschaftlicher Kämpfe. Nur der Mythos "de Gaulle" war imstande, diese Konflikte nach außen hin zu verdecken und innen soviel Wählerstimmen auf sich zu vereinen, daß de Gaulle - bewußt oder unbewußt - entschlossen die Interessen des Großkapitals vertreten kann, ohne Rechenschaft ablegen zu müssen. Allerdings kann er die bestehenden Widersprüche nicht aufheben.

Dennoch wäre es falsch, sich aus dieser Situation im Sinne der Selbstlauftheorie Chancen für die Arbeiterklasse auszurechnen. Wenn de Gaulle den Putsch in Algier dazu benützt hat, den Artikel 16 der französischen Verfassung (Alle Gewalt dem Präsidenten !) in Kraft zu setzen, und er diese Entscheidung nach dem Zusammenbrechen des Putsches nicht widerrufen hat, so bedeutet das eine Verstärkung der autoritären Tendenzen des Regimes und eine Absage an die Forderungen der Linksparteien. Es wird sogar behauptet, de Gaulle hätte seit dem 19. April von dem geplanten Putsch gewußt und ihn nicht verhindert, um so die durch den Artikel 16 gewährten Vollmachten zu erlangen. Es stellt sich die Frage nach der Alternative zum Gaullismus. Was geschieht, wenn der Mythos "de Gaulle" wegfällt ? Die kommunistische Partei Frankreichs (KPF) propagiert eine Rückkehr zur bürgerlichen Demokratie, nur die PSU fordert, daß "unter diesen Bedingungen die sozialistische Bewegung dem gaullistischen Regime eine Gesamtstrategie entgegensetzt, die auf seinen Umsturz und zugleich auf die Errichtung einer sozialistischen Exekutive und damit auf einen neuen Staatstypus hinzielt.")1

Die PSU wird oft die Partei des Algerienkrieges genannt, weil viele in ihr die Möglichkeit sahen, entschlossener gegen die Politik der "Integration Algeriens" aufzutreten als irgendwoanders. Tatsächlich hat unter den französischen Parteien die PSU zu diesem Problem die fortschrittlichste Position eingenommen, selbst wenn in ihren Reihen erhebliche Meinungsverschiedenheiten über diesen Punkt bestehen. Kennzeichnend für die Haltung der Jugend, des revolutionären Flügels in der PSU, ist die Tatsache, daß ungefähr die Hälfte der Franzosen, die aktiven Widerstand gegen den Algerienkrieg leisten, PSU-Mitglieder oder Sympathisanten sind. Dennoch darf die Rolle des Algerienkonfliktes nicht überschätzt, sie muß eher als Katalysator denn als Initiator bei der Bil-

dung der PSU gewertet werden. Das erweist sich auch an der großen Zahl der Mitglieder, die bisher vor dem Beitritt zu einer der bestehenden Linksparteien zurückschreckten, die aber glauben, in dem demokratischen Gefüge der PSU politisch tätig werden zu können.

In Frankreich ist es fast schon ein Gemeinplatz, von der Sklerose der traditionellen Linksparteien zu sprechen (KPF und SFIO). Es sind dieselben Phänomene, die sich in beiden Parteien zeigen, doch jeweils in verschiedener Stärke und Ausprägung. Ähnlich wie in anderen sozialdemokratischen Parteien Westeuropas besitzt die SFIO einen gewissen Prozentsatz an Mitgliedern aus der Arbeiterschaft, bestimmend für Parteilinie und Ideologie ist aber die Sozialbürokratie. Deren typischer Vertreter ist Guy Mollet. Die SFIO vertritt die Interessen einer Bürokratenschicht, die aus der Arbeiterbewegung hervorgegangen ist, aber nicht mehr die der Arbeiterbewegung selbst. Auch in der KPF gibt es Verselbständigung und somit Verdinglichung des Funktionärapparates, doch scheint uns hier die entscheidendere Entartung in dem demagogischen Personenkult um Maurice Thorez und Jeannette Vermeersch zu liegen, der den stalinistischen an Irrationalität und intellektueller Abdankung eher noch übertrifft. Auch hat man weder in der KPF noch in der SFIO aus den Fehlern der Volksfront von 1936 und der Dreiparteienregierung (KPF, SFIO, MRP) von 1945-46 gelernt. Die KPF hatte 1945 eine Million Mitglieder, heute sind etwa 250 000 übriggeblieben. Selbst einem kommunistischen Arbeitsminister bekommt es schlecht, wenn er Streiks verbietet - wie Thorez in seiner Amtszeit nach dem Krieg. Er wollte damit die "nationale Wiederhebung" vorantreiben ! Dieses Detail ist dann bezeichnend, wenn man es in den Kontext der jeweils opportunistischen, sozialbürokratischen oder sogar nationalistischen Politik stellt. So hatte sich die KPF lange Zeit gegen die Anerkennung des Rechts der Algerier auf Unabhängigkeit gewehrt. Noch am 12. März 1960 haben die 151 kommunistischen Abgeordneten Guy Mollet das Vertrauen ausgesprochen und ihm so zu militärischen Spezialvollmachten in Algerien verholfen.

In der bisher dargestellten Situation waren die Bedingungen für die Bildung einer sozialistischen Partei neuen Typs günstig; es lag sogar eine gewisse Notwendigkeit vor, denn die politische Lage in Frankreich verlangte geradezu nach der Formulierung der Forderungen, die die PSU stellt. Der Erfolg der PSU erscheint im Verhältnis zu dem durch die Sklerose der alten Linksparteien freigewordenen Potential sogar noch als zu gering. Der Schimpfname "Intellektuellenpartei" und die inneren Widersprüche (zwischen dem linken revolutionären Flügel und der reformistischen rechten Minderheit) haben in dem Bewußtsein der Arbeitermassen, die von der bürgerlichen und der kommunistischen Presse gleichermaßen "gut" über die PSU informiert werden, Widerstände gegen den Beitritt zur PSU aufgebaut. Ausnahmen sind z. B. die Textilarbeiter aus dem französischen Jura. In der Tat stellen die Intellektuellen einen hohen Prozentsatz in der Mitgliedschaft der PSU. Doch erscheint uns wesentlicher, daß die PSU nicht nur im Alter ihrer Organisation sondern auch der Mitglieder eine junge Partei ist: das Durchschnittsalter der Delegierten auf dem ersten nationalen Kongress der Partei am 24., 25. und 26. März 1961 in Clichy lag bei dreißig Jahren. Das zeigt aber, daß die Schichten, die dem Versagen der traditionellen Parteien am kritischsten gegenüber stehen, am ehesten bereit sind, sich der PSU anzuschließen. Gerade die kämpferischen, revolutionären Positionen der PSU können sie ansprechen und werden vermutlich auch das Fußfassen der PSU in der Arbeiterschaft begünstigen.

Die PSU entstand am 3. April 1960 aus der Vereinigung der PSA (Parti Socialiste Autonome), der UGS (Union de la Gauche Socialiste) und der "Tribune du Communisme". Sie versteht sich selbst als "eine revolutionäre Partei, die für die Errichtung einer Sozialistischen Gesellschaft kämpft" [2]. Sie ist "laizistisch, internationalistisch, kämpft für die Befreiung der kolonisierten Völker" [2]. Ihr Ziel ist "die nationale und internationale "Entente" und Aktion der Arbeiter; politische und wirtschaftliche Organisation der Arbeitnehmer als Klassenpartei für die Eroberung der Macht und die Sozialisierung der Produktions- und Tauschmittel, d.h. also die Umformung der kapitalistischen Gesellschaft in eine sozialistische.) [2] Die in der PSU vereinigten Gruppierungen sind mehr als nur Abspaltungen der alten Parteien. Zur PSA gehörten außer Teilen der SFIO auch frühere Radikalsozialisten (z. B. Mendès-France) und bisher ungebundene linksbürgerliche Kräfte. Die UGS entstand aus der Nouvelle Gauche und hatte einen starken katholischen Flügel. Heute haben sich die Unter-

schiede der Herkunft aus den einzelnen Gruppierungen verwischt. Trotzdem kann man von einem Übergewicht der früheren UGS sprechen, weniger wohl in personaler Hinsicht - wenn auch einige "Fédérations" zum ersten nationalen Kongress in Clichy nur ex-UGS-Delegierte aufgestellt hatten - sondern in dem Programm, das sich die Mehrheit gegeben hat und das ausgesprochen marxistische Züge trägt; viele frühere Parlamentarier, aus der SFIO über PSA zur PSU kommend, gehören heute der rechten Minderheit an.

Edouard Depreux, der Generalsekretär der PSU, gab auf dem Kongress in Clichy die Mitgliederzahl mit 28 000 an, als Vergleichszahlen kann man mit 50 000 Mitgliedern in der SFIO und 250 000 in der KPF rechnen. Dies ist schon ein recht guter Erfolg für die PSU, besonders wenn man noch die möglichen Wählerzahlen hinzuzieht: Nach der Schätzung eines gemäßigt rechten, "liberalen" Abgeordneten der französischen Nationalversammlung könnten bei einer nach Verhältniswahlrecht und nicht nach dem de Gaulle-schen Wahlgesetz ausgeführten Wahl die SFIO und die PSU je etwa 10 % der Wählerstimmen auf sich vereinigen. Die KPF müßte man mit 20 - 25 % einstufen. (Das de Gaulle-sche Wahlgesetz versucht, die Stimmen der Rechten und des Zentrums auf einen Kandidaten zu ziehen und die der Linken zu spalten.)

Das Verhältnis der PSU zu den Gewerkschaften ist durch die Aufspaltung in die kommunistisch beeinflußte CGT, die "unabhängige" Force Ouvrière (CGT-FO) und die christliche CFTC sehr belastet. Mitglieder und Sympathisanten der PSU finden sich vor allem in der CGT und der CFTC, doch haben sie in der CGT oft Mühe, sich gegen den kommunistischen Druck zu behaupten. So wurde wenige Tage vor dem Kongress in Clichy ein Mitglied des "Bureau politique" der PSU aus der CGT ausgeschlossen. Andererseits hatten sich gerade in der CGT starke Strömungen für eine Teilnahme an der Algeriendemonstration vom 27. Oktober 1960 ausgesprochen, zu der die UNEF (der französische Studentenverband) aufgerufen hatte; die PSU beteiligte sich sehr aktiv, die KPF hatte aus undurchsichtigen Gründen ihre Mitarbeit verweigert.

Bemerkenswert stark ist der Einfluß der PSU in dem syndikalistisch strukturierten französischen Studentenverband (UNEF), dessen mutiges Eintreten für Frieden in Algerien und Verhandlungen mit der provisorischen algerischen Regierung Aufsehen erregten.

Der erste nationale Kongress der PSU in Clichy war eine Demonstration der innerparteilichen Demokratie, die für die PSU innenpolitisch ein so wichtiges Argument ist. Die Anerkennung einer rechten Minderheit als Fraktion ist ein deutliches Absetzen gegen das gleichermaßen autoritäre Parteileben in SFIO und KPF. So legte Mehrheit und Minderheit je ein Programm vor, das der Mehrheit konnte 84 %, das der Minderheit 16 % der Stimmen erlangen. Demgemäß wählten auf getrennten Listen die Mehrheit 46, die Minderheit 9 der 55 Mitglieder des nationalen politischen Komitees. Der Kongress hat ein konsequent sozialistisches Programm festgelegt, das als Perspektive in der Algerienfrage und der Innenpolitik der französischen Linken die Alternative zu dem autoritären Regime de Gaulle's zeigt.

1) Aus Punkt I "le régime gaulliste" des Programms der PSU
2) Aus "Status du Parti Socialiste Unifié"

Rainer Zoll

"U N E H O N G R I E A R E B O U R S" (Ein umgekehrtes Ungarn)

von C l a u d e B o u r d e t

Der nachfolgende Artikel wurde aus der sozialistischen Wochenzeitung "france Observateur" vom 20. April 1961 übernommen und von J. Schaltenbrand übersetzt. Der Autor des Artikels, Claude Bourdet, ist Mitglied des Nationalen Politischen Komitees der Vereinigten Sozialistischen Partei Frankreichs (PSU). Über den ersten Nationalen Kongress der PSU hat R. Zoll oben berichtet.

Die Red.

Dieser Ausdruck, mit dem die liberalen amerikanischen Journalisten seit mehreren Wochen ihre Befürchtungen angesichts dessen, was sich vorbereitete, zusammenfaßten, paßt auf den Angriff gegen Cuba. Und wir, die wir auf der Seite der ungarischen Revolution und der legalen Regierung von Imre Nagy standen, sind auch auf der Seite der legalen Regierung Castros und der cubanischen Revolution. Einige werden sagen, das Problem sei nicht genau das gleiche, weil doch die Amerikaner (noch) nicht persönlich in Cuba interveniert hätten. Um sich über diesen Punkt Aufklärung verschaffen zu können, muß man detailliertere Auskünfte über die Rolle von Marine und Luftwaffe der U.S.A. und des Stützpunktes Guantamano abwarten. Aber selbst, wenn man gelten läßt, daß keine direkte militärische Intervention der U.S.A. stattgefunden hat, handelt es sich doch allemal um einen zweitrangigen Aspekt des Problems.

Es handelt sich um eine Invasion von Mittelsmännern. Selbst die Presse der Rechten, in Frankreich, wie sonst überall, macht keinen Hehl mehr aus der Hilfe, den die Eindringlinge von den Amerikanern empfingen. Und es handelt sich um mehr als um Hilfe. Wenn der amerikanische Nachrichtendienst -- das berühmte, schon in der U2 Affäre verantwortliche C.I.A. - die Anti-Castro-Truppen nicht rekrutiert, finanziert, organisiert und bewaffnet hätte, wobei es sich selbst ihrer politischen Koordination annahm, hätte es keine Landung gegeben. Diese Aktivität des C.I.A. hat sich schon oft auf den großen Tag zu entwickelt, und selbst die TIME hat ein wenig darüber berichtet. Das Dossier ist vernichtend, vernichtender noch als jenes der Intervention von "Mittelsmännern" in Guatemala 1954 gegen das Regime ARBENZ', der ebenfalls von den großen amerikanischen Gesellschaften verabscheut wurde.

Wird man wie einige amerikanische Liberale sagen, daß Kennedy nicht völlig "mit von der Partie" war, daß er nicht im Stande war, die von Allen Dulles und vom C.I.A., einem wahren Staat im Staat, in Gang gebrachte Maschine anzuhalten ? Wird man jenen launischen Einfall heraufbeschwören, den man in Amerika zu Zeiten unserer 4. Republik hörte: "In Frankreich gibt's zu viele Regierungen nacheinander, im amerikanischen Präsidialsystem gibt's zu viele Regierungen zur gleichen Zeit." ? Vielleicht ist etwas Wahres daran; es scheint, daß Kennedy seit einigen Tagen versucht hat, zu bremsen. Aber das verringert keineswegs seine Verantwortung. Durch seine brandstifterischen Schmipfkanonaden gegen Castro während des Wahlkampfes (die ihm selbst von Nixon den Vorwurf der Kriegstreiberei eintrugen) hat er die schlimmsten kubanischen und amerikanischen Elemente ermutigt. Durch die Veröffentlichung des Weißbuches vor einigen Wochen hat er die moralische Rechtfertigung der Invasion geliefert und, ob er es klar gesehen hat oder nicht, er hat ihr "freie Fahrt" gegeben, ebenso wie das Weißbuch von 1954 der Invasion in Guatemala "freie Fahrt" gegeben hatte. Wenn er schließlich, bevor er Präsident war, nicht wußte, was Allen Dulles vorbereitete, hat er doch seit Januar, selbst durch die Presse, genügend Nachrichten erhalten, um sich zu beunruhigen.

Die politische Liquidierung von Allen Dulles, der bereits für den bösen Scherz mit Powers' Flugzeug verantwortlich war, hätte die erste Maßnahme im Interesse eines gesunden Staatswesens sein müssen, die ein seines Titels würdiger Präsident durchgeführt hätte. Aber Kennedy hat sich, entgegen den Hoffnungen einiger Franzosen, bereits zu sehr mit den Ultras der Streitkräfte eingelassen, um nicht kompromittiert zu sein. Die Erhöhung des Kriegsbudgets war ein schlechtes Zeichen und was sich im Augenblick abspielt, gibt der erstaunlichen Bemerkung

aus Eisenhowers Abschiedsrede, über die Drohung, die aus der wachsenden Macht der Militärs in den Vereinigten Staaten erwächst, einen schauerlichen Glanz. Wird man einmal mehr gelten lassen müssen, wie es gestern mir gegenüber ein alter Experte der amerikanischen Politik bekräftigte, daß "trotz ihrer guten Vorsätze die Demokraten immer die Partei des Krieges sind" ?

Für uns - und gewiß für einen großen Teil der Linken Europas und der Welt - klärt die Agression gegen Cuba ein delikates und beängstigendes Problem. Zunächst einmal, weil, wie auch immer die Kritik aussah, die an Castro zu üben wir uns gezwungen sahen, es keinen Zweifel gibt, daß eine Revolution mit vorwiegend positiven Kennzeichen in ihrer Gesamtheit bedroht ist. Der Dr. Cardona, der Präsident der Anti-Castro-Junta, hat am 8. April in New York im Namen der Organisation, die sich "Revolutionärer Rat" nennt, eine Kriegserklärung an Castro veröffentlicht, wo unter anderem gesagt wird: "Wir versichern feierlich all denen, die unrechtmäßig enteignet wurden, daß sie ihren Besitz zurückerhalten werden; wir werden uns für private, nationale und ausländische Investitionen einsetzen; wir werden alle Garantien für Privatindustrie und Privatbesitz geben. "Man versteht, was diese Sätze sagen wollen. Die amerikanischen Investitionen in Cuba erreichten 420 Milliarden alter francs (ca. 3, 9 Milliarden DM) und die Volkswirtschaft gehörte im wesentlichen Amerika.

Andererseits fragte sich die nichtkommunistische Linke in Frankreich und anderswo, ob die unablässigen und großsprecherischen Anklagen Fidel Castros gegen die amerikanische Bedrohung nicht übertrieben waren, und ob er nicht freiwillig ins kommunistische Lager übergewechselt sei. Aber seit einigen Tagen, seit den Informationen aus den Vereinigten Staaten selbst und natürlich seit der Invasion ist kein Zweifel mehr möglich: Castro hatte nicht umsonst gewarnt. Diese Woche hat unser Freund I.F. Stone aufgedeckt, daß die Rekrutierung eines Invasionskorps durch das C.I.A. Ende 1959 begonnen hat - zu einem Zeitpunkt, wo Castro sich noch nicht auf sowjetischer Seite kompromittiert hatte. Vielleicht hätte er besser daran getan, eine Anzahl unnützer antiamerikanischer Manifestationen und einen schwärmerischen Philo-Sowjetismus zu vermeiden, der ihm oft den Anstrich eines "Satelliten" gab.

Aber halten wir uns vor Augen, daß nicht er es war, der begonnen hat. Und das Beispiel von zig süd-amerikanischen Revolutionen, einige von ihnen in Cuba selbst, die in der Folge direkter oder indirekter Interventionen der Vereinigten Staaten scheiterten, haben ihm bewiesen, daß es notwendig ist, sich auf die Macht zu stützen: noch ist freilich nicht absolut sicher, daß auf eine solche Entfernung die sowjetische Hilfe wirksam sein kann. Denn die wahre Bedrohung Castros kann nicht völlig durch eine Hilfe von außen beseitigt werden: sie kommt aus der Bindung zwischen den sich auf die Vereinigten Staaten stützenden Kräften, der beachtlichen Zahl alter Nutznießer des Batista-Regimes - vor allem der alten Militärs - und den enttäuschten Castroanhängern der katholischen Kreise und der liberalen Bourgeoisie. Die Unterstützung des Volkes, die nach wie vor sehr groß ist, wie aus einem Artikel des Korrespondenten der Londoner "Sunday Times" vor acht Tagen hervorging, wird sie den militärtechnischen Charakter dieser Kreise aufwiegen können ? Es ist ein wenig das Problem des spanischen Bürgerkrieges, das sich von neuem stellt.

Tiefer noch lassen der Gang der Ereignisse in Cuba seit einem Jahr und der gegenwärtige Orgelpunkt die Totenglocke läuten für eine gewisse Konzeption der "idealen" Revolution, was auch immer kommen mag. Wir hätten alle vorgezogen, daß die Castro-Revolution "bartlos" (makellos) gewesen wäre, und, weil es keine kommunistische Revolution gewesen ist, legte die demokratische Linke strengere Maßstäbe an sie, als an die Revolution in Rußland, China, Jugoslavien, Vietnam etc. Aber in der Welt von heute ist man verpflichtet, bis zum Ende der wirtschaftlichen Revolution zu gehen, bei Strafe, sonst alles kompromittiert und den Feind die Macht zurückgewinnen zu sehen. Das ist die Logik, die wir verstehen müssen, wie hart auch immer ihre politischen Konsequenzen sein mögen.

Heute kann man, wenn Castro gewinnt, hoffen, daß Kennedy daraus lernt, daß er Dulles ausschaltet und alle anderen Zauberlehrlinge, daß er eine internationale Entspannung anstreben wird, die es eines Tages erlaubt,

den Druck der Blöcke zu entschärfen. Wenn er verliert, werden im Gegenteil dazu die amerikanischen Ultras gewonnen haben und Kennedy wird in ihr Schlepptau genommen werden, wie Truman und Acheson im Laufe des Koreakrieges. In der kommunistischen Welt werden Cruschtschow und die Anhänger der Koexistenz, wie anläßlich der U2-Affäre, erneut das Gesicht vor Peking verloren haben und vor denen, die an die Notwendigkeit des Krieges glauben. Einmal mehr wird dann Allen Dulles gute Arbeit geleistet haben gegen die Bewohner der ganzen Welt.

ZUM PROBLEM DER KOEXISTENZ

Buchbesprechung:

E. Kardelj, Vermeidbarkeit oder Unvermeidbarkeit des Krieges
Die jugoslawische und die chinesische These
rowohlts deutsche enzyklopädie, Band 128 (Mai 1961), DM 2.2o

Seit mehreren Jahren sehen die führenden Kommunisten Chinas sich veranlaßt, die jugoslawische Politik unterschiedslos in Grund und Boden zu verdammen. Sie tun dies mit dem Anspruch auf Unfehlbarkeit in der Auslegung des in ihrer Vorstellung bestehenden "echten Marxismus" und in der Tat unfehlbar immer dann, wenn die Frage der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit verschiedener Gesellschaftsordnung zur Sprache kommt. Das ist kein Zufall. Bis in Details hinein läßt sich verfolgen, daß die jugoslawische Außenpolitik konsequent auf die unbedingte Bejahung der Koexistenz zwischen Ost und West ausgerichtet ist. Gerade diese Haltung wollen die chinesischen Theoretiker als einen "Verrat an den Prinzipien des Marxismus-Leninismus" verstanden wissen; der jugoslawische Kurs sei Ausdruck eines schädlichen "Revisionismus", gegen den man "bis zum Ende" kämpfen müsse (bei Kardelj zitiert S. 142). Die Politik der friedlichen Koexistenz sei prinzipiell abzulehnen, weil sie eine illusionäre, opportunistische und überdies feige Politik der Kompromisse mit dem "Imperialismus" sei, die dessen agressiven Charakter lediglich verhülle und ihn somit unterstütze. In der heutigen Epoche sei es vielmehr notwendig, im kommenden 3. Weltkrieg die "revolutionäre und radikale Abrechnung mit dem Kapitalismus" vorzunehmen, ohne Rücksicht auf die Opfer, denn diese "... würden sich sehr schnell bezahlt machen... Auf den Ruinen des toten Imperialismus würden die siegreichen Völker sehr schnell eine tausendmal erhabenere Zivilisation als die kapitalistische aufbauen und eine wirklich herrliche Zukunft sichern" (S. 47, aus "Rote Fahne", Peking, 19. April 196o).

Der fortschrittsgläubige Begriffsfetischismus, das quantifizierende Denken, welches die Opfer eines Atomkrieges mit der angeblichen einseitigen Vernichtung des Kapitalismus abstrakt verrechnet, geben genügend Anlaß, der chinesischen Theorie zu mißtrauen. Hier liegt der Ansatzpunkt der Abhandlung, die Edvard Kardelj, Cheftheoretiker des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens und früherer jugoslawischer Außenminister, verfaßt hat und deren deutsche Übersetzung nun vorliegt. Was Kardelj bietet, steht der Methode und dem Inhalt nach in direktem Gegensatz zu den massiven, schier endlosen Pekinger Anwürfen, deren Initiatoren zu einer näheren Betrachtung der in Frage stehenden, konkreten Sachverhalte bislang noch nicht sich bequemen konnten. In einer breit angelegten, umfassenden Analyse untersucht Kardelj die chinesische These von der unvermeidbaren kriegerischen Auseinandersetzung mit dem "Imperialismus" auf ihre Haltbarkeit resp. Unhaltbarkeit hin einerseits, die Notwendigkeit und den Sinn der von Jugoslawien propagierten und praktizierten "aktiven friedlichen Koexistenz" andererseits. Er versäumt nicht, jeden Teilaspekt zum einen mit der marxistischen Theorie, zum andern mit den praktischen Ergebnissen zu konfrontieren. Da der Autor das Koexistenzproblem in der heute bestehenden, spezifischen Form von allen Seiten angeht, kommen im Resultat häufige Überschneidungen und Wiederholungen vor, die zum Teil vielleicht zu vermeiden gewesen wären. Die Analyse selbst ist fundiert, weil sie von den realen Gegebenheiten, ihrem lebendigen Zusammenhang und ihrer widersprüchlichen Entwicklung ausgeht, ohne den Blick von einer "herrlichen Zukunft", die nach dem Tage X unvermittelt anbrechen soll, sich versperren zu lassen. Bei der Erörterung der Einzelprobleme wird dem chinesischen Standpunkt fortlaufend der eigene gegenübergestellt. Das Verfahren erweist sich als vorteilhaft, weil in dieser Beleuchtung der einen wie der anderen These durch ihr unmittelbares Gegenteil ihr jeweiliger Inhalt auf bestmögliche Weise begreifbar wird.

Das Hauptargument der chinesischen Theorie stützt sich auf die Leninsche Imperialismus-These, wonach dieser notwendig Kriege produzieren müsse. Daraus folgern die Chinesen, daß "der Frieden nur nach völliger Ausmerzung des Kapitalismus möglich sei". Demgegenüber vertritt Kardelj die Auffassung, daß Lenin "über die Unvermeidbarkeit der Kriege nicht außerhalb von Raum und Zeit gesprochen" habe. Die statisch-subjektive Betrachtung der sich stetig entwickelnden gesellschaftlichen Beziehungen innerhalb eines Landes als auch der Länder untereinander sei Ausdruck dessen, der die Dinge nur in ihrer versteinerten Form zu erkennen vermöge und eben so nicht erkenne. Von der Wirklichkeit abstrahierend, sehe er sich genötigt, sie in die vorgegebene Schablone eines "revolutionären Marxismus" zu pressen, die Welt in "gut" (Sozialismus) und "schlecht" (Kapitalismus) einzuteilen und nach diesem Einheitsrezept in der Praxis zu verfahren. Derselbe Subjektivismus verleihe der Schablone eine Aura der Unantastbarkeit und gebe sich selber umso radikaler, je bornierter er sei; zugleich

isoliere er sich von der Wirklichkeit und verurteile sich selbst am Ende zur pseudorevolutionären Sterilität und Ohnmacht.

Kardelj bestreitet nicht, daß "der Imperialismus als System unvermeidlich dem Kriege entgegenstrebt, um mit Hilfe des Krieges die Gegensätze zu lösen, die ihn zersetzen" (S.28). Was ihn von den chinesischen Thesen trennt, ist der nicht unbegründete Zweifel, ob dieses System heute noch überhaupt in der Lage ist, seine ihm innewohnenden Tendenzen zu verwirklichen. Die Frage, ob der Imperialismus unvermeidbar Kriege gebäre, macht Kardelj von dem jeweils herrschenden Kräfteverhältnis abhängig. Auch Lenin sei bei der Konzipierung seiner These davon ausgegangen; zu seiner Zeit seien aber "die Kräfte des Imperialismus absolut vorherrschend" gewesen. "Nicht genug, daß die gesamte Arbeiter- und antiimperialistische Bewegung nicht imstande war, den Ausbruch eines Krieges zu verhüten, man konnte nicht einmal theoretisch voraussetzen, daß diese Bewegung über Nacht den Imperialismus daran hindern könnte, nach seinen inneren objektiven Gesetzen zu wirken" (S.28). Dagegen sei das Kräfteverhältnis zwischen den imperialistischen und antiimperialistischen Mächten heute "so geartet, daß es imperialistische Kriege erschwert oder gar vereitelt". Für diese Verschiebung im quantitativen Verhältnis der heutigen gesellschaftlichen Kräfte macht Kardelj folgende Faktoren verantwortlich: das Bestehen einer Reihe von sozialistischen Staaten; der wachsende Einfluß der Arbeiterklasse, die "keineswegs an einer Unterstützung der Politik des aggressiven Krieges interessiert" sei; der Zerfall des Kolonialsystems, d.h. die Einengung der wirtschaftlichen Basis des Imperialismus; die zweitrangig gewordene "Bedeutung der zwischen den großen kapitalistischen Ländern bestehenden imperialistischen Gegensätze"; der technische Stand der Kriegsrüstung, die "selbst zum Hindernis für einen Krieg wird" (unter Hinweis auf Engel's Gedanken im Anti-Dühring, daß "der Militarismus, wie jede andere geschichtliche Erscheinung, an den Konsequenzen seiner eigenen Entwicklung zugrunde geht"); schließlich die "innenpolitische Differenzierung der bürgerlichen Gesellschaft", die es erlaube, daß es "auch in den breitesten Volksschichten, beachtliche Teil der Bourgeoisie miteingerechnet, ... Tendenzen zu einer friedlichen Verständigung und Zusammenarbeit mit den Ländern des Sozialismus" gebe.

Demnach ist das heutige Kräfteverhältnis in zwei gegenläufigen Bewegungen erkennbar: die antiimperialistischen Kräfte sind im Zunehmen begriffen, während gleichzeitig das kapitalistische System im Weltmaßstab einer wachsenden Schwächung ausgesetzt ist. In diesem Prozess spielt nach Kardelj's Meinung die Politik der aktiven friedlichen Koexistenz eine das Kräfteverhältnis zugunsten des Sozialismus ändernde und deshalb progressive Rolle: indem der kalte Krieg allmählich durch die Koexistenz ersetzt wird, weicht "auch der Druck, der die inneren gesellschaftlichen und revolutionären Prozesse drosselt" (S.119). Kardelj beruft sich dabei auf "das Wesen einer auf wissenschaftlichem Sozialismus, auf dem Marxismus beruhenden revolutionären Aktion", die nicht darin bestehe, "die Welt nach dem Modell irgendeines Ideals zu formen, sondern in dem Bestreben, die inneren gesellschaftlichen Kräfte frei zu machen, zu stärken und auszurichten, die durch ihre Praxis die Gesellschaft unausweichlich im Sinne des sozialistischen Fortschritts ausgestalten werden" (S.65). Keinesfalls sei der Begriff der Koexistenz mit dem des "Klassenfriedens" zu identifizieren; die jugoslawischen Kommunisten stünden im Gegenteil "auf dem Standpunkt, daß alle Formen des Klassenkampfes sich unter den Voraussetzungen der Koexistenz intensiver als unter denen des kalten Krieges und der Angst vor einem neuen Weltkrieg entwickeln" würden (S.99). Kardelj beweist die Notwendigkeit einer so verstandenen Koexistenzpolitik anhand der Nachkriegsentwicklung: der kalte Krieg habe dem sozialistischen Lager nichts als eine Reihe von Mißerfolgen gebracht, während "in nur einigen Jahren der relativen Entspannung und der teilweisen Affirmation der Koexistenzpolitik die Kräfte des Sozialismus, des gesellschaftlichen Fortschritts überhaupt, sowie des Friedens "stärker" geworden seien. Diese Politik trage in entscheidendem Maße dazu bei, eine Änderung im Kräfteverhältnis der beiden Weltsysteme herbeizuführen. Dazu sei der sterile und nur scheinrevolutionäre Radikalismus der Chinesen effektiv nicht fähig.

Der von den Jugoslawen an die chinesische Adresse gerichtete Vorwurf lautet, auf einen Nenner gebracht: undialektisch, unmarxistisch und unrealistisch in der Denkweise ebenso wie in der Praxis sich zu verhalten. Damit sei nichts anderes als "das faule Erbe" der Stalin-Aera übernommen worden, das sich u.a. auch im hege-

monistischen Anspruch der chinesischen Theorie zeige. Auch der chinesischen Innenpolitik und ihren Zielsetzungen (Volkskommunen) sei der Stempel des Dogmatismus aufgedrückt worden. Bei aller Schärfe dieser Angriffe verzichtet Kardelj nicht darauf, das Gewicht der materiellen Gründe zu präzisieren, die die chinesischen Kommunisten zu ihrer derzeitigen Politik veranlassen. Hierunter nennt er an erster Stelle die "relative wirtschaftliche Rückständigkeit", ohne damit "die epochale Rolle der chinesischen Revolution" schmälern zu wollen. Kombiniert mit einem enormen, von außen aufgezwungenen Druck - die Isolierung und Blockade durch den Westen -, führe die ökonomische Rückständigkeit dazu, daß dieses Land, "das schon für sich allein einen ganzen Kontinent darstellt", nicht "zum integralen Teil der Weltwirtschaft" werden könne, was jedoch für die normale wirtschaftliche Entwicklung Chinas unerläßlich sei. Dadurch erscheine die Tendenz, sich aus der Umkreisung notfalls mit Gewalt zu befreien, verständlich, wenn auch nicht gerechtfertigt. Wenn die Chinesen trotzdem eine theoretische Rechtfertigung suchten, so gehöre diese letzten Endes zu den "Übergangsdeformationen, die bei der Entwicklung der sozialistischen Länder und ihrer Politik" zum Ausdruck kämen.

Die Fruchtbarkeit der in diesem Buch niedergelegten Gedanken äußert sich darin, daß der Autor keineswegs sich damit begnügt, in der Behandlung seines Themas eingleisig vorzugehen. Kapitelüberschriften wie "Krieg und Sozialismus", "Was ist revolutionär und was ist nicht revolutionär", "Vom gerechten und ungerechten Krieg" mögen hier nur andeuten, daß versucht wird, dem Problem der friedlichen Koexistenz adäquat gerecht zu werden. Liegt auch die Vermutung nahe, daß manche der hier angeschnittenen Fragen sich für uns aus einer anderen Perspektive darbieten und deshalb eine andere Lösung als die von Kardelj vorgetragene erfordern, so dürfte damit dem Buch sein unbestreitbarer Wert nicht genommen sein. Dieser liegt nicht zuletzt darin, daß die ausführliche Dartsellung des jugoslawischen Standpunktes sowohl die im bestehenden Konflikt zwischen China und der Sowjetunion bekannt gewordenen Ansichten als auch die vermittelnde Erklärung der Ostblockstaaten und der kommunistischen Parteien zur Frage der Koexistenz vom vergangenen Jahr klarer erscheinen läßt. Darüberhinaus bildet die Abhandlung in der Bemühung, die heutigen weltpolitischen Tendenzen zu verstehen, einen interessanten und ernstzunehmenden Beitrag.

Peter Brokmeier

EUROPÄER UND DIE ENTWICKLUNGSHILFE

Folgende Auszüge eines Beitrages zur Entwicklungshilfe, die wir aus "Junge Wirtschaft", einer "Zeitschrift für fortschrittliches Unternehmertum" (Heft 3 - März 1961) entnahmen, wollen wir unseren Lesern nicht vorenthalten. Auf einen ausführlichen Kommentar haben wir aus ersichtlichen Gründen verzichtet.

Die Red.

...Wir wollen der geistigen Elite dieser Nationen (Anm. d. Red.: der Entwicklungsländer) einen möglichst großen Teil unseres Bildungsgutes vermitteln, wir lassen uns dies gern einiges kosten. Nun sind aber diese ausländischen Studenten von den unruhigen, teilweise kräftig von Moskau beeinflußten Strömungen ihrer Heimatländer derart gepackt, daß sie auch in ihrem Gastlande ihr eigentliches Ziel, nämlich möglichst viel für ihre künftige Arbeit zu lernen, vergessen, sich zu Gruppen zusammenrotten, Plakate mit ihren Parolen durch die Straße tragen, Sitzstreiks veranstalten, unsere Polizei anrempeln und den Verkehr behindern...

...Deshalb sollten die deutschen Jugendverbände und Kommilitonen, die Assistenten und Professoren, ja, notfalls die Polizei die demonstrationslustigen afrikanischen und asiatischen Studenten, die hier politische Kundgebungen veranstalten wollen, freundlichst beraten, doch zunächst möglichst schnell und effektiv ihr Studium zu beenden, um dann als gebildete Menschen nach Hause zu gehen und dort nach dem Rechten zu sehen. In Afrika und Asien können sie - falls sie ihren Staat in Ordnung halten - protestieren und räsonieren, soviel sie wollen... (z.B. in Algerien ? - die Red.)

... Ebenso dumm wie dreist wirkte eine andere Aktion des Sozialistischen Studentenbundes - ebenfalls in Frankfurt - bei der auf den Plätzen der Stadt Flugblätter verteilt wurden, in denen die algerischen Unabhängigkeitsbestrebungen unterstützt wurden, was Anlaß zu unerhörten Beleidigungen unseres Verbündeten und Nachbarn Frankreich bot... In ihren Augen ist offenbar jeder Farbige ein aufrechter Demokrat und ein unterdrückter Freiheitsheld, jeder Europäer aber ein übler Imperialist und Tyrann. Schlimmer geht's nimmer, aber besser kann es sich selbst Chruschtschow nicht wünschen. Der Parteivorstand der SPD sollte nach dem Rechten sehen, er zählt sich doch sicherlich zu den Europäern...

H I N W E I S E Z U M S O M M E R S E M E S T E R

HOCHSCHULPROGRAMM

Das auf dem Berliner Seminar Anfang des Sommer-Semesters endgültig fertiggestellte neue Hochschulprogramm wird im Juni broschiert erscheinen; es soll nach Möglichkeit von hochschulpolitischen Arbeitskreisen bekannt gemacht werden - gegebenenfalls zusammen mit den befreundeten Studentengruppen.

ÖRTLICHE HOCHSCHULZEITUNGEN

sollen, außer in Berlin, Frankfurt und Mainz, nun auch in Hamburg und Göttingen erscheinen, um der Arbeit des SDS eine nachhaltigere Resonanz zu geben.

DIE AUSSTELLUNG UNGESÜHNTE NAZIJUSTIZ

wird ab Mai vorläufig nacheinander in Kiel, Hamburg, Stuttgart, Freiburg und Göttingen gezeigt werden. Als Träger treten wie zuvor in Tübingen (1960) und München (1961) außerdem u.a. LSD und AStA auf. Die Ausstellung wird laufend überprüft und auf den letzten Stand gebracht; es handelt sich um eine repräsentative Auswahl der von Reinhard Strecker (SDS, Mitarbeiter der israelischen Dokumentationszentrale YADVASHEM) zusammengetragenen Akten, die vom Bundesvorstand des SDS zusammengestellt wurde.

DER FÖRDERKREIS

des SDS befindet sich im Aufbau. Anschriften möglicher Spender möchten umgehend an den Bundesvorstand gemeldet werden, damit ihnen die "neue kritik" zugehen kann.

DAS ARCHIV

des SDS enthält noch Restbestände: "Standpunkt" (kostenlos); Zieber, Umgestaltung der deutschen Wirtschaft (4.85); Hindels, Der Sozialismus kommt nicht von selbst (1.35); Lukacs, Die Verdinglichung und das Bewußtsein des Proletariats (2.-).

"AFRIKA IM AUFBRUCH"

heißt die von dem Tübinger Afrika-Arbeitskreis redigierte Hochschulausgabe von "Freies Algerien", die von allen SDS-Gruppen im Sommer-Semester vertrieben wird.
Einzelheiten über alle Algerien- und Afrika-Veranstaltungen im Sommer-Semester mögen bitte an die Redaktion von "Afrika im Aufbruch" (Peter Anton v. Arnim, Tübingen, Hauffstr. 20) gemeldet werden.

"AFRIKA - SEMINAR"

heißt der von den Frankfurter Studenten Erich Harmuth und Tirmidziou Diallo (Ffm., Beethovenplatz 4) zusammen mit dem Redakteur der "Frankfurter Hefte", Guggenheimer, veranstaltete Arbeitskreis für deutsche und ausländische Studenten. An anderen Hochschulorten befinden sich solche Arbeitskreise, die sich mit der Dekolonialisierung befassen, im Aufbau.

EINE ALGERIENAUSSTELLUNG

wird an verschiedenen Hochschulorten in Zusammenarbeit mit befreundeten Gruppen gezeigt werden.

EINE SÜDAFRIKA - AUSSTELLUNG

wurde in Zusammenarbeit mit dem Londoner Anti-Apartheid-Komitee in Frankfurt und Tübingen vorbereitet. Sie soll einen anschaulichen Eindruck von den Unterdrückungsmethoden in der Südafrikanischen Union, Angola, Moçambique, Südwest-Afrika, Rhodesien und Katanga vermitteln.

EIN GESAMTDEUTSCHES SEMINAR

wird nach Ende des Sommer-Semesters vor allem eine Analyse der Lage der Arbeiter in der DDR erarbeiten.

ZUM AUSTAUSCH MIT STUDENTEN DER PSU

wurden den Landesverbänden des SDS französische Partnergruppen vermittelt. Den Genossen, die nach Frankreich reisen wollen, können Adressen vermittelt werden.

IUSY

Das Büro der Sozialistischen Jugendinternationale (IUSY) hat die Entscheidung über die Mitgliedschaft von SDS und SHB verschoben - wie es der SDS-BV nahegelegt hatte. Die Untersuchungskommission wird im Sommer einen gründlichen Bericht vorlegen, in dem erstmalig die seit der Abspaltung erhobenen Vorwürfe überprüft werden.

DELEGATIONEN DES SDS

wurden als die einzigen offiziellen deutschen Gäste auf dem Kongress der PSU im März in Paris und auf dem Kongress der Labour-Jugend Ostern in London begrüßt. In Paris wurde erneut die Notwendigkeit eines ständigen Gedankenaustausches mit den westeuropäischen sozialistischen Jugendverbänden (darunter Nenni-Jugend) betont.

GERMAN NEWS

heißt ein Nachrichtendienst des BV, der das Ausland über die Situation in Deutschland unterrichten soll. Rege Verbindungen bestehen zu afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen sozialistischen Jugendverbänden.

EIN WERBEBLATT

des BV soll den bisherigen ständigen Mitgliederzuwachs des SDS zu Beginn des SS weiter steigern helfen. Allen Gruppen wird zudem ein einheitliches Plakat des SDS zugeschickt.

DER WISSENSCHAFTLICHE BEIRAT

des SDS wurde beauftragt, bis zum Semesterende eine Neufassung der Grundsätze und Ziele des SDS vorzulegen. Die Gruppen werden aufgefordert, sich in Arbeitskreisen mit der Konkretisierung von Vorschlägen einer möglichen sozialistischen Politik in der Bundesrepublik zu beschäftigen. Der BV wird den einzelnen Gruppen in Kürze nähere Themenvorschläge dazu machen, um so diese Ausarbeitung zu koordinieren.

DER APPELL AN DIE VERANTWORTLICHEN DER DDR

die vier inhaftierten ehemaligen SDS-Mitglieder zu begnadigen, blieb unbeantwortet. Ein Genosse ist nach verbüßter Haft kürzlich nach Westdeutschland geflüchtet.

EINE UNTERSUCHUNG ZUM NOTSTANDSGESETZ

wird allen SDS-Gruppen zugeschickt werden.

2 VON 5 JUNGEN WESTDEUTSCHEN JOURNALISTEN

die derzeit in einer Delegation des Bundesjugendringes Israel bereisen, um u.a. über den Eichmann-Prozess zu berichten, sind Mitglieder des SDS. Es sind Gerhard Schoenberner und Ansgar Skriver.

SOZIALISTISCHER DEUTSCHER STUDENTENBUND (SDS)
neue kritik - informationen

Offenbach/M., im Mai 1961
v. Behringstr, 114

An alle Mitglieder des SDS

Liebe Genossinnen und Genossen, -- in einem Rundschreiben an die Gruppenvorsitzenden haben wir angekündigt, in der Ausgabe Mai der "neue kritik - informationen" Einzelheiten über ein geplantes Abonnement bekanntzugeben.

Der Sinn des Abonnements soll sein, Genossen und Freunde, die nicht dem SDS angehören, durch die "informationen" auf unsere Arbeit aufmerksam zu machen und für uns zu gewinnen. Zudem hoffen wir, die Bezieher der "informationen" zur Zahlung einer zusätzlichen Geldspende bewegen zu können. An die Mitglieder des SDS werden die "informationen" nach wie vor kostenlos verteilt.

Wir bitten Euch herzlich, so weit möglich, mit Mitgliedern befreundeter Organisationen - es sei gedacht an SPD, Gewerkschaften, Jungsozialisten, Falken, Naturfreunde u.a. - in Verbindung zu treten, und sie auf die Möglichkeit eines Abonnements der "neue kritik - informationen" aufmerksam zu machen. Bitte, fordert Freiexemplare an !

Eine andere Möglichkeit ist, uns die Anschriften von Genossen und Freunden, von Professoren und Hochschulgruppen, die der Arbeit des SDS aufgeschlossen gegenüberstehen, direkt mitzuteilen. Wir werden die "informationen" umgehend versenden.

Der anhängende Bestellzettel des Abonnements für Nicht-Mitglieder ließe sich schon weiterleiten. Weitere Bestellzettel, denen ein gesondertes Schreiben an mögliche Förderer beiliegt, werden wir Euch oder den von Euch genannten Genossen und Freunden auf Wunsch zuschicken.

Mit freundschaftlichen Grüßen

gez. Manfred Liebel

----------bitte hier abtrennen----------

BESTELLZETTEL für die "neue kritik - informationen", herausgegeben vom Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, -- bitte einsenden an Manfred Liebel, Offenbach am Main, v. Behringstraße 114.

Hiermit bestelle ich bis auf weiteres je ..... Exemplar(e) der "neue kritik - informationen" (Erscheinungsweise: monatlich, außer in den Semesterferien) zum Preise von DM -.50 pro Exemplar. Den Betrag für .....Ausgaben überweise ich im voraus zusätzlich einer Spende von DM..... (insgesamt DM.....) auf das Postscheckkonto des SDS: 316 07 PschA Ffm.

Name:..... Organisation:.....

Anschrift:.....

Datum:.....

.....
(Unterschrift)

Bitte, weitere Exemplare schicken an:

Name:..... Name:.....

Anschrift:..... Anschrift:.....